



5. Heft | 14. März 1912

LUDWIG QUESSEL · SOZIALDEMOKRATIE UND MONARCHIE

W

ER längere Zeit in einem republikanischen Staatswesen gelebt und Gelegenheit gehabt hat mit bürgerlich, das heißt nicht sozialdemokratisch gesinnten Republikanern über die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zu den monarchischen Institutionen unseres Landes zu sprechen, wird fast immer Ausdrücke des Erstaunens darüber gehört haben, daß selbst diejenigen sozialdemokratischen Führer, die es gelegentlich lieben ihrer republikanischen Überzeugung öffentlich Ausdruck zu geben, es niemals auch nur versucht haben irgend einen gangbaren Weg zur Beseitigung der Monarchie anzugeben. Noch größer ist naturgemäß in republikanischen Staaten die Verwunderung der Sozialdemokraten, daß die deutsche Parteigenossenschaft für ihr republikanisches Staatsideal nicht nur keine Opfer zu bringen gewillt ist sondern gelegentlich sogar erklärt, eine Monarchie mit fortschrittlichen Tendenzen sei ihr lieber als eine reaktionäre Republik. Kein Geringerer als der französische Sozialistenführer Jean Jaurès hat sich über dieses Verhalten der deutschen Sozialdemokratie bitter beschwert und aus diesem Grund auch Anklagen gegen die deutsche Parteileitung gerichtet.

Meiner Meinung nach läßt sich nicht verkennen, daß unter gewissen Voraussetzungen die bürgerlichen und sozialdemokratischen Republikaner des Auslands im Recht sind, wenn sie von denjenigen deutschen Sozialdemokraten, die sich so gern auf ihre republikanischen Prinzipien berufen, den Mut der Konsequenz verlangen. Dagegen trifft Jaurès' Vorwurf alle die deutschen Parteigenossen nicht, die in der Monarchie nicht einen festen Kristall sondern einen umwandlungsfähigen und in ständiger Umwandlung begriffenen Organismus sehen. Wer wirklich von der historischen Bedingtheit alles Seins ausgeht und den Entwicklungsgedanken bis in seine letzten Konsequenzen hinein verfolgt (Vorwärts), kann sehr wohl ein überzeugter Sozialdemokrat sein und dennoch gerade aus seiner demokratischen Überzeugung heraus ein einseitiges Bekenntnis zur republikanischen Staatsform ganz entschieden ablehnen, und zwar aus dem einleuchtenden Grund, weil ein unversöhnlicher Gegensatz zwischen monarchischer und republikanischer Verfassung überhaupt gar nicht besteht. Unzweifelhaft hat der Belgierkönig Leopold II. die historische Wahrheit und die staatsrechtliche Logik auf seiner Seite, wenn er einen prinzipiellen Gegensatz zwischen einer demokratischen Republik wie Frankreich und einer parlamentarischen Monarchie wie Belgien nicht gelten lassen will und diese Ansicht einem Mitarbeiter des *Berliner Tageblatts* gegenüber damit begründete, daß auf Grund der belgischen Verfassung man ihn mit der selben Berechtigung als den Präsidenten einer republikanischen Monarchie wie

auch als den König einer monarchischen Republik bezeichnen könne. Und in der Tat wird kein Kenner der belgischen Verfassungszustände im Zweifel darüber sein, daß der König der Belgier sich nur in seinem Titel, nicht aber in seinen staatsrechtlichen Funktionen von dem Präsidenten einer demokratischen Republik unterscheidet. Das selbe gilt auch von dem neu geschaffenen König von Norwegen, was übrigens vor nicht allzu langer Zeit selbst der *Vorwärts* zugegeben hat. In einem Artikel, den ich vor mehr als 2 Jahren in den *Sozialistischen Monatsheften* veröffentlichte, habe ich bei der Betrachtung der Monarchie »den Entwicklungsgedanken bis in seine letzten Konsequenzen hinein verfolgt« und dargetan, daß in einer Reihe von Staaten die Umgestaltung der monarchischen Machtbefugnisse so weit gediehen ist, daß die Funktionen des Monarchen von denen des Präsidenten einer demokratischen Republik sich rechtlich nicht mehr unterscheiden lassen.¹⁾ Durch das parlamentarische System wird die Monarchie eben derart umgestaltet, daß sie sich ihrem Wesen nach von einer demokratischen Republik nur noch darin unterscheidet, daß das Staatsoberhaupt einen monarchischen Titel zu führen berechtigt ist. Betrachtet man die Präsidentenwahl im Reichstag, bei der gerade die Stellung zu den monarchischen Formen den Anlaß abgab, daß die Sozialdemokratie am 8. März ihres Anteils am Präsidium wieder verlustig ging, so scheint es mir nicht unangebracht diesen Sachverhalt noch einmal darzulegen.

Die moderne Monarchie der germanischen Staatenwelt hat sich bekanntlich aus der ständischen Monarchie des Mittelalters entwickelt. Deren Kennzeichen war die Machtlosigkeit des Monarchen, der sowohl in der innern wie auch in der äußern Politik vollständig abhängig war von den Ständen, die mit ihrem Lehnsgelde das feudale Heer bildeten, und in deren Händen zugleich die lokale Polizei und Gerichtsbarkeit über die Masse der Nation, die bäuerliche Bevölkerung, lag. An dem Widerspruch der Ständeversammlung scheiterte der Wille des ständischen Monarchen sowohl in der äußern Politik, wenn die Stände ihm die Heeresfolge versagten, wie auch in der innern, wenn sie sich als Lokalbrigaden weigerten seine Anordnungen, was Verwaltung und Finanzen betraf, auszuführen. Die ökonomischen Kräfte, die die Monarchie aus diesem Zustand der Ohnmacht zu ungeheurer Machtfülle erhoben, waren Geldwirtschaft, Handel und Verkehr. Im Zeitalter der Reformation ermöglichte es die Ausbreitung der Geldwirtschaft den bisher ständischen Monarchen sich große Söldnerheere zu schaffen, mit deren Hilfe es ihnen gelang sich von der Bevormundung der Stände freizumachen. Im revolutionären Kampf wird von ihnen die alte Rechtsordnung zertrümmert, der Widerstand der Stände gebrochen und die obrigkeitliche Gewalt der Adligen, Geistlichen und Patrizier entweder gänzlich beseitigt oder unter die Kontrolle der von der Monarchie angestellten und besoldeten Beamten gestellt. Auf diese Weise entstand die absolute Monarchie, die die ganze staatliche Gewalt in der Person des Monarchen vereinigte. In diesem neuen, absoluten Staat war der Monarch nicht nur der oberste Gesetzgeber sondern auch der höchste Richter im Land, der bestehende Gesetze aus eigener Machtvollkommenheit aufheben und die Rechtsprechung der ordentlichen Gerichte durch Machtsprüche der Kabinettsjustiz jederzeit durchbrechen konnte, so daß gegen dessen Willkür ein Rechtsschutz im Land überhaupt nicht zu finden war.

¹⁾ Siehe meinen Artikel *Sind wir Republikaner?* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1909, 3. Band, pag. 1254 ff.

Sowohl die ständische wie die absolute Monarchie gehören in Westeuropa seit langem der Vergangenheit an. Durch die Revolutionen von 1789 und 1848 trat an die Stelle der absoluten die konstitutionelle Monarchie, deren Wesen darin besteht, daß der Monarch bei der Ausübung der Staatsfunktionen nicht mehr frei und unabhängig vorgehen kann sondern an die Mitwirkung verschiedener Körperschaften gebunden ist, und zwar bei Erlaß von Verordnungen an die Gegenzeichnung der dem Parlament verantwortlichen Minister, bei der Gesetzgebung an die Mitwirkung der Volksvertretung und bei der Rechtsprechung an die Ausübung durch unabhängige, nur dem Gesetz unterworfenen Gerichte. Wie der Übergang der ständischen zur absoluten, so vollzog sich auch die Umwandlung der absoluten zur konstitutionellen Monarchie unter lebhaften revolutionären Kämpfen. Im Gegensatz hierzu hat sich aber in vielen Staaten die Umbildung der konstitutionellen in die moderne demokratische oder parlamentarische Monarchie ohne wesentliche Erschütterungen vollzogen. Die konstitutionelle Monarchie hört, ohne daß dazu eine Änderung der geschriebenen Verfassung notwendig wäre, in dem Augenblick auf zu existieren, wo die Mehrheitsparteien des Parlaments innerlich so einig und stark sind, daß sie das Prinzip der Parlamentsouveränität zur Anerkennung bringen können. Der Monarch kann dann eben die Staatsregierung nicht mehr durch Bürokraten ausüben lassen, denen er sein Vertrauen schenkt, sondern er braucht dazu genau so wie ein republikanischer Präsident wirkliche Minister, die als Vertrauensmänner der im Parlament herrschenden Parteien gelten und aus deren Reihen hervorgegangen sind. Sobald in einem Staat das parlamentarische Regierungssystem einmal durchgeführt ist, ist aber auch durch den Gang der historischen Entwicklung der prinzipielle Gegensatz zwischen Monarchie und Republik endgültig aufgehoben. Die Funktionen des parlamentarisch regierenden Monarchen sind von denen des Präsidenten einer demokratischen Republik rechtlich nicht mehr zu unterscheiden. Wenn zum Beispiel heute die Funktionen des Königs der Belgier oder des Königs von England einem Präsidenten übertragen würden, so wäre damit weder die Macht des Parlaments erhöht noch ein Präsident geschaffen, der über eine größere Machtfülle verfügte, als sie die Präsidenten demokratischer Republiken im allgemeinen besitzen. Aus diesem Grund richtete sich der Kampf der englischen Demokratie bei den letzten Wahlen auch nicht gegen das monarchische Veto, das, wie ein Minister in einer Wahlrede zutreffend sagte, seit 100 Jahren tot und begraben ist, sondern gegen das Veto der Pairs. Gegen diese Darlegungen ließe sich nun vielleicht einwenden, daß ein republikanisches Staatswesen mit einem erblichen Staatsoberhaupt doch gar nicht denkbar sei. Demgegenüber möchte ich jedoch darauf hinweisen, daß England unter Cromwell nach der Hinrichtung Karls I. doch zweifellos eine Republik war. Nichtsdestoweniger wurde dem Oberhaupt dieses Staatswesens durch die Verfassung von 1657 das Recht eingeräumt nicht nur die Würde des Präsidenten auf Lebenszeit zu bekleiden sondern auch seinen Nachfolger selbst zu ernennen, wobei es als selbstverständlich angesehen wurde, daß er seinen Sohn als Nachfolger bestimmen werde, was denn auch tatsächlich geschehen ist. Aus diesem historischen Beispiel, das durch andere vermehrt werden könnte, geht zweifellos hervor, daß auch das Prinzip der Erblichkeit mit einem republikanischen Staatswesen sehr wohl vereinbar ist, so daß auch hieraus ein prinzipieller Gegensatz zwischen demokratischer Republik und parlamentarischer Monarchie nicht konstruiert werden kann.

Nichts wäre nun freilich unsinniger als zu verkennen, daß wir zurzeit in Deutschland noch sehr weit von einem parlamentarischen Regierungssystem entfernt sind. Auch die von der sozialdemokratischen Fraktion neuerdings gestellten Abänderungsanträge zur Verfassung könnten, auch wenn sie unverändert angenommen würden, uns diesem Ziel nicht wesentlich näher bringen. Überhaupt ist es ein Irrtum, wenn man annimmt, daß papierne Bestimmungen ein parlamentarisches Regime herbeiführen können. Alle historische Erfahrung spricht dafür, daß nur eine parlamentarische Mehrheit, und zwar der Linken, hinter der die Majorität der Nation steht, die Volkssouveränität in Form des parlamentarischen Systems begründen kann. Im Grunde hat die reaktionäre Presse daher gar nicht so unrecht, wenn sie in dem Bestreben des linken Liberalismus und des reformistischen Sozialismus eine aktionsfähige Linke zustande zu bringen den Beginn dieser Umwandlung, oder, wie sie es nennt, die *Revolution* entdeckt. Freilich würden sich die rechten Parteien keine Minute besinnen eine solche *Revolution* zur Ausführung zu bringen, wenn nur für sie die Möglichkeit vorhanden wäre eine aktionsfähige Rechte zu bilden, hinter der die Mehrheit der Nation steht. Weil sie aber eine solche Mehrheit im Reichstag nicht zu bilden vermögen, erheben sie ein entrüstetes Geschrei, daß Liberalismus und Sozialismus darauf hinarbeiten »das Gleichgewicht zwischen den Rechten des Volkes und den Rechten der Krone zu Ungunsten der Kronrechte zu verschieben«. Daher aber auch das Verlangen der *Deutschen Tageszeitung* nach dem »Führer mit eisernem Rückgrat, der sich *plus royaliste que le roi* neben seinen allerhöchsten Herrn hinstellt«. Das parlamentarische Regierungssystem, das den prinzipiellen Gegensatz zwischen monarchischer und republikanischer Verfassung aufhebt, muß aber über lang oder kurz auch für Deutschland kommen, und die Frage ist nur die, ob die Sozialdemokratie mit dem Strom der historischen Entwicklung oder gegen ihn schwimmen soll. Wie in einer Republik ein geordnetes staatliches Leben nicht möglich ist, wenn die größte Partei jeden persönlichen Verkehr mit dem Präsidenten abbricht, so ist auch das parlamentarische Regierungssystem nicht denkbar, wenn die stärkste Partei des Landes es ablehnt zur Erfüllung staatlicher Aufgaben mit dem Staatsoberhaupt persönlich zu verkehren. Wer ein parlamentarisches Regierungssystem will, darf sich nicht durch die Zwirnsfäden höfischer Etikette davon abhalten lassen den Monarchen im demokratischen Sinn zu beeinflussen. Gelingt es nicht den König für die dringenden demokratischen Aufgaben der Zeit zu gewinnen, so wird man, wie die preußischen Konservativen bei der Kanalvorlage, so lange die Fahne parlamentarischer Rebellion hochhalten müssen, bis sich die Monarchie dem Machtgebot des Parlaments unterwirft. Beharrt man konsequent bei dieser Politik, so wird der tatsächlichen bald die rechtlich-politische Anerkennung des parlamentarischen Systems folgen, bei dem das Staatsoberhaupt, gleichgültig, ob es einen monarchischen oder republikanischen Titel führt, in ständiger persönlicher Fühlung mit den Führern der Parlamentsmehrheit stehen muß.

Da die Einführung des parlamentarischen Systems in Deutschland durch den gewaltsamen Umsturz der monarchischen Verfassung nur von Träumern oder Narren erhofft werden kann, so bleibt uns nur übrig den Weg zu verfolgen, den uns die staatliche Entwicklung Englands weist. Dazu ist aber notwendig, daß man die Anschauung preisgibt, die Monarchie unterläge den Gesetzen der historischen Evolution nicht, sie sei kein umwandlungsfähiger Orga-

nismus sondern ein fester Kristall, der keinerlei Entwicklung zuläßt, der wohl zertrümmert, aber nicht umgestaltet werden kann. Will die Sozialdemokratie Deutschland demokratisieren, so muß sie sich frei machen von der abergläubischen Vorstellung, daß der Gang zum kaiserlichen Schloß prinzipiell etwas anderes bedeute als der Gang zum Palais eines Präsidenten. Auch die Bewohner königlicher Schlösser stehen nicht über sondern mitten im Strom der historischen Entwicklung. Man sollte doch nicht vergessen, daß auch der deutsche Reichstag historisch eine von der Monarchie ins Leben gerufene Institution ist. Als Oberhaupt des Reichs ist Wilhelm II. nach dem Wortlaut und dem Wesen unserer bundesstaatlichen Verfassung nichts anderes als der Präsident des deutschen Staatenbundes, der den monarchischen Titel *Deutscher Kaiser* führt. Das demokratische Interesse weist uns gebieterisch den Weg des Parlamentarismus, der auch ins Kaiserschloß führt. Je früher das erkannt wird, um so besser. Nicht um das demokratische Prinzip der Regierung des Volkes durch und für das Volk preiszugeben, sondern um es zur Anerkennung zu bringen, müssen wir diesen Weg suchen. Wobei nicht vergessen werden darf, daß der heute bei uns noch bestehende prinzipielle Gegensatz zwischen Monarchie und Republik in dem Augenblick aufgehoben wird, da es gelingt dem parlamentarischen Regierungssystem in Deutschland freie Bahn zu schaffen.

XX

EDMUND FISCHER · SOZIALDEMOKRATIE UND REGIERUNGSGEWALT

NACH der Resolution, die auf dem Dresdener Parteitag /1903/ und auf dem internationalen Sozialistenkongreß zu Amsterdam /1904/ angenommen worden ist, darf die Sozialdemokratie »einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erstreben«. Die Sozialisten dürfen danach nirgends, auch nicht in demokratischen Republiken, in ein Ministerium eintreten. Logischerweise dürfen sie aber auch keinen Posten annehmen, der einen Teil der Regierungsgewalt bildet. In Deutschland sind zum Beispiel die Bürgermeister, Gemeindevorstände, Magistrate, Stadträte usw. ohne jeden Zweifel Organe der Staatsgewalt, das heißt Teile der Regierungsgewalt. In den meisten Bundesstaaten unterliegen diese Ämter dem Bestätigungsrecht, und die Träger eines solchen Amtes sind nach dem deutschen Staatsrecht Diener des Monarchen. Im demokratischen England gibt es keine Bureaukratie, die Regierungsgewalt liegt eigentlich in den Selbstverwaltungskörpern, während die Beamten, vom Minister bis zum Stadtschreiber nur in deren Auftrag handeln. In Konsequenz der Dresdener Resolution dürften die englischen Sozialisten in der bürgerlichen Gesellschaft nicht das Bestreben haben in einem Selbstverwaltungskörper (Unterhaus oder Gemeindevertretung) die Mehrheit zu erlangen, weil sie dann einen »Anteil an der Regierungsgewalt« bekämen. Jedenfalls aber hat die Dresdener Resolution nur einen Sinn, sofern die Sozialdemokratie davon überzeugt ist, daß sie nicht in ferner Zeit, sei es durch eine Revolution sei es durch eine Parlamentswahl, in den alleinigen Besitz der politischen Macht gelangt und dann in kurzer Zeit die sozialistische Gesellschaft einführen kann. Daß eine solche naive Auffassung, die dem Entwicklungsgedanken widerspricht, sich aber jedenfalls jenseits der realen Verhältnisse bewegt, in der sozialistischen

Partei noch eine starke Stütze hat, ist nicht anzunehmen. Wie aber denkt man sich denn die weitere Entwicklung der Sozialdemokratie und die Demokratisierung und Sozialisierung der Gesellschaft, wenn die Partei in der *bürgerlichen Gesellschaft* dauernd auf jede *Exekutive* (und das ist die Regierungsgewalt) verzichten soll?

Die Sozialisten bilden längst keine Sekte und in den meisten großen modernen Gemeinwesen auch keine kleine Oppositionspartei mehr, die, wie ein wilder Sturzbach im rauhen Gebirge, zunächst keine andere Aufgabe hat als sich mit lautem Getöse eine Bahn zu brechen und alles mit sich zu reißen, was sie zu fassen vermag; sondern eine große mächtige Bewegung mit vielen Millionen von Anhängern. In politischen und wirtschaftlichen Organisationen sind Millionen, in Reichs-, Landes- und Provinzialparlamenten und kommunalen Körperschaften sind viele Tausende von sozialistischen Einzelkräften tätig. Zu welchem Zweck? Solange die Bewegung klein war, konnte ihre nächste Aufgabe nur die sein Anhänger zu gewinnen. Erst eine bestimmte Größe verleiht ihr Macht, Einfluß, ermöglicht es ihr Positives schaffen, aufbauend wirken zu können. Bei allem, was eine junge, kleine Partei tut, muß die agitatorische Wirkung von bestimmendem Einfluß sein. Auch im Parlament werden die Reden *zum Fenster hinaus* gehalten. Und die Kritik ist das Lebens- element der Partei. Diese auf die Agitation berechnete Tätigkeit einer aufstrebenden Partei wirkt auch positiv: Regierung und Mehrheitsparteien sind gezwungen der Kritik und den Forderungen der Opposition einigermaßen Rechnung zu tragen, wenn sie nicht immer mehr Anhänger an die Opposition verlieren wollen. Auf diese Art kann selbst eine kleine Minderheit der Mehrheit zuweilen ihren Willen aufzwingen und manche Forderungen durchsetzen. Mit Recht nimmt die deutsche Sozialdemokratie das Verdienst für eine Reihe von Gesetzen für sich in Anspruch, obwohl sie zum Teil gegen sie gestimmt hat, weil sie nicht weit genug gingen. Denn auch die Ablehnung der Verantwortung für ein neues Gesetz ist eine verständliche Taktik einer jungen, kleinen Partei, die am Tag nach der Verkündung des Gesetzes schon wieder mit der Kritik einsetzen muß. Kann aber nun eine Partei wie die Sozialdemokratie eine solche Taktik so lange üben, bis sie die politische Macht erkämpft hat, selber Mehrheit geworden ist, und dann die Gesetze aus eigener Kraft beschließt und ausführt?

Die liberale und konservative Partei in England haben es stets so gehalten, und auf diese Taktik berufen sich auch ihre Verfechter in anderen Ländern. Wo nur zwei Parteien bestehen, ist sie in der Regel auch deshalb ganz selbstverständlich, weil der Minoritätspartei meistens nichts anderes übrig bleibt: Die Mehrheitspartei macht die Gesetze nach ihren Programmforderungen und den Versprechungen, die sie den Wählern gegeben hat; sie ergreift die Zügel der Regierung, übernimmt die Verwaltung und somit die alleinige Verantwortung und schließt die Minoritätspartei von der praktischen Mitwirkung aus. Mit dem Auftreten und der Entwicklung der sozialistischen Bewegung wird das Zweiparteiensystem aber überall unmöglich werden. Auch in England kann die liberale Partei niemals mehr allein eine Mehrheit bilden und somit zur Regierung gelangen. In Frankreich, Italien, Deutschland, Österreich, Schweden und Dänemark sind Regierungsmehrheiten nur noch durch Koalitionen von Parteien möglich. Bleibt in diesen Ländern die sozialistische Partei der Bildung einer Regierungsmehrheit fern, um als *Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft*

jedwede Verantwortung für die *bürgerliche* Gesetzgebung abzulehnen, so erleichtert oder ermöglicht sie den reaktionären Parteien die Herrschaft, sie wirkt dann indirekt selber reaktionär und nicht fortschrittlich. Diese Taktik einer Regierungsmehrheit unter allen Umständen fern zu bleiben, jede Teilnahme an der Exekutive (Regierung) und jede Verantwortung für die Gesetzgebung und die Verwaltung abzulehnen, um jeder *bürgerlichen* Regierung gegenüber in Opposition stehen zu können, wäre trotzdem verständlich und vielleicht richtig, wenn die sozialistischen Parteien die Aussicht hätten in nächster oder nicht ferner Zeit die große Mehrheit des Volks auf ihrer Seite zu haben und die Mehrheit in den Parlamenten und die politische Macht überhaupt zu erlangen.

Diese Möglichkeit besteht in absehbarer Zeit in keinem Lande. Es ist sogar vielleicht sehr fraglich, ob es überhaupt im Interesse der sozialistischen Zukunft läge, wenn die Sozialisten in irgend einem Reich plötzlich in den Besitz der politischen Macht gelangten, solange die Produktionsweise noch allgemein kapitalistisch ist und sich erst wenige und schwache sozialistische Formen herausgebildet haben. Die sozialistische Bewegung kann in dieser Hinsicht nicht mit den liberalen oder konservativen Parteien in Vergleich gestellt werden, da diese ja auf dem Boden der kapitalistischen Produktion stehen, während der Sozialismus deren Überwindung zur Voraussetzung hat. Eine sozialistische Regierung könnte aber, auch wenn sie die große Mehrheit des Volks hinter sich hätte, augenblicklich an der kapitalistischen Produktionsweise gar nichts ändern. Die sozialistische Produktionsweise kann nur das Resultat einer langen, viele Generationen dauernden Entwicklung sein. Eine sozialistische Regierung könnte diese Entwicklung zwar fördern, aber in der ganzen Zeit, solange die sozialistische die kapitalistische Produktion noch nicht abgelöst hat, bleibt die *kapitalistische* Gesellschaft, die *bürgerliche* Gesellschaft trotz sozialistischer Parlamentsmehrheit und Regierung bestehen, wie es in Australien der Fall ist. Und die sozialistische Regierung müßte *bürgerlich*, *kapitalistisch* regieren, das heißt den kapitalistischen Unternehmern alle die Sicherheiten und Garantien bieten, die notwendig sind, um die Betriebe aufrecht zu erhalten. Andernfalls würde die Produktion plötzlich still stehen, und was dann käme, wäre alles andere, nur nicht eine sozialistische Gesellschaft. Aus dem Boden läßt sich keine neue Produktionsform stampfen sondern nur in langer Arbeit allmählich zur Entfaltung bringen: durch Bildung von Genossenschaften, kommunalen und staatlichen Betrieben usw. Eine andere Auffassung ist unwissenschaftlich und widerspricht jeder evolutionistischen Auffassung. Sowenig es eine Grenze gibt, die das Ende der feudalen und den Beginn der bürgerlichen Gesellschaft markiert, so wenig wird ein Beginn der sozialistischen Gesellschaft jemals in die Erscheinung treten. Die sozialistische Entwicklung hat bereits begonnen, die sozialistische Produktionsweise und andere sozialistische Formen erstehen in der bürgerlichen Gesellschaft, wie sich einst die kapitalistischen Formen in der feudalen Gesellschaft, schon vom 12. Jahrhundert und noch früher, herausgebildet haben. Wir wachsen in den Zukunftsstaat hinein, hat bekanntlich Wilhelm Liebknecht gesagt.

Wir wachsen aber nicht nur in den sozialistischen sondern auch in den demokratischen Staat hinein. Auch die Demokratie *entwickelt* sich. Treffend zeigt dies der Führer der englischen Arbeiterpartei, der den Lesern der *Sozialistischen Monatshefte* aus vielen Beiträgen wohlbekannte Genosse J. R. MacDonald,

in seinem soeben auch in deutscher Sprache veröffentlichten interessanten und lehrreichen Buch *Sozialismus und Regierung*, das Eduard Bernstein mit einem Vorwort versehen und bei Diederichs in Jena herausgegeben hat, an dem Beispiel Englands. Die Wahlreform von 1832 öffnete die Schleusen der Veränderung. Nicht einer der für diese Reform verantwortlichen Männer beabsichtigte die Einführung der Demokratie. Tatsächlich beteuerten damals die Reformer, daß dies nicht in ihren Intentionen läge. Die Whigs handelten in dem Glauben, daß sie nur alte konstitutionelle Praktiken stärkten, indem sie sie auf neue Bedingungen anwandten. Jene, die anderer Meinung waren oder die größeren Freiheiten für das gemeine Volk reklamierten, glichen disharmonischen Stimmen in einer Menge. Aber als die Schleusen einmal aufgerissen waren, stieg das Wasser trotz der Absichten jener, die ihm den Weg geöffnet hatten. Die liebevoll gepflegten Schutzwälle der Grey und Russell verschwanden in der Fülle der Zeiten, weil eine Tat vollbracht worden war, die ihre Beseitigung involvierte. 1867 kam, ihm folgte 1884. Zwingender als das Kapitel über die Entwicklung des demokratischen Wahlrechts beleuchtet kein Abschnitt in der politischen Geschichte die Tatsache, daß sich winzige Anfänge durch ihre eigene Bedeutsamkeit bis zu ihren eigenen logischen Schlußfolgerungen ausdehnen: nicht, weil die Menschen sie bis zu Ende ausdenken und bewußt für sie kämpfen, sondern weil Tendenzen und Kräfte geschaffen und entbunden worden sind, die diesem Ziel unwiderstehlich entgegenfließen.

Diese Lehren sollten ganz besonders in Deutschland Beherzigung finden. Sozialismus und Demokratie sind nichts anderes als die Weiterentwicklung der bestehenden Gesellschaft auf eine höhere Stufe. Und deshalb ist die sozialistisch-demokratische Gesellschaft auch nur durch Mitarbeit in der heutigen Gesellschaft und für die heutige Gesellschaft zu erreichen. Da es aber einen Anfang der sozialistischen Gesellschaft gar nicht gibt, werden die sozialistischen Parteien in der bürgerlichen Gesellschaft bereits aufbauend mitarbeiten müssen, wenn sie nicht Generationen hindurch abseits stehen wollen. Die Ablehnung der Teilnahme an einer *bürgerlichen* Regierung unter allen Umständen kommt aber einem Verzicht auf die Arbeit gleich durch Gesetzgebung und Verwaltung die sozialistische und demokratische Entwicklung zu fördern. In demokratischen Ländern lehnen es deshalb die sozialistischen Parteien auch gar nicht ab an der Regierung teilzunehmen. Zwar tragen die Sozialisten in England, Schweden, Dänemark usw. dem Beschluß des Amsterdamer Kongresses insofern Rechnung, als sie vorläufig noch in kein Ministerium eintreten. Aber sie bilden mit den liberalen Parteien eine feste Regierungsmehrheit und haben deshalb auch die Verantwortung für die Regierung zu tragen, deren Sturz sie ja jederzeit herbeiführen könnten. Was es unter solchen Verhältnissen für einen Sinn haben soll nicht in das Ministerium einzutreten, das nichts anderes ist als ein Volksvertretungsausschuß der selben Parlamentsmehrheit, die nur durch die Teilnahme der Sozialisten gebildet werden kann, ist unverständlich. Und daher ist diese Konsequenz auch nur eine Frage der Zeit.

Regierung ist, wie gesagt, jede Verwaltungstätigkeit. Eine demokratische Regierung muß sich (das zeigt auch MacDonald in seinem oben erwähnten Buch in sehr instruktiver Weise) immer auf die *öffentliche Meinung*, den Volkswillen stützen. Und es ist auch nicht unrichtig, wenn MacDonald weiter behauptet, daß ungeachtet der Regierungsform nur die öffentliche Meinung, der

Volkswille, der Träger der Regierung sei. Die Regierungsgewalt kann heute nur ergreifen und behaupten, wer sich auf den Willen des Volks stützen kann. Wer die politische Macht erobern will, muß das Volk gewinnen. Niemals in der Weltgeschichte und nirgends hat sich aber eine politische Umwälzung (die zugleich auch eine soziale Umwälzung zum Ausdruck brachte) in der Weise vollzogen, daß eine neu aufstrebende Klasse mit einem Schlag die politische Macht ergreift. Choiseul, der Minister Ludwigs XV., war ein Vertreter des Bürgertums wie Turgot und Necker, Bailly und Lafayette, die Ludwig XVI. dienten, aber trotzdem die Umwälzung vorbereiteten. Als die große französische Revolution sichtbar, sozusagen offiziell, ausbrach, war das Bürgertum bereits im Besitz der Regierungsgewalt, an der es teilnahm, sobald ihm die Macht seiner Stärke dazu verhalf.

Die Sozialdemokratie wird nie die Regierungsgewalt bekommen, wenn sie darauf wartet, daß sie ihr plötzlich in den Schoß fällt. Die politische Macht erobern, heißt überhaupt Macht gewinnen. Wie wir nur *stückweise* die gesetzgebenden Körperschaften erobern, können wir auch nur *stückweise* in die Verwaltung eindringen, in dem Maß, wie eine Regierung sich auch auf die Meinung der sozialistischen Massen stützen muß. Da eine Aussicht nicht besteht, daß die sozialistische Gesellschaft in sehr naher Zeit aus dem Boden gestampft werden könne, in den meisten Ländern weder die sozialistische noch eine bürgerliche fortschrittliche Partei aus eigener Kraft die Regierungsgewalt ergreifen kann, bleibt den Sozialisten nur die Wahl: entweder den reaktionären Elementen die staatliche Gewalt zu überlassen und die Revolution vorzubereiten oder sich mit den fortschrittlichen Parteien in die Regierung zu teilen, bis sie die ganze Macht in Händen haben.

In Deutschland kann es sich zunächst ja nicht um den Eintritt in ein Ministerium sondern nur um die Bildung von *Parlamentsmehrheiten* handeln, auf die sich die Regierungen stützen müssen. Die Notwendigkeit dieser Art von Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierung macht sich immer mehr geltend. Ohne Teilnahme der Sozialdemokratie ist in Deutschland, im Reich und in vielen Bundesstaaten keine fortschrittliche *Parlamentsmehrheit* mehr möglich. Die Partei ist aber auch nun zu groß geworden, um nur durch Kritik die Wähler befriedigen zu können. Die 4¼ Millionen Wähler warten nun darauf, was die Sozialdemokratie Sichtbares *zustandebringen* werde. Da sich nicht annehmen läßt, daß sie zur Mehrheit im Reich wird, ihrer *Werbekraft* auch Grenzen gezogen sind, über die wir uns nicht täuschen dürfen, kann sie es unmöglich dauernd ablehnen sich mit den Liberalen zu einer festen Mehrheit zu verbinden. Ob eine solche *Mehrheitsbildung* mit allen ihren Konsequenzen heute schon in Deutschland möglich ist, darüber will ich nicht urteilen. Es handelt sich zunächst um den Willen zu einer solchen Koalition, die nur zustande kommen kann, wenn auch die Sozialdemokraten die gegenwärtigen *Staatseinrichtungen* als etwas Gegebenes betrachten, das sich nicht plötzlich beiseiten sondern nur durch Mitarbeit von innen heraus in langer, zäher Arbeit umgestalten läßt; und wenn sie bereit sind die Verantwortung für das mit zu übernehmen, was durch diese *Mehrheitsbildung* geschaffen wird. Der Kompromiß bei der Annahme der Verfassung für Elsaß-Lothringen hat der Sozialdemokratie gezeigt, auf welchen Wegen sie in Zukunft Neues schaffen, die Gesellschaft demokratisieren kann. Die Teilnahme an einer festen *Parlaments-*

mehrheit ist der erste Schritt zur Teilnahme an der Regierungsgewalt in der bürgerlichen Gesellschaft, aber auch zur Eroberung der Regierungsgewalt überhaupt und zur Erreichung der Demokratie und des Sozialismus. Und unsere Partei sollte sich weder durch veraltete Traditionen noch durch Scheu vor äußerlichen Formalitäten und durch Etikettebedenken um irgend eine Machtposition bringen lassen, in der sie einen Stützpunkt für ihre Wirksamkeit findet: Sie sollte sich dazu ihren Anhängern und der Geschichte gegenüber verpflichtet fühlen.

XX
**MAX SCHIPPEL · DIE NEUESTEN VORSTOSSE
 UNSERER IMPOSSIBILISTEN**

ALLMÄHLICH tauchen sie wieder auf, bald in dieser bald in jener Ecke des Parteifeldes, gestern noch ganz vereinzelt, heute bereits zu kleineren Trupps verbunden: die ersten Vorreiter zu einem zweiten Dresden, zu einer abermaligen großen prinzipiell-taktischen *Auseinandersetzung* von der, jedem erfahrenen Parteigenossen sattsam bekannten Art. Der Kriege ruf ist in der Tat durchaus der alte: Unser ganzes Verhalten bei Wahlen und in Parlamenten muß ausschließlich auf Erweiterung der Gegensätze zu allen bürgerlichen Parteien, auf Zuspitzung der Konflikte mit aller Welt hindrängen. Darum keine *Anlehnungen* an sogenannte *Nachbarteilparteien*, keine *Verhandlungen* an Stelle des Kampfes; darum keinerlei Eintreten für Gegner sondern rücksichtsloseste Aufklärung über die Gemeinschädlichkeit aller Nichtsozialdemokraten. Die Köpfe aufklären und dann die Stimmen der Aufgeklärten zählen, das ist für die zielbewußte Klassenkampfpolitik alles. Deshalb: gegen die matte und schiefe Wahlparole des Kampfes wider den schwarzblauen Block, gegen die Stichwahlparole des Parteivorstands, gegen die Leisetreterei und das autokratische Gebaren in der Reichstagsfraktion, von den bayrischen Blockpolitikern ganz zu schweigen . . . Doch hören wir lieber die gestrengen Prinzipienwächter selber.

Schon die ganze Richtung gegen den schwarzblauen Block paßte ihnen nicht. Nieder mit dem schwarzblauen Block: Dieses Endziel hatte sofort nach den Hauptwahlen die Erklärung des Parteivorstands als »gebieterische Notwendigkeit« bei den Stichwahlen in den Mittelpunkt des weitem Ringens gerückt. Der *Vorwärts* unterstrich am 20. Januar dieses, durch die Verhältnisse ganz von selber gegebene Streben mit einer, sonst selten an ihm zu merkenden klaren Entschiedenheit:

»Alle Kraft drangesetzt die Herrschaft des schwarzblauen Blocks zu zertrümmern! . . . Eine große Verantwortung lastet jetzt auf jedem einzelnen Staatsbürger, Seine Stimme soll mitentscheiden, ob Deutschland von der Herrschaft des schwarzblauen Blocks befreit wird . . . Deshalb ist es das Interesse der deutschen Arbeiterklasse alles aufzubieten, um ihre gefährlichsten Bedränger bei den Stichwahlen aus der Macht zu werfen. Deshalb werden wir trotz des tiefgehenden Gegensatzes, der uns von den Liberalen trennt, für die Kandidaten der Fortschrittspartei stimmen, weil wir nur so auf das wirksamste das Ziel erreichen können: die Zertrümmung des schwarzblauen Blocks. Deshalb werden wir auch für jene Nationalliberalen stimmen, die die Stichwahlbedingungen von Jena akzeptiert haben. So wird die Sozialdemokratie alles daran setzen die Gefahr einer Wiederkehr der konservativ-klerikalen Herrschaft vom deutschen Volk abzuhalten.«

Diese weichliche Kompromißauffassung entlockte jedoch den Standfesten von Bremen bis Stuttgart und Göppingen nur ein geringschätziges Lächeln. Zwar

mit besonderer Wendung gegen Bayern, aber unter ganz unzweideutiger Mit-anwendung auf den eben veröffentlichten Aufruf des Parteivorstands vom 18. Januar sandte die *Bremer Bürgerzeitung* am 20. Januar die Belehrung und Verwarnung in die Welt:

»Wenn der Kampf ausschließlich gegen einen Teil der besitzenden Klasse gerichtet, und der andere Teil als Freund gepriesen wird, kann bei den Arbeitern keine klare Einsicht in die Klassengegensätze aufkommen. Was sie in erster Linie wissen müssen, um ihre Macht zu stärken (daß sie von der kapitalistischen Klasse ausgebeutet werden und sich dagegen organisieren müssen), wird ihnen vorenthalten. Nicht der Kapitalismus, sondern die schwarzblaue Partei wird ihnen als die Ursache ihres Elends dargestellt . . . Nicht von der eigenen Machtentwicklung, der eigenen Anstrengung und der Stärkung der eigenen Organisation sondern von der Hilfe der Liberalen sollen sie die Durchsetzung ihrer Forderungen erwarten. . . . Bei der Beurteilung der bayrischen Blockpolitik muß beachtet werden, daß die bayrischen Genossen nicht allein die Verantwortlichkeit trifft. Sie sind durchaus nicht die sieben Sünder im Lande der Gerechten. Auch in dem radikalen Flügel der Partei und seinen Organen redet man unter dem Einfluß der augenblicklichen Reichstagspolitik mehr oder weniger im Blockjargon . . . Daher soll man bei aller sachlichen Kritik der bayrischen Blocktaktik nicht vergessen, daß die Bayern nur als konsequente Tat durchführten, was anderswo in der Form verschwommener Redensarten doch den Geist beherrscht.«

Die Stuttgarter *Gleichheit*, in der ja gewöhnlich die allerälteste, geistig am weitesten zurückgebliebene Ideologie ihre seltsamsten Phrasenblüten entfaltet, entdeckte gleichfalls, man habe »auch von unsrer Seite die klaren Linien des Hauptkampfs verwischt« und die Legende von der liberalen Waffengemeinschaft und den liberalen Heldentaten mit aufbauschen helfen: einmal durch das zu geschäftige Werben um liberale Unterstützung »seitens unserer Zentralorgane«, dann »in der ganzen Stichwahlkampagne durch die Parole *Gegen den schwarzblauen Block!*, die im Gleichklang mit den Liberalen von unseren führenden Instanzen etwas zu laut vorgetragen wurde«:

»Dementsprechend haben wir auch als Signatur der Lage im neuen Reichstag nicht einen Gegensatz von *rechts* nach *links* sondern nach wie vor den alten Gegensatz der gesamten bürgerlichen Parteien zur Sozialdemokratie. Dies so scharf wie nur möglich den Volksmassen zum Bewußtsein zu bringen, entgegen allen Fäseleien der liberalen (?) Geschichtsfälschung, das ist die erste dringende Aufgabe unserer Partei.«

Das Hallesche *Volksblatt* nannte am 30. Januar den »Kampf gegen Schwarzblau«, also die maßgebende Grundanschauung für die Stichwahlaufrufe des Parteivorstands und des *Vorwärts*, unumwunden eine die Massen irreführende Phrase:

»Zwei Jahre hat die Phrase ausgehalten. Zwei Jahre lang haben Liberale und Freisinnige aller Schattierungen mit so viel Ausdauer, Ernst und Beharrlichkeit den Kampfruf *Nieder mit dem schwarzblauen Block!* in die Welt geschmettert, daß sie es nicht nur selbst glaubten sondern sogar in der Sozialdemokratie hier und da (?) den Wunsch wachriefen mit in diese Losung einzustimmen. . . . Es zeigte sich mit aller Deutlichkeit, daß für das Proletariat mit der Zertrümmerung des schwarzblauen Blocks nichts gewonnen wäre. Seitdem hörte man in unserer Partei diese Losung nur noch vereinzelt (?) anstimmen. . . . Ein paar Mandate mehr oder weniger sind für das Proletariat Nebensache, und die Vernichtung der Macht der schwarzblauen Parteien war nicht ein proletarisches sondern nur ein liberales Parteiinteresse.«

Schließlich versteigt sich der Hallesche Widerspruchsgeist sogar zu der verblüffenden Behauptung: die ganze fortschrittlich-liberale »Gegnerschaft gegen die schwarzblaue Politik« beruhe auf der »gewiß nicht unrichtigen Überzeugung, daß diese Politik die Sozialdemokratie stärkt und somit die bürgerliche Ordnung gefährdet«; was freilich ein vernichtendes Urteil über unsere ganze Wahltaktik wäre:

Ergänzend gesellte sich zu dieser Bekämpfung der Stichwahlunterstützung für Liberale natürlich eine gepfefferte Kritik des Liberalismus selber, die mitunter die denkbar groteskste Form annahm, die aber ganz folgerichtig aus dem vertretenen Standpunkt sich ergibt. Viel beachtet wurde bereits die folgende Perle aus der *Bremer Bürgerzeitung* vom 22. Januar:

»Tiefer ging es mit dieser Heerschar für *Fortschritt und Freiheit* wohl nimmer. Uns kam diese Tatsache, wie gesagt, nicht überraschend. Sie bestätigt uns aufs neue, wie recht wir hatten bei den Hauptwahlen die Liberalen als reaktionäres Gesindel zu brandmarken und zu bekämpfen... Der Liberalismus, die politische Vogelscheuche, ist es, dessen Entwicklung bis in den Sumpf der politischen Senilität sich von Stufe zu Stufe verfolgen läßt. Der Liberalismus ist schon heute auf einer Stufe der Verkommenheit angelangt, daß, könnte er im Augenblick in eine Schandsäule verwandelt und auf öffentlichem Markt aufgestellt werden, die Hunde sich genieren würden ihre Notdurst an ihm zu verrichten. In Halbheiten und Verrätereien empfangen, taumelt er von einer Prostitution in die andere. Rettungslos geht er dem Verfall und der Auflösung entgegen.«

Und in Göppingen, der stärksten Hoffnung des Stuttgart-Degerlocher *Radikalismus*, schwor man am Tag darauf den ganzen »faulen Sumpffgraben des Liberalismus rücksichtslos auszutrocknen«:

»Je eher der liberale Sumpf ausgetrocknet ist, und je eher wir auf das feste Gestein der offenen Reaktion stoßen, um so mehr wird die geschaffene Klarheit der Situation die Schritte der Arbeitermassen beflügeln... Der nächste Reichstag wird dem Liberalismus Aufgaben zuweisen, die ihn nicht nur bis aufs Hemd sondern bis auf die bloße Haut enthüllen werden. Er [!] wird die Sterbeszene des Liberalismus sehen. Er [wer?] hat in Schande gelebt, und wenn er in Schande stirbt, so geschieht ihm sein geschichtliches Recht. Es wird auch ein geschichtlicher Gewinn sein. Denn über seine [?] Leiche hinweg erst treffen sich die Gegner, die hart gegen hart den Endkampf ausfechten werden. Im Leben zu nichts nütze, wird seine Leiche das Blachfeld für die Endkämpfe ebnen helfen. Wir werden mit Herzenslust das so eingebaute Blachfeld stampfen. Das wird unsere Befriedigung sein.«

Aber unser junger Göppinger Held, Trockenleger und Blachfeldstampfer gelobte zugleich dafür zu sorgen, daß Parteileitung und Gesamtpartei selber aus dem Kompromißmorast der elenden politischen Schachergeschäfte mit dem Liberalismus herausgelangen:

»Die liberale Falstaffgarde hat sich skrupellos, schamlos an den meistbietenden Reaktionär verkauft. Sie muß mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Das ist der entschlossene Wille, der in den Massen lebt, und den Führern, die ihm entgegen handeln, werden die Massen ihren Willen klar machen müssen. Nur eine prinzipienklare, entschlossene Taktik kann uns vorwärts bringen. Wenn aber ein so herrlicher Sieg, wie er am 12. Januar errungen wurde, umgemünzt wird in ein Schachergeschäft mit alten Hosen, so werden wir da angelangen, wo der heutige Liberalismus steht: bis über die Ohren im Sumpf.«

Diesen angenehmen Faden spinnt augenblicklich die impossibilistische Parteipresse mit der ihr angeborenen und anerzogenen Liebeshwürdigkeit und Zurückhaltung weiter. Daß Stichwahlvereinbarungen, wie sie zuletzt zwischen den Sozialdemokraten und der freisinnigen Volkspartei getroffen wurden, niemals alle Wahlkreise und Wahlkreisinteressenten voll befriedigen können, ist selbstverständlich. Einfach deshalb, weil solche *Do ut des*-Abkommen stets gewisse Verzichte an einer Stelle einschließen, um an anderm Ort und in großem und ganzen überwiegende Vorteile einzutauschen: wozu im vorliegenden Fall natürlich auch eine vorteilhaftere parlamentarische Parteidgesamtkonstellation gehören würde. Nichts leichter als unter Außerachtlassung des politischen Gesamtgewinns auf diese weniger günstigen Parteien hinzuweisen und darüber einen großen Lärm zu schlagen. Gewiß, man kann sich die Kom-

pensionsobjekte unter Umständen anders ausgewählt denken. Aber irgendein Nachgeben und Entsagen werden sie immer einschließen, und wer durchaus Lärm schlagen will, wird auch hier die toten Stellen statt allseitig lückenloser Fortschritte herausfinden. Ohne ein gewisses Vertrauen, daß die beteiligten Parteileiter nach Kräften die Mandatsinteressen der eigenen Partei zu wahren strebten, kommt man deshalb über die Einzelheiten solcher Verständigungen nicht hinweg, und die mehrköpfige Zusammensetzung des Verhandlungsausschusses verbürgt (wenigstens unter normalen Verhältnissen) ganz von selber, daß Einwände und Bedenken in der entscheidenden Stunde so weit zur Geltung gelangen wie es die augenblicklichen tatsächlichen Voraussetzungen gestatten.

Einen Hauptstein des Anstoßes erblickten nun unsere Impossibilisten zunächst darin, daß der Parteivorstand in seiner Abmachung 16 Wahlkreise dem Freisinn überließ, daß heißt, daß er für die Partei die Zusicherung abgab in diesen Kreisen »bis zur Stichwahl keine Versammlungen abzuhalten, kein Flugblatt zu verbreiten, keine Stimmzettel den Wählern zuzustellen und am Wahltag selbst keine Schlepperdienste zu verrichten, wogegen uns freisteht am Wahltag vor den Wahllokalen Stimmzettel zu verbreiten.«¹⁾ Zweifellos läßt sich darüber streiten, ob die erstrebten Gegenzusicherungen der leitenden freisinnigen Vertrauensmänner nicht in anderer Weise zu erkaufen waren. Nur ist ein solches nachträgliches Kopfzerbrechen kaum die darauf verwendete Zeit wert. Die Einwendungen unserer äußersten Linken laufen im Grund auch auf etwas ganz anderes hinaus: auf die prinzipielle Ablehnung jeder Vereinbarung, weil diese als *Mandatschacher* erscheint, weil diese die *politische Reinheit* der Sozialdemokratie untergräbt, weil sie die, lediglich dem Endziel zuzuwendende Kampfbegeisterung der Massen *dämpft*:

»Das Abkommen ist ohne Rücksicht auf seinen Erfolg aus prinzipiellen Gründen abzulehnen. . . Jede Stichwahltaktik, die nicht in voller Öffentlichkeit den Massen klargelegt werden kann, die umgekehrt zu ganz ungewöhnlichen und bemerkbaren Schiebungen führt, muß als die Massen irreführend, ihr Vertrauen zur Sozialdemokratie erschütternd bezeichnet werden. . . Es mußte sich den Genossen der Eindruck eines Schachers mit Wählerstimmen aufdrängen. . . Die politischen Beweggründe erfordern eine Verurteilung des Abkommens. Für den Parteivorstand handelte es sich um die Zertrümmerung des schwarzblauen Blocks, und diesem Ziel erlaubte er in unzulässiger Weise unsere Wahltaktik zu beeinflussen. . . Das Experiment mit der Schaffung einer linksliberalen Opposition, die [das] der Parteivorstand unternahm, zeigt sich als ganz zwecklos. Was die Geschichte zum Tode verurteilt hat, was sie mit ihren Rädern zermalmt hat, das kann der Parteivorstand in der Lindenstraße nicht zu neuem Leben erwecken, bestände er auch aus viel jüngeren Kräften als es der Fall ist.« (*Bremer Bürgerzeitung* vom 26. und 27. Februar)

»In 16 Wahlkreisen (Oberbarnim, Liegnitz, Schönau-Hirschberg, Apenrade-Flensburg, Lauenburg, Querfurt-Merseburg, Hagen, Süddithmarschen, Malchin-Waren, Calw, Balingen, Meiningen, Schaumburg, Lippe-Detmold, Oldenburg, Nordhausen), in denen unsere eigenen Kandidaten in Stichwahl mit Fortschrittleren standen, sollte unsere Partei den *Wahlkampf dämpfen*. . . Wichtige Grundsätze des sozialdemokratischen Kampfes wurden geopfert. . . Das verschämte Wörtlein *den Wahlkampf dämpfen* war im Sprachlexikon der Sozialdemokratie bisher unbekannt. . . Es ist schwer diese Zeilen des Abkommens zu lesen, ohne daß einem die Röte der Scham und des Zorns über die fortschrittliche (?) Zumutung ins Gesicht steigt; jedenfalls ist, seit die deutsche Sozialdemokratie besteht, ein ähnliches Wahlabkommen von ihr nicht getroffen worden. Bisher galt es in der Sozialdemokratie als *Grundsatz*, daß der

¹⁾ Im Wortlaut der vertraulichen Mitteilung des Parteivorstands folge ich der *Bremer Bürgerzeitung* vom 26. Februar 1912.

Wahlkampf in erster Linie der Agitation, der Aufklärung über die Ziele der Sozialdemokratie dient, und in diesem Sinn galt es als heilige Pflicht und als Ehrensache jeden Tag, jede Stunde des Wahlkampfes zu nutzen, um das Maximum an Agitationsarbeit zu leisten. Hier verbot der Parteivorstand den Fortschrittler zu liebe unsern Genossen die Agitation für die eigene Partei zu treiben... Freilich, die [16] Mandate mochten meist aussichtslos gewesen sein. Seit wann ist aber für uns die Frage der Mandate das Ausschlaggebende?« (*Leipziger Volkszeitung* vom 29. Februar und 1. März)

»Unsere Werbekraft liegt nicht in dem, was die Duldung, die Anerkennung, sondern in dem, was die Feindschaft der Gegner erweckt... Die Wurzeln unserer Macht liegen in der unablässigen Betonung und Betätigung unseres tiefen prinzipiellen Gegensatzes zu der ganzen bürgerlichen Welt.« (*Volksblatt für Halle* vom 4. Februar)

»Darin eben beruht die Kraft der sozialdemokratischen Propaganda, daß sie sich in keiner Situation scheut die Grenzen zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien mit aller Schärfe zu ziehen... Schon die Größe der [Rosa Luxemburg-] Versammlung war der beredte Ausdruck des Willens der Masse selbstbestimmend auf den Kampfplatz zu treten und unnachsichtlich alles zu bekämpfen, was sich diesem Selbstbestimmungsrecht in den Weg stellt. Schon der Riesenbesuch der Versammlung war ein wuchtiger Protest gegen die Taktik des Parteivorstandes. Und es gilt immer und immer wieder dem Willen der Massen Ausdruck zu geben, daß nun und nimmer hinter ihrem Rücken Entscheidungen getroffen werden dürfen.« (*Bremer Bürgerzeitung* vom 2. März)

So hätten wir denn alle die alten guten Bekannten von Dresden glücklich wieder beisammen, nur daß der Vorstoß sich diesmal nicht gegen Bernstein oder den Revisionismus sondern klipp und klar gegen die bisherige Parteileitung kehren soll. Und auch der Reichstagsfraktion bestreitet die *Bremer Bürgerzeitung* ganz konsequent bereits das Recht zu vertraulichen Beratungen, die man nicht sofort an die große Glocke der allgemeinen Öffentlichkeit hängt. Kaum hatte Dr. Quarek aus dem Reichstag der *Frankfurter Volksstimme* geschrieben: »*Kräftig weiter gegen den schwarzblauen Block!* ist die Losung, die unsere ersten Fraktionsberatungen beherrschte, die natürlich vertraulicher Natur waren und beinahe 4 Stunden dauerten«, so legte das Bremer Blatt auch hier seine, vom Heiligenschein des Endziels umleuchtete Denkerstirn in die Falten tiefsten Mißtrauens:

»Wichtig ist für uns die Tatsache, daß überhaupt eine »vertrauliche« Sitzung stattfand. Wir können uns der Auffassung des Genossen Quarek nicht anschließen, der eine solche Erscheinung als »natürlich« hinstellt. Wir sind vielmehr der Meinung, daß die Parteigenossen ein Recht darauf haben zu erfahren, was in der Fraktion vorgeht; besonders wenn eine vertrauliche Sitzung »beinahe 4 Stunden« dauert; das heißt, wenn zweifellos Dinge von besonderer Wichtigkeit verhandelt werden. Der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages kündigt, wie unter *Deutsches Reich* zu lesen ist, eine »chronologische Darstellung der Vorgänge bei der Präsidentenwahl« an. Wir erwarten dringend, daß die Vorgänge in der Fraktion, die der Genosse Quarek als »natürlich vertraulich« bezeichnet, mit in die Darstellung einbezogen werden.«

Im Süden werden die harmlosesten, von jeher zwischen Parlamentariern in den Kommissionen und durchaus nützlichen und parteilosen Korrespondenzbureaus bestehenden Preßbeziehungen zu den hämischsten Angriffen gegen mißliebige Abgeordnete ausgenutzt. Auch dies nach bekanntem Dresdener Vorbild.

Nur sollte man dabei die Erfahrungen nicht aus dem Auge verlieren, die uns nach Dresden bei den Wahlen eingebläut wurden. Selbst der stärkste Parteiorganismus bleibt schließlich in dieser vergiftenden Atmosphäre des schleichenden Mißtrauens und der offenen Verdächtigung nicht ungeschädigt.

XX

HEDWIG DOHM · DIE IDEALISTEN DES ANTI-FEMINISMUS



WAS ist Antifeminismus? Der passive oder aktive Widerstand gegen die Aufwärtsbewegung des weiblichen Geschlechts. Passiv ist er, wenn er nur in der Meinung, in einer Gefühls- und Glaubensrichtung besteht; aktiv, wenn Gefühl und Glauben sich in Taten umsetzen, mögen sie sich in Schriften, Vorträgen, Gesetzes- oder Polizeiverordnungen äußern. Die verschiedenartigen Motive der Gegnerschaft sind oft genug erörtert worden. Hier will ich nur von den Idealisten des Antifeminismus reden, von den Rittern des Ordens Frauenlob, von den verspäteten Minnesängern, die beflissen sind das Weib um ihrer Hoheit und Reinheit willen vom Markt des Lebens fernzuhalten.

Der reinste, absoluteste Vertreter dieser Richtung ist der Engländer Prentice Mulford, der in einem Kapitel eines Buches, das sonst starke Reize hat,¹⁾ ein goldenes Netz ausspannt, in das er das Weib hineinschmeichelt.

»Das verfeinerte Element in der Natur ist weiblich Unter Frauen gibt es viel mehr Clairvoyantes [als unter den Männern] . . . Sie sind die ersten, um eine spirituelle Wahrheit zu erfassen In allen Stadien seelischen Wachstums ist der innere Blick der Frau klarer als der des Mannes: er befähigter zu verwirklichen, was ihm die weibliche Psyche zeigt Sie ist die Weckerin Sie ist nicht das schwächere sondern das feinere Gefäß, das den unirdischen Wein der Geistigkeit trägt Die Frau vermag durch ihre feinere psychische Organisation Gedanken, besser Intuitionen, höheren Grades zu empfangen. Sie ist die empfindlichere Membran für die Schwebungen im spirituellen Ozean. Den höhern Intellekt, der die ganz feinen, mächtigen Gedanken empfängt, hat der Mann nicht Es liegt nur an unserer Barbarei, daß Hausarbeit als Frauenberuf betrachtet wird Darum sagte Christus von Maria, sie habe das bessere Teil erwählt, da sie sich nicht zur Hausmagd erniedrigte, gleich Martha«

Wie, dieser Ideologe, der die Frauenseele hymnisch erhebt, der die geistige Organisation der Frau in verklärtem, englischen Licht (leider nicht in dem der Wirklichkeit) sieht, sollte ein Antifeminist sein? Ja, auch er. Auch ihm ist das weibliche Geschlecht eine uniforme, mit einer Fabrikmarke abzustempelnde Masse. Auch er verurteilt die Frau zur Passivität, wehrt ihr die positive Arbeit, wehrt ihr die Tat. Die Frau wäre da eine Art Seidenraupe, die, mühelos, aus sich selbst, die leuchtenden Seidenfäden spinnt, die zu Stoffen zu verweben dem Mann obliegt. O Mulford, du allgütiger Schöpfer sublimer Frauenweisheit, wir wissen dir keinen Dank. Wir hören (lächelnd) die Botschaft, doch uns fehlt der Glaube.

Aber vielleicht wissen wir einem andern Idealisten Dank, einem Deutschen: Karl Scheffler, seines Zeichens Kunsthistoriker, hat ein ganzes Buch über die Frau in der Kunst verfaßt.²⁾ Auch er weiß, wie der Engländer, Herrliches von den Frauen zu melden. Sie tragen unsichtbare Kronen. Jede Mutter eine Madonna, jede Gattin eine Penelope, »a priori idealisch, weil in ihr alle männlichen Kräfte als Möglichkeiten ruhen«. Seine Frauen erfreuen sich eines »seelischen Universalismus, im harmonischen Gleichklang aller Kräfte«:

»Die Frau ist die Allnatur Sie versteht schlechterdings alles mittels des Instinkts Was der Mann in der Frau verehrt, ist ihre klare, lautere Natur Weil sie das, Leben freudig bejaht, ist sie voller Güte und Heiterkeit, wo der Mann finster und unfroh sich mit seiner Arbeit müht«

¹⁾ Siehe Mulford *Der Unfug des Sterbens* / München 1910/.

²⁾ Siehe Scheffler *Die Frau und die Kunst* / Berlin 1908/.

Wie unrecht hat da ein anderer gelehrter Herr, der einmal schrieb, die Frauen stürben deshalb leichter als die Männer, weil sie im Gegensatz zu ihnen so wenig Freuden aufzugeben hätten. Doch kehren wir zu Scheffler zurück:

»Die Frau hat im hohen Maße Genügen an ihrer prästabilierten Harmonie In einem Blick von ihr ist schweigernde Weisheit des Genies Im Dasein der Frau ist etwas von der göttlichen Resignation Die Krone, der Weiblichkeit ist das Genie zur Liebe usw. usw.«

Freilich, umsonst ist nichts. Ihre prästabilierte Harmonie, ihre Idealität muß die Frau teuer bezahlen. An Bedingungen sind sie geknüpft. Der sublimen Rang wird ihr nur eingeräumt, wenn sie auf geistiges Streben, auf jede Entwicklung ihrer Fähigkeiten verzichtend in dem Schneckenhaus verkrochen bleibt, das die Natur ihr anwachsen ließ. Denn es drohe ihr »Gefahr der Selbstvernichtung, wenn sie ihre Anlagen entwickeln will«. Dem Willen zur Tat die Möglichkeit ihrer Ausführung entziehen ist so grausam, als wollte man dem Hungrigen die Speise weigern. Am grausamsten aber, sie vor seinen Augen selbst zu essen. »Nahe«, sagt Scheffler, »steht der Frau das Geniale.« Ja wohl, solange ihr Genie gleich dem Veilchen im Verborgenen blüht; flammt es in die Welt hinaus, so wird es ein Schadenfeuer, und die Antifeministen kommen mit den großen Spritzen und löschen, löschen.

Auch deckt es sich nicht recht mit dem Preislied auf das Weib, wenn Scheffler sagt:

»In seinem Verhältnis zur Frau hat der Mann im wesentlichen von je nur zwei Formen gelten lassen, die sehr wohl neben einander zu bestehen vermögen: Er hat die Frau geringschätzt oder vergöttert. Zur Geringschätzung neigt der Mann, wenn er über sie denkt Ein mächtig aufflammendes Gefühl läßt ihn dann aber wieder alle Geringschätzung vergessen und sich ganz einer schönen Verehrung hingeben.« Ob der Mann die Zeiten der Vergötterung und Geringschätzung so einteilt, daß er das Weib vormittags, wenn sein Gehirn noch denkkräftig ist, geringschätzt, und sie abends, wenn sanfte Gefühle ihn umnebeln, schön verehrt? Dieses Verhältnis soll also das Normale sein. Soll es das bis in alle Ewigkeit bleiben? Die Dummen und die Bösen mag man geringschätzen, nicht aber Millionen von Menschen, nur, weil sie keine Männer sind.

Schärfer noch treten Auswüchse von Geschlechtsprotzerei bei Scheffler hervor, wenn er über die Leistungen der Frauen zu Gericht sitzt. Nur diejenigen Einwände Schefflers sollen hier berücksichtigt werden, die den kunstübenden gelten. Karl Scheffler bemüht sich zu beweisen, daß keine Frau je Besonderes geleistet hat, leistet oder leisten wird.

»Große Sängerrinnen sind ein merkwürdiges Naturspiel Auch als Schauspielerin ist die Frau minderwertig Das künstlerische Kapital der größten Schauspielerinnen besteht oft in wenig mehr als in einem wunderschönen Weinen, Lachen usw. . . . Alle berühmten Dichterinnen sind nichts als Anempfindnerinnen Moderne Dichterinnen gelangen nie dahin, wo das Eigentliche der Kunst erst beginnt Wahrhaft Originelles leistet sie auch auf dem Gebiet des Romans nicht In ihren Romanen wissen die Frauen von der Frauenseele nichts Wenn sich die Passivität selbst schildert, kann nur Gestaltloses entstehen Darum werden wir in aller Zukunft mit den Schilderungen der Frau vorlieb nehmen müssen, die das männliche Genie gibt.«

Es ist wahr: Das männliche Genie schildert uns naturgetreu das echte, rechte Weib. Ist es aber das Schefflerweib, das kraft seiner innern Notwendigkeit in harmonischer Abgeschlossenheit, in passiver Selbstgenügsamkeit verharret? Wirklich? Nein, Herr Scheffler, das männliche Genie tut etwas ganz anderes. Immer bevorzugt es gerade diejenigen, die Sie als Verrenkte, als Zwitter-

geschöpfe zur Selbstvernichtung verdammen: eine Judith, Hedda Gabler, Debora, Rebekka West, Lady Macbeth, gar eine Penthesilea. So scheint es doch, daß sich weder Dichter noch Publikum für die fix und fertig geborenen, in ihrem Seelenfett harmonisch schmorenden Damen sonderlich interessieren. Freilich las ich vor einiger Zeit (unter speziellem Hinweis auf Hedda Gabler), daß die Dichter diese naturwidrigen Geschöpfe als abschreckende Beispiele gedacht, die zeigen sollten, wohin die Frau gerät, wenn sie, »auf die Liebenswürdigkeit ihrer weiblichen Natur verzichtend«, männlich wird. Und das ist zweifellos der Standpunkt des Kernmanns Scheffler. Übrigens sagt er ja selbst, die Frau könne »im Drama nur handelnd auftreten, wenn sie vermännlicht wird«. Ja, dann wäre es wirklich angezeigt, wenn die Dramatiker, anstatt das Publikum durch verrenkte Weibsbilder zu entsetzen, nach antikem Muster gleich richtige Männer auf die Bühne brächten. Das wünscht Scheffler augenscheinlich, wenn er auch vorläufig nur die Einschränkung der weiblichen Bühnenbetätigung beantragt. »Das Drama«, meint er, »ist vor allem ein Kunstgebilde von Männern für Männer.« Aus der bildenden Kunst rottet Scheffler die Frauen mit Stumpf und Stiel aus. Seine schroffen Ablehnungen steigern sich hier zu Schmähungen:

»Ein schöpferisches Verhältnis zur Kunst hat die Frau nicht. Versucht sie es doch, so vergewaltigt sie ihre innere Natur, zerstört sich selbst Der Mann steigert seine Natur, wenn er Künstler wird, die Frau verrenkt sie, macht sich künstlich männlich [Scheffler verbeißt oder verliert sich so in sein *verrenkt* und *männlich*, daß er nicht müde wird es zu wiederholen] In der Kunst kann die Frau das Gute vom Schlechten nicht unterscheiden Die Kunst ist vom Mann für den Mann gemacht Sie kann nicht Malerin werden Rosa Bonheur ist mehr als eine zu betrachten, die recht geschickt eine Hosenrolle gespielt hat Eine richtige Produktivität entfaltet die Frau nicht einmal in Kunstgewerbe.«

»Kranke, perverse Wesen mit dreisten Hetäreninstinkten« nennt er die Künstlerinnen. Ihre Künstlerschaft müssen sie »fast immer mit Verkümmerng, Krankhaftigkeit, Hypertrophie des Geschlechtsgefühls oder Impotenz bezahlen«. Scheffler präzisiert sogar die Grade der Impotenz. Die leichteren Formen konstatiert er bei den reproduzierenden Künstlerinnen, die schwereren bei den Malerinnen und Dichterinnen. Wohl möglich, daß Künstlerinnen häufig ein gesteigertes Geschlechtsempfinden haben (wie ihre männlichen Kollegen auch). Das mag auf einem Temperamentsüberschuß beruhen, der eine Voraussetzung des Künstlertums überhaupt zu sein scheint. Dazu kommt, daß erotische Extravaganzen die soziale Stellung der Künstlerin nicht sonderlich gefährden. Lorbeer gekrönt (ein paar winzige Blättchen tun es schon) fragt man nicht nach der Tugendrose.

»Die Künstlerin gerät in eine Einsamkeit, die sie wie ein schreckliches Unglück niederdrückt, die sie ratlos, verzweifelt, unglücklich macht.«
Nein, so was! Hätte der verehrte Schriftsteller nur ein wenig Beobachtungsgabe, es dürfte ihm nicht entgangen sein, daß diese ekligen, männlichen Zwittergeschöpfe in allen Gesellschaften den Rekord schlagen (vorausgesetzt, daß Alter oder Häßlichkeit ihrer Begehrtheit nicht ein Ziel setzen), wahre Magnete gerade für die feiner empfindenden Männer bilden, während diese die naivsten Haustöchterchen, die solidesten Hausfrauen und besten Mütter ignorieren.

Scheffler spricht von dem »aussichtslosen Anspruch der Frau es als schöpferische Gestalterin dem Mann gleich tun zu können«. Ist der Anspruch aussichtslos, so lasse er sie doch spektakeln. Damit lockt sie keinen Hund vom Ofen, geschweige denn ein verkäufliches Bild aus ihrem Pinsel. Meines Wissens er-

hebt die Frau nur den einen Anspruch, daß man ihr, wie dem Mann, alle Möglichkeiten für eine künstlerische Ausbildung gewährleiste.

»Keiner künstlerischen Produktion fähig, hat das Weib doch den Künstler zum Schaffen begeistert. [Die alte Leier: die Frau als Anregerin. Wenn diese Herren doch bloß etwas produktiver wären und auch einmal eine weniger ehrwürdig abgetakelte Ansicht brächten!] . . . Die Frau ist im Gefühl Malerin und Dichterin, Musikerin und Bildhauerin zugleich. Aber sie kann keines davon allein sein . . . Und damit blicken wir der tiefen eingeborenen Tragik des Weibes ins Gesicht: der Tragik, daß in ihrer harmonischen Geschlossenheit alle Kräfte zugleich in ewiger Spannung sind.« Also mit einemmal leiden diese seelenvergnügten Geschöpfe, die »in so hohem Maß Genügen am Hervorbringen neuen Lebens haben«, an eingeborener Tragik? Was nützt dem Weib nun die harmonische Geschlossenheit aller Kräfte, wenn diese Kräfte in ewiger Spannung sind?

»Die Tragik der Frauenseele ist, daß sie nicht werden können, was sie sind.« O, wie wahr. Hier stimme ich ganz mit dem lieben Herrn überein, aber ganz. Der König absolut, wenn er unsern Willen tut, sprach ein märkischer Junker. Die Frau absolute Besitzerin hoher Talente, ja des Genies, solange sie nicht durch Ausreifung und Ausübung ihrer Talente neben dem Mann einen Platz an der Sonne beansprucht. »Du sollst mit deinem Pfund wuchern«, heißt es in der Bibel. Der Evangelist hat den Zusatz vergessen: aber die Frau soll es vergraben.

Ihr Frauen, mißtraut den Schwelgern in Gnadenbezeichnungen für das Weib, den Idealisten des Antifeminismus. Ihre Heiligenscheine sind von Rauschgold: für Kindsköpfe Abfindungen. Man könnte an den Ausspruch der Prinzessin denken, die, als man ihr die Not der armen Leute schilderte, meinte: „Wenn die Leute kein Brot haben, warum essen sie denn nicht Kuchen?“ Wenn die Frauen keine Universitäten, Akademien, Werkstätten haben, warum schwelgen sie nicht in ihrer prästabilierten Harmonie? Halbgöttin das Weib? Warum nicht? Das geniert niemand. Aber Ganzmensch? Nein. Das geniert die Heutigen, Allzugestrigen, ungemein. Daß diese Herren (und Damen), die gar nicht merken, wie sehr ihre Ideale nur psychischer Primitivität entstammen, sich gar noch für die Kultivierten halten: dieses Schauspiel ist zu oft wiederholt und hat sogar den Reiz der Absurdität eingebüßt. Daß sie den individuell differenzierten Menschen, der die Banalität der konventionellen *Weiblichkeit* nicht erträgt, mit dem liberalen Schablonenbürger verwechseln, der für doktrinaire Forderungen unentwegt den Mund aufreißt: auch das ist nur der übliche Mangel an Unterscheidungsvermögen, der nicht gerade entwickelte Sinne verrät. Bei so allgemeiner Erscheinung braucht man sich nicht zu wundern, wenn selbst ein Mann wie Scheffler die Männer, die, anstatt dem »krassen Unfug der Frauenbewegung« zu steuern, ihn gar fördern, folgendermaßen traktiert:

»Seht, als Gipfel des Grotesken den unentwegt liberalen Mann dem *mißhandelten* Weib den Weg ins Gymnasium, in den Hörsaal, ins Atelier, in die Werkstatt ebnen, sich als Manager der Emanzipationsbewegung aufspielen, auf Kongressen zwischen Reformkleidern [Gott sei Dank, ich fürchtete schon, Scheffler würde die Reformkleider auslassen] sitzen und sich mit einer fixen Gerechtigkeitsidee selbst erdrosseln. Und dann spricht noch von Kultur!«

Ja, sprecht noch von Kultur, ihr Herren Scheffler und Genossen! Nun, jedem, was ihm zukommt: Hoffen wir, daß die unbeschreiblich gefühlvollen Frauen, durch diese Klagen ehrenwerter Männer geführt, ihren Emanzipationsgelüsten Einhalt tun und reuig in den Schoß der alleinseligmachenden Berufslosigkeit zurückkehren werden, nach wie vor als reizende Faulpelze die Schefflerleute bezaubernd.

»So Weiber männisch werden, da müssen die Männer weibisch werden.«
Müssen? O, männliche Logik!

Und hätten die Herren mit ihren abfälligen Urteilen über die künstlerischen und wissenschaftlichen Leistungen der Frau tausendmal recht: für die Frauenforderungen der Gegenwart wäre das völlig indifferent. Will die Frau ein mittelmäßiges Buch schreiben oder ein unbeträchtliches Bild malen, wie dürfte man ihr die Feder oder den Pinsel aus der Hand schlagen, solange man nicht dem mittelmäßigen Maler oder Schriftsteller das selbe tut? Wenig, wenig mögen wir Frauen heute noch sein. Aber wir wollen werden. Werden wollen wir. In geistiger Beziehung müssen wir unsere eigenen Mütter sein. Schaffende unserer Persönlichkeit.

Das Buch Schefflers ist ein Herostratenwunsch. Auch Scheffler versucht Tempel einzuäschern: Tausende weiblicher Gehirne, in denen Götterbilder stehen. Doch es bleibt ein Versuch: und mit ganz untauglichen Mitteln. Totes lebendig machen, der Vergangenheit zuzurufen *Sei Gegenwart, werde Zukunft!*: Größere haben das schon versucht. Aber die Zeit rollt über die Größeren und die Kleineren hinweg. Alle ausgedachten, eingebildeten Postulate bleiben leerer Schall. Nur das Leben selber schafft neues Leben. Und wer Sinne hat (und nicht Dogmen an deren Stelle), der fühlt aus dem Chaos der Gegenwart mit dem andern Neuen auch die neue Frau entstehen. Ihre frische Schönheit zu sehen, dazu gehören freilich frische Augen. Doch die bringt das Leben schon: trotz der Wut der Materialisten und der Wehleidigkeit der Idealisten des Antifeminismus.

XX

KURT GRELLING · ERNST FRIEDRICH APELT UND DIE FRIESSCHE SCHULE · ZU APELTS 100. GEBURTSTAG

FIN objektiver Beweis dafür, daß das Urteil der Nachwelt über die Vergangenheit um so gerechter wird, je weiter diese Vergangenheit zurückliegt, läßt sich nicht führen. Aber subjektiv sind wir doch alle der Meinung, daß eine historische Gestaltung um so bedeutender ist, je länger sie im Gedächtnis der Nachwelt fortlebt. Hundert Jahre freilich bedeuten in diesem Prozeß der Ausiebung nicht viel. Immerhin kann man sagen: Wer nach 100 Jahren noch so lebendig ist, daß sein Andenken nicht nur als Reminiszenz gefeiert wird sondern als Ausdruck dafür, daß er der Gegenwart noch etwas zu geben hat, der wird auch noch länger in der Geschichte leben und wirken. Das gilt um so mehr von einem Mann, dessen Mit- und unmittelbare Nachwelt nur wenig Notiz von ihm genommen hat. So einer ist Ernst Friedrich Apelt. Es gibt heute eine an Zahl und Bedeutung dauernd wachsende Gemeinde, für die der Name Apelt zusammen mit den Namen Kant und Fries einen Schlachtruf bedeutet. Einen Schlachtruf in einem Kampf, nicht bloß um die gerechtere Würdigung des von der Philosophiegeschichte zu Unrecht beiseite geschobenen Kreises von Philosophen, dessen Haupt Jakob Friedrich Fries war, sondern um die Anerkennung der Lehre dieser Denker als der unverrückbaren Grundlage einer Philosophie als Wissenschaft.

Der äußere Lebensgang Apelts ist rasch erzählt, zumal er nur 47 Jahre umfaßt. Sein Geburtsort war das Dorf Reichenau bei Zittau. Er studierte in Leipzig und Jena Philosophie, Mathematik und Astronomie, habilitierte sich 1839 in Jena für Philosophie und wurde im Jahr darauf außerordentlicher Professor. Lange mußte er auf die Ernennung zum ordentlichen Professor warten, denn die damalige Zeit war seiner Philosophie nicht günstig. Die Erinnerung an Fries' Beteiligung am Wartburgfest und an den, wenn auch völlig ungerechtfertigten Verdacht seiner Mitschuld an der Ermordung Kotzebues hatte die Friessche Philosophie politisch verdächtig gemacht. Man blieb gegen Apelt mißtrauisch, um so mehr als er so wenig wie sein Lehrer Fries mit seinem absprechenden Urteil über die damals herrschende Hegelsche Philosophie zurückhielt. Erst im Jahr 1856 ernannte man ihn zum ordentlichen Professor in Jena, aber es war ihm nicht vergönnt dieses Amt länger als 3 Jahre zu bekleiden. Am 27. Oktober 1859 starb er in Oppelsdorf in der Lausitz (einem von seinem Vater ererbten, mit einem Kohlenbergwerk verbundenen Gut, wo die Familie sich in den Ferien aufzuhalten pflegte) an einem Gehirnschlag, der ihn als Folge eines Nervenfiebers traf. Sein Sohn erzählt von ihm:

»In den Kreis meiner Beobachtung ist nie wieder ein Mann getreten, bei dem sich Leben und Wissenschaft so durchdrungen hätten wie bei ihm. Er war nichts weniger als ein Stuhnhocker oder Bücherwurm, so viel er auch gelesen und studiert hatte. Denken war ihm die Hauptsache, und dazu brauchte er nicht die Beihilfe von Bibliotheken. Wo er auch ging und stand, sein Geist war immer beschäftigt.«¹⁾

In Anbetracht der Kürze seines Lebens ist seine schriftstellerische Tätigkeit reich zu nennen. Als erstes größeres Werk aus seiner Feder erschienen 1845-1846 die *Epochen der Geschichte der Menschheit*, ein groß angelegtes Werk, dessen 2. Band sich, kühn genug, ausschließlich mit Kants und Fries' Philosophie beschäftigt. Der greise Alexander von Humboldt schrieb an Apelt über dieses Werk:

»Ich freue mich Ihnen sagen zu können, daß seit langer, langer Zeit mir keine Lektüre so wohltuend, so befruchtend gewesen ist. . . . Eben weil Sie so vieles umfassen, kann ich Ihnen nicht über einzelnes schreiben. Über das Treffliche, was sie über früheren Völkerverkehr, Einfluß der physischen Verhältnisse auf das geistige Schicksal der Menschheit, über die Stufen der religiösen Ausbildung, den Zusammenhang der Philosophie und Naturwissenschaft entwickelt haben. Überall blickt vielseitige und sehr gründliche Kenntnis des einzelnen hervor, besonders über die Pythagoräer, Philolaos, das Verhältnis von Kepler zu Kopernikus, Tycho, Galilei.«

Der Epoche der Geschichte der Wissenschaft, die durch die letzten vier Namen bezeichnet wird, gehörte sein besonderes Interesse. Ihr sind seine beiden folgenden Werke gewidmet: Das erste, *Johann Keplers astronomische Weltansicht*, beschäftigt sich mit demjenigen Teil von Keplers Lebensarbeit, der zwar von der Wissenschaft mit Recht verworfen worden ist, aber nicht minder als seine wahren Entdeckungen von dem Genie dieses Mannes zeugt, und der ihm selbst (eine häufige Erscheinung in der Geschichte der Wissenschaft) weit mehr als diese Entdeckungen am Herzen lag. Apelt hat sich mit Erfolg bemüht in das Dunkel des bis dahin wenig beachteten *Mysterium Cosmographicum* Keplers Licht zu bringen. Mit der wissenschaftlichen Geschichte jener Zeit beschäftigt sich dann die *Reformation der Sternkunde*. Sie umfaßt die Geschichte der Sternkunde von Nikolaus von Cusa bis auf

¹⁾ Siehe Apelt (Otto) *Erinnerungen an Ernst Friedrich Apelt* in den *Abhandlungen der Friesschen Schule*, neue Folge, 2. Band/Göttingen 1908, pag. 360.

Kepler »in ihrem Zusammenhang mit dem Leben und der Kultur der deutschen Nation«. »Es war nicht bloß ein astronomisches«, sagt Apelt im Vorwort, »es war eben so sehr ein philosophisches und kulturgeschichtliches Interesse, welches mich an die Arbeit fesselte, die ich hier dem Publikum übergebe.« In der Tat beschäftigten ihn vor allem die Probleme der Naturphilosophie und des Einflusses der Naturwissenschaft auf die Weltansicht. Die ersteren brachte er zu einem gewissen Abschluß in seiner *Theorie der Induktion*, wohl seiner originellsten Leistung. Die Rolle, die die Philosophie in jeder rationellen Induktion zu spielen hat, ist hier zum erstenmal mit voller Deutlichkeit dargelegt worden. Im Jahr 1857 folgte dann sein Hauptwerk, die *Metaphysik*, deren Neuausgabe ich in dieser Zeitschrift kürzlich angezeigt habe.²⁾ Den leider verfrühten Abschluß seiner schriftstellerischen Tätigkeit bildet die nach seinem Tode 1860 veröffentlichte *Religionsphilosophie*. Nebenher geht noch eine Anzahl kleinerer Schriften, Rezensionen und Zeitschriftenartikel, so vor allem in den *Abhandlungen der Friesschen Schule*, von deren 2 Hefen, die zur Ausgabe gelangten, der weitaus überwiegende Teil des Inhalts von Apelt bestritten wurde.

Schon mit 17 Jahren trat Apelt mit Fries in Briefwechsel, und er ist zeit lebens ein treuer Schüler des Meisters geblieben, neben dem er in Jena 12 Jahre in vertrautem Verkehr leben durfte; aber er war, wie sein Sohn mit Recht hervorhebt, »kein Nachtreter von Fries, wie manche ihn zu nennen sich nicht scheut haben«:

»Wäre dem also, dann müßte man auch Laplace einen Nachtreter von Newton nennen. Es gab keinen unnaehsichtigeren Prüfer, keinen schärfern Überwacher der Aufstellungen seines Lehrers als eben meinen Vater. Dies zeigt schon ein flüchtiger Blick in die *Abhandlungen der Friesschen Schule*. In ihrem langjährigen Verkehr war gerade dies das Charakteristische, daß sie gegenseitig sich auf das strengste kontrollierten, sich keinen Lapsus, keine Nachlässigkeit, keine Unklarheit durchgehen ließen, wie sie auch dem Stärksten zuweilen unterlaufen.«

Man kann von Apelt als Philosophen nicht sprechen, ohne der Friesschen Lehre zu gedenken. Durch die Entdeckung der kritischen Methode hatte Kant der Philosophie den Weg gewiesen, den sie einschlagen muß, um strenge Wissenschaft zu werden. Von diesem Wege sind die Nachfolger Kants zum größten Teil abgewichen, sie haben die Periode der Identitätsphilosophie heraufgeführt, in der die Entdeckungen Kants wieder verloren zu gehen drohten. Kant selbst ist dadurch, daß er an entscheidenden Stellen Fehler und Unklarheiten stehen ließ, die seinen Nachfolgern zum Verhängnis wurden, nicht frei von Schuld an dieser Entwicklung. Fries war es, der als erster wieder die strenge Methode der Vernunftkritik forderte und selbst anwandte.

Wenn wir die obersten philosophischen Gesetze der Wissenschaft einerseits, die religiösen Glaubenswahrheiten und das Sittengesetz andererseits wissenschaftlich rechtfertigen wollen, so ist der einzige Weg dazu der, daß wir den Ursprung dieser Wahrheiten aus der menschlichen Vernunft nachweisen. Dazu bedürfen wir einer Theorie dieser Vernunft. Diese Theorie zeigt, daß die Urteile des Verstandes als Produkte einer willkürlichen Tätigkeit selbst noch nicht notwendig die letzte Wahrheit enthalten sondern der Begründung bedürfen. Der Grund der Urteile aber kann nur wieder eine Erkenntnis sein, und zwar eine unmittelbare, das heißt eine solche, die nicht auf willkürlicher Verbindung von Vorstellungen beruht. Diese unmittelbare Erkenntnis selbst

²⁾ Siehe die Rubrik *Philosophie in den Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 3. Band, pag. 1281.

kann und braucht nicht weiter begründet zu werden. Wir haben die Überzeugung von ihrer objektiven Gültigkeit im Selbstvertrauen der Vernunft, das einer der Grundpfeiler der Friesschen Lehre ist. Das Suchen nach einem Beweis für die Gültigkeit der unmittelbaren Erkenntnis ist schlechterdings sinnlos. Denn es setzt ein Kriterium für diese Gültigkeit voraus, das außerhalb der unmittelbaren Erkenntnis liegen müßte. Das einzige, was wissenschaftlich untersucht werden kann, ist die Frage, ob ein bestimmtes Urteil einen Grund in der unmittelbaren Erkenntnis hat. An dem Ganzen der unmittelbaren Erkenntnis kann man nun den wechselnden und zufälligen Gehalt, den die Sinne liefern, von der notwendigen und dauernden Form unterscheiden, die, von Fries die *formale Apperzeption* genannt, die Quelle der Erkenntnis *a priori* ist. Das Hauptaugenmerk der Vernunftkritik richtet sich also auf die Untersuchung der formalen Apperzeption, und dies ist zugleich ihre schwerste Aufgabe.

Hier ist es auch, wo Apelt einen Fortschritt über Fries hinaus gemacht hat. Kant hatte durch seinen transzendentalen Leitfaden zur Entdeckung der reinen Verstandesbegriffe deren vollständige Auffindung ermöglicht. Infolge seiner mangelhaften Theorie der Vernunft war ihm aber der tiefere Zusammenhang zwischen den Formen des Urteils und den Kategorien verborgen geblieben. Fries hat ihn aufgedeckt, indem er zeigte, daß uns die unmittelbare Erkenntnis der reinen Vernunft, deren begrifflicher Ausdruck die Kategorien und metaphysischen Grundsätze sind, durch die Form des Urteils zum Bewußtsein kommen müsse. Durch die Einführung der spekulativen Grundform als des dunklen Teils der formalen Apperzeption im Gegensatz zu der reinen Anschauung als ihrem klaren Teil und durch die Aufhellung der verschiedenen Beziehungen, in denen die 4 Momente der Kategorieentafel zu dieser Grundform stehen, hat Apelt diese Theorie zum mindesten zu einem vorläufigen Abschluß gebracht. Er hat gezeigt, daß der eigentliche Gehalt der spekulativen Grundform in den 3 Kategorien der Relation: Wesen, Ursache und Gemeinschaft, zum Ausdruck kommt, die, ihrerseits mit dem Schematismus der reinen Anschauung verbunden, die *Analogien der Erfahrung* ergeben; dagegen absolut gedacht, das heißt gemäß dem Grundsatz der Vollendung, der nichts anderes ist als der Ausdruck der ursprünglichen Einheit der Apperzeption, ergeben diese Kategorien die 3 transzendentalen Ideen der Seele, der Freiheit und der Gottheit.

Die Ideenlehre bildet die Krone des Systems der Friesschen Philosophie. Der transzendente Idealismus, den er lehrt, ist der selbe, den Kant vor ihm gelehrt hatte, aber seine Begründung ist ungleich strenger. Kant hatte in der transzendentalen Ästhetik gelehrt, daß die Idealität von Raum und Zeit aus der Apriorität der Zeit- und Raumanschauung folge. Das war nur mit Hilfe einer dogmatischen Voraussetzung über das Verhältnis von Erkenntnis und Gegenstand möglich. Dadurch kam in den transzendentalen Idealismus jener innere Widerspruch, der schon Kants Zeitgenossen veranlaßte diese Lehre zu verwerfen. Um die objektive Gültigkeit der Ideen zu begründen, mußte sich deshalb Kant auf einen moralischen Beweisgrund, auf den berüchtigten Primat der praktischen Vernunft, berufen. Demgegenüber zeigte Fries, daß der wahre Beweisgrund für den transzendentalen Idealismus von Kant in der transzendentalen Dialektik gegeben worden ist: Er liegt in den Antinomien der reinen Vernunft. Nicht die Apriorität der reinen Anschauung nämlich

ist der Erkenntnisgrund für die Idealität von Raum und Zeit (auch die Ideen sind *a priori*) sondern die Unvollendbarkeit dieser Anschauung, die im Widerspruch zu dem Grundsatz der Vollendung steht. Auch für die tiefere Begründung dieser Lehre hat sich Apelt Verdienste erworben. Über die damit zusammenhängende Lehre von der Spaltung der Wahrheit und über das Verhältnis der wissenschaftlichen zur religiösen Weltansicht hoffe ich mich bei anderer Gelegenheit ausführlicher zu äußern. Der transzendente Idealismus bildet den Übergang zur praktischen Philosophie. Um den Umfang dieses Aufsatzes nicht zu sehr anschwellen zu lassen, beschränke ich mich hier auf die Bemerkung, daß auch in der praktischen Philosophie Fries und seine Schule die Resultate Kants im großen und ganzen unverändert übernommen haben, daß sie aber auch hier die Begründung wesentlich strenger gestaltet haben, wiederum dank einer verbesserten Psychologie.

Das Schicksal dieser Philosophie war nun eigentümlich. Obwohl sie ganz hervorragende Männer zu ihren Anhängern und Freunden zählte, so konnte sie doch die öffentliche Meinung nicht für sich gewinnen, die damals ganz von der Identitätsphilosophie erfüllt war. Dies hatte teilweise äußere Ursachen, so die bereits erwähnte politische Verfolgung, der Fries ausgesetzt war, der frühe Tod zweier seiner bedeutendsten Schüler, Apelt und Schmid, und einiges mehr. Vor allem aber waren es wohl innere Ursachen: Dem romantischen Zeitalter sagte die nüchterne Strenge dieser Lehre nicht zu; es fühlte sich viel mehr zu den blendenden, geistreichen und dennoch oft geheimnisvoll dunklen Schriften der Fichte, Schelling, Hegel und ihrer kleineren Trabanten hingezogen. Und als auf diese Bewegung die Reaktion folgte, als auf den Trümmern der idealistischen Philosophie der Materialismus seine Fahne aufpflanzte, da war unter diesen Trümmern auch die Friessche Philosophie verschwunden.

Bald nach Fries' Tode begannen einige seiner Schüler, unter ihnen der bekannte Botaniker Schleiden und der Mathematiker Schlömilch, unter Anführung Apelts mit der Herausgabe der schon erwähnten *Abhandlungen der Friesschen Schule*. Sie traten damit in den Kampf gegen die herrschende Hegelsche und die wiedererweckte Schellingsche Schule. Ihr Recht in diesem Kampf gründeten sie auf die Übereinstimmung ihrer Philosophie mit den Naturwissenschaften. Wir lesen in dem Vorwort:

»Jede Philosophie, die mit den exakten Wissenschaften übereinstimmt, kann wahr sein. Jede, die diesen widerstreitet, muß notwendig falsch sein. Wir wissen aber, daß die Kantisch-Friessche Philosophie, und nur diese allein, diese Probe der Wahrheit bestehen kann. . . . Jede scholastisch-dogmatische Philosophie maßt sich an eine spekulative Naturerkenntnis, eine Naturerkenntnis aus bloßen Begriffen, zu besitzen. Alle Naturerkenntnis aber ist induktorisch. Sie stammt nicht aus philosophischen Begriffen sondern aus Experiment und Beobachtung.«

Die *Abhandlungen* brachten es nur auf 2, allerdings sehr inhaltsreiche Hefte, die in den Jahren 1847 und 1849 erschienen. Warum sie ihr Erscheinen einstellten, weiß ich nicht; vermutlich sowohl aus Mangel an Mitarbeitern wie an Lesern.

Neben Apelt stand noch eine Reihe anderer Schüler Fries', die aber teils, wie Heinrich Schmid, schon früher starben teils, wie Schleiden, als Nichtfachphilosophen auf die Geschichte der Philosophie keinen Einfluß üben konnten. Am zahlreichsten waren die Anhänger von Fries unter den Theologen vertreten. Besonders war es der Berliner Theologe De Wette, der in diesen

Kreisen stark in Fries' Sinn gewirkt hat. Wie dem auch sei, Tatsache ist jedenfalls, daß nach dem Tode Apelts die Friessche Philosophie in der Öffentlichkeit so gut wie verschwunden war und lange Zeit auf keinem deutschen Katheder gelehrt wurde. Wir haben es dem vor einigen Jahren verstorbenen Botaniker Ernst Hallier zu verdanken, daß er die Traditionen dieser Philosophie in unsere Tage hinübergerettet hat. Er hat diese Philosophie in verschiedenen populären Schriften, vor allem aber in seiner *Kulturgeschichte des 19. Jahrhunderts* vertreten. Durch dieses Buch ist Leonard Nelson, der Begründer der neufriesschen Schule³⁾, mit Fries bekannt geworden. Mit Nelson beginnt die Wiedergeburt der Friesschen Philosophie. Schon als junger Student hatte er einen Kreis von Gesinnungsgenossen um sich vereinigt, mit denen zusammen er in die Friessche Philosophie eindrang. Im Jahr 1904 war er so weit, daß er zusammen mit dem Mathematiker Hessenberg und dem Physiologen Kaiser an die Herausgabe einer neuen Folge der *Abhandlungen der Friesschen Schule* gehen konnte, in deren Vorwort es heißt: »Nicht Neuerungs- oder Streitsucht treibt uns das Wort zu ergreifen. Unsere Absicht ist nicht die Zahl der streitenden Parteien um eine weitere zu vermehren und den Geschichtsschreibern der Philosophie ihre bunte Sammlung zu bereichern sondern Wissenschaft an die Stelle der Parteimeinungen und schulgemäße Ausbildung an die Stelle des zügellosen Spiels der Originalitätssucht zu setzen.«

Die wissenschaftliche Methode der kritischen Philosophie ist es, auf die sich das Vertrauen ihrer Anhänger auf den einstigen Sieg dieser Philosophie gründet. Darum steht auch gewissermaßen als Programm an der Spitze der neuen Abhandlungen Nelsons Schrift *Die kritische Methode und das Verhältnis der Psychologie zur Philosophie*, worin aufs neue nachgewiesen wird, daß die Methode der Vernunftkritik als der Begründung der Philosophie psychologisch sein müsse, ohne daß damit doch, wie die Psychologen wollen, die Philosophie zu einem Zweig der Psychologie würde. Diese kritische Methode ist denn auch das einigende Band, das die neue Friessche Schule zusammenhält. Denn es ist keineswegs darauf abgesehen die Lehre von Fries nun in allen Stücken, wie sie ist, zu übernehmen sondern in seinem Sinn weiterzuarbeiten, auf den Grundlagen, die er geschaffen hat, und ihn da zu verbessern, wo er Fehler gemacht hat. Gerade wie in der alten so sind auch in der neuen Friesschen Schule die Philosophen von Fach verhältnismäßig schwach vertreten, um so mehr die Vertreter der anderen, vor allem der exakten Wissenschaften, wie Mathematik, Physik usw., aber auch Theologen, Historiker, Mediziner und Juristen sind darunter. Dementsprechend beschäftigen sich auch die *Abhandlungen*, von denen jetzt der 3. Band mit dem 4. Heft abgeschlossen worden ist, so ziemlich mit allen Wissenschaften und der Anwendung der Philosophie auf diese. Die wichtigste und für die neufriessche Schule grundlegende Arbeit, die bisher erschienen ist, ist unstreitig Nelsons Buch *Über das sogenannte Erkenntnisproblem*.⁴⁾ Das Thema dieses Buches ist die Nichtigkeit dieses Erkenntnisproblems und damit der Wissenschaft, die sich mit seiner Lösung beschäftigt: der Erkenntnistheorie. Unter dem *Erkenntnisproblem* versteht Nelson dabei das Problem, ob und wie unserer Erkenntnis überhaupt objektive Gültigkeit zukommt. Die Nichtigkeit

³⁾ Diese Bezeichnung hat nur chronologische Bedeutung und soll nicht etwa einen sachlichen Unterschied gegen die alte Friessche Schule ausdrücken.

⁴⁾ Eine gedrängte Übersicht über den Inhalt dieses umfangreichen Buches bietet der Vortrag *Die Unmöglichkeit der Erkenntnistheorie*, den Nelson auf dem letzten Philosophenkongreß in Bologna gehalten und in den *Abhandlungen* abgedruckt hat. Wie neuerdings alle Abhandlungen der Friesschen Schule ist auch dieser Vortrag als Sonderausgabe im Buchhandel erschienen.

dieses Problems wird zuerst *in abstracto* dadurch bewiesen, daß jeder Versuch es zu lösen seine Lösung im positiven Sinn schon voraussetzt. Daran schließt sich dann eine Analyse der Hauptrichtungen in der gegenwärtigen Erkenntnistheorie, wobei in jedem einzelnen Fall die Stelle aufgezeigt wird, an der der Zirkel zum Vorschein kommt. Im 2. Teil stellt Nelson der dogmatischen Erkenntnistheorie die Methode der Vernunftkritik gegenüber. Der 3. Teil endlich, der der Geschichte der Erkenntnistheorie seit Kant gewidmet ist, deckt die Wurzeln des erkenntnistheoretischen Vorurteils bei Kant auf und verfolgt die Konsequenzen, die dieses Vorurteil bei den Nachfolgern Kants gehabt hat, wobei sich herausstellt, daß die einzige Fortbildung der Kantischen Lehre, die sich nicht in Widersprüche mit sich selbst und mit der Erfahrung verwickelt, diejenige von Fries ist.

Die zahlreichen Abhandlungen der neuen Friesschen Schule (es sind ihrer jetzt 36) und die wachsende Beachtung, die sich diese Schule in der Öffentlichkeit erzwungen hat, berechtigen wohl zu der Hoffnung, daß diesmal die Friessche Philosophie nicht wieder in Vergessenheit gerät.

XX
ADOLF HEPNER · DYNAMIT UND GEWERKSCHAFTEN IN AMERIKA

MAX Schippel hat an dieser Stelle schon dargelegt, daß die beiden McNamaras bis zu ihrem Schuldgeständnis in unserer amerikanischen Partei und in den Kreisen der amerikanischen Gewerkschafter allgemein für Unschuldige gehalten wurden, für Opfer eines zügellosen Scharfmachertums.¹⁾ Er hat darauf hingewiesen, daß die einwandfreie Haltung der führenden Gewerkschafter die Hetze gegen die Arbeiterorganisationen nach jenem Geständnis des verbrecherischen Brüderpaars nicht zu verhindern vermochte; daß die Anschuldigungen in der kapitalistischen Presse, vor allem gegen die Gewerkschaft der Brücken- und Eisenbahnarbeiter, deren Generalsekretär John J. McNamara war, nicht aufhörten. Die zahlreichen, noch unaufgeklärten Dynamitattentate der letzten Jahre gaben nun der Bundesregierung Anlaß auf Grund der Angaben des mit den McNamaras gleichzeitig verhafteten McManigal (dem der Prozeß indes noch nicht gemacht ist) zwei Untersuchungen anzuordnen. Mit der einen über den heimlichen, zwischen den Einzelstaaten durch Bundesgesetz bei 1- bis 2jähriger Gefängnisstrafe verbotenen Transport von Explosivstoffen betraute sie die Bundesgrandjury in Indianapolis, dem Hauptquartier der Brückenbaugewerkschaft, während die zweite über die Urhebererschaft der mysteriösen Explosionen, die sich im Lauf der letzten Jahre speziell auf Neubauten zutrug, dem Justizamt der Vereinigten Staaten übertragen wurde. Die erste Untersuchung zeitigte das Resultat, daß die Grandjury am 14. Februar gegen 54 hervorragende Mitglieder der Brückenbaugewerkschaft aus den verschiedensten Teilen der Union Anklage erhob. Wenn es nun auch möglich ist, daß die McNamaras und McManigal nicht ganz allein die Beschaffung und den Transport des Dynamits besorgten, so erscheint es doch völlig ausgeschlossen, daß außer ihnen noch 54 Personen sich damit befaßt haben sollen, weil unter so vielen Verschworenen ein derartiges Geheimnis sich nicht jahrelang hüten läßt.

¹⁾ Siehe Schippel *Dynamit und Gewerkschaften in Amerika* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 14 ff. Mein Artikel hier bildet eine Ergänzung und Fortsetzung dazu.

Anklagen *en gros* der Grandjury sind übrigens niemals für voll zu nehmen, weil sie (ohne Verhör der Bezichtigten) lediglich auf vereidete Aussagen eines Belastungszeugen erfolgen. Hier zumal beruhen sie auf Aussagen eines *Informers*, der, ein Mitschuldiger, nach seiner Verhaftung zum Verräter wurde, um Straflosigkeit zu erlangen; sei es durch Niederschlagung der gegen ihn ebenfalls obschwebenden Anklagen oder durch Begnadigung.

Über die zweite Untersuchung verlautet noch nichts. Die kapitalistische Presse sprach nach der *Times*-explosion von 71 Dynamitattentaten; jetzt behauptet sie, daß seit dem Beginn der *Explosionsära* im Jahr 1905 bis zum April 1911 nicht weniger als 96 solcher Affären sich zugetragen haben, und zwar 65 auf Bauten der *Erectors' Association* und 31 auf Bauten von Unternehmern, die dieser Organisation nicht angehören. Wenn auch nur der zehnte Teil als die der Wirklichkeit entsprechende Ziffer sich herausstellen sollte, so wäre solche Tatsache beunruhigend genug (und nicht bloß für unsere Gegner, denn anarchistischer Terrorismus einzelner Individuen oder kleiner Gruppen von Arbeitern hat bisher noch überall den sozialistischen Vormarsch aufgehalten), selbst wenn die Attentäter uns so fern ständen wie die für eine veraltete Feniertaktik ihrer irischen Heimat inklinierenden McNamaras, die mehreren katholischen Vereinigungen zugehörten, bei ihrer Verhaftung Heiligenbilder am Leibe trugen und, als Nurgewerkschafter, niemals unseren Reihen sich zu nähern versuchten, vielmehr, gleich dem Gros ihrer irischen Landsleute, treu und fest zur Fahne der demokratischen Partei hielten.²⁾ Unser Parteiorgan, die *New Yorker Volkszeitung*, zollte daher dem Regierungsbeschluß vollen Beifall, bemerkte jedoch, daß bei gründlicher Erforschung die geheimen Fäden mancher Dynamitaffären in das den Arbeitern entgegengesetzte Lager führen würden. Diese Vermutung stützte sie auf folgenden, sehr bezeichnenden Fall, den die kapitalistische Presse in der aus ihren Spalten zusammengestellten, der Regierung zur Berücksichtigung empfohlenen Liste der Dynamitattentate fehlen ließ:

»Die hiesigen Bauunternehmer Post & McCord sandten [vor einigen Jahren] einen Spitzel in die . . . Eisenkonstruktionsarbeiterunion. Die Firma Post & McCord bezahlte das Eintrittsgeld . . . Aufnahme in die Union . . . Sie bezahlte den Spitzel auch für die Tätigkeit . . . in der Gewerkschaft . . . Das neue Mitglied . . . suchte seine Kollegen zu bewegen Dynamit in einen Bau zu legen, der von der Firma, die ihn angestellt hatte, in der 23. Straße errichtet wurde. Es fanden sich 2 oder 3 Dumme, die den Lockungen des . . . Spitzels folgten . . . das ihnen gelieferte Dynamit an den ihnen angegebenen Platz niederzulegen. Bei Ausführung der Tat wurden sie durch bereitstehende Polizisten verhaftet. Der . . . Spitzel hatte seine Auftraggeber sowohl als die Polizei von der beabsichtigten Dynamiterei benachrichtigt und die Verhaftung veranlaßt. Er selbst wurde mit verhaftet, meldete sich aber als Staatszeuge und wurde freigelassen. Die Dummen, die dieser Verbrecher zu ihrer Tat veranlaßt hatte, wurden vom Distriktsanwalt Jerome . . . dahin bearbeitet sich schuldig zu bekennen. Man entging so der Gerichtsverhandlung, in welcher die näheren Umstände dieser Dynamitverschwörung bekannt geworden wären. Die Verhafteten schickte man . . . ins Zuchthaus . . . Das ist ein Fall, der, wie gesagt, recht sehr der Klarstellung durch den Beauftragten der Bundesregierung bedarf. Es gibt noch andere.

²⁾ In Amerika zwar richteten sich die Verleumdungen weniger gegen unsere Partei als gegen die Leiter der *American Federation of Labor*. Dagegen ließ es sich ein deutscher Korrespondent nicht nehmen der deutschen Presse, so auch den *Münchener Neuesten Nachrichten*, das Bekenntnis McNamaras mit folgenden Begleitzeilen zu melden: »Die Arbeitgeber gaben sich damals die größte Mühe die Anstifter des Attentats, die man in Sozialistenkreisen vermutete, zu ermitteln . . . Die Sozialdemokratie tat aber wieder alles, um die Befreiung der . . . Verhafteten durchzusetzen . . . Das Geständnis macht . . . ungeheure Sensation, und da man nun einen Anschlag der Sozialdemokraten zur Befreiung der Brüder befürchtet, so wurden umfassende Vorsichtsmaßregeln getroffen . . . Der Geheimpolizist Burns erklärt, daß noch andere sozialdemokratische Führer in den nächsten Tagen als mitschuldig verhaftet werden würden.«

die in jener veröffentlichten Liste fehlen, welche die Unterlage sein soll für die ... Untersuchung über die ... Dynamitverschwörungen.«

Und am 31. Januar 1912 war in der *New Yorker Volkszeitung* zu lesen:

»Unsere Leser wissen, daß vor etwa 8 Tagen in Lawrence an verschiedenen Stellen Dynamit gefunden wurde. Eine Anzahl Personen, meistens kleine ausländische Geschäftsleute, die von den Arbeitern ihrer Nationalität lebten und infolgedessen auch mit den Streikern der dortigen Textilindustrie sympathisierten, wurde verhaftet. Man hatte Dynamit in ihren Geschäftslokalen gefunden. Übereinstimmend sagten die Verhafteten aus, daß eine ihnen fremde Person das ... Paket bei ihnen zum Aufbewahren niedergelegt hätte. Dieser Umstand, wie der Mangel an jeder sonstigen belastenden Tatsache ließ es dem [sonst extrem arbeiterfeindlichen] Richter geraten erscheinen das Verhör der Verhafteten vorläufig zu verschieben. ... Jetzt ist ... eine Verhaftung erfolgt ... John J. Breen, ein Mitglied des Schulrats von Lawrence, ... Sohn eines früheren Mayors der Stadt, ... wird beschuldigt, daß er ... Dynamit niedergelegt habe.«

Unsere Partei war demgemäß voll berechtigt der gegen die Brüder McNamara erhobenen Anklage Mißtrauen entgegenzusetzen, zumal die Verhafteten und die ihnen näher als die Sozialisten stehenden Nurgewerkschafter gegen die »Zunützung solch verbrecherischer Gesinnung« in entschiedener Weise protestierten, und aus der Vergangenheit der Verhafteten nichts bekannt war, was eine Schlußfolgerung zu ihren Ungunsten zugelassen hätte. Man wußte in unserer Partei von dem Brüderpaar überhaupt so gut wie nichts: von John J. McNamara höchstens, daß er als Generalsekretär der Brücken- und Eisenbauarbeitergewerkschaft fungierte; denn er war kein Mann von nationalem Ruf. Selbst Samuel Gompers kannte augenscheinlich von den beiden Brüdern auch nur J. J. McNamara, und auch diesen bloß oberflächlich. Schippel erwähnte in seinem Artikel bereits das Rundschreiben der *Federationsleitung* zur Rechtfertigung gegen die von Burns und Konsorten erhobene falsche Beschuldigung der Mitwisserschaft, in dem J. J. McNamara als sympathischer, gewissenhafter Beamter geschildert wird. Der Mann führte also denen gegenüber, die ihm nicht sehr nahe standen, ein Doppelleben. In dem erwähnten Dokument ist indes auch nur von John J. McNamara die Rede; sein Bruder wird mit keiner Silbe erwähnt, obwohl er, der Zerstörer des *Times*gebäudes und Vernichter von 21 Menschenleben, der Hauptangeklagte im Prozeß war. Es scheint also, daß bis zum 22. April 1911 sein Name kaum in die Öffentlichkeit gelangt und insbesondere den Leitern der *American Federation of Labor* unbekannt war.

In den Mitteilungen, die vom Detektiv Burns und der *Erectors' Association* während der Untersuchungshaft des Brüderpaars der Presse zuzugingen, war stets das Zusammenarbeiten der beiden als Voraussetzung angenommen, so daß man den Eindruck gewann, James B. McNamara sei Assistent seines Bruders John im Sekretariat gewesen oder gehöre mindestens ebenfalls der Brückenbauergewerkschaft an. Und dies verstärkte in unserer Partei den Verdacht gegen die Gerechtigkeit der Anklage ganz erheblich. Denn man sagte sich mit Recht: Welches Interesse sollten die Brückenbauer an so fürchterlicher Rache gegen einen Zeitungsbesitzer haben? Was sollte sie veranlassen unter so schwerem Risiko für die Buchdrucker die Kastanien aus dem Feuer zu holen? Allerdings ist der Besitzer der *Los Angeles Times*, General Harrison Gray Otis,²⁾ ein starkgehafter, fanatischer Feind der organisierten Arbeit; er hat vor einiger

²⁾ Dieser General Otis wird in der Presse vielfach mit dem amerikanischen Militärgouverneur der Philippinen, dem General Elwell Stephen Otis, verwechselt.

Zeit die organisierten Setzer ausgeschlossen und war zu keiner Übereinkunft zu bewegen. Aber die *Typographical Union* pflegt ihre Kämpfe sonst ohne jede andere Hilfe als die des Sympathieboykotts, die ihr auf Verlangen gern von den anderen Gewerkschaften sowie von den Sozialisten gewährt wird, zu führen. Während des Prozesses erst erfuhr man, daß James B. McNamara als Schriftsetzer an dieser Zeitung gearbeitet hat und zu den von Otis ausgeschlossenen Organisierten gehörte. Das war für unsere Partei eine Überraschung. Die Schriftsetzergewerkschaft hatte zwar zum Verteidigungsfonds wacker beigetragen, in ihren Organen jedoch von der Mitgliedschaft des Attentäters kein Aufhebens gemacht. So kam es, daß unsere Partei aus der irrigen Voraussetzung, die sie mit dem gesamten Publikum teilte, unrichtige Schlüsse ziehen mußte.



Bei außergewöhnlichen Vorgängen, als deren Urheber oder Träger Leute von wenig bekanntem Namen figurieren, ist es in allererster Linie erforderlich über ihr Milieu etwas zu erfahren, um auf diesem Weg ihren intellektuellen Status zu ermitteln. Hierzu bietet sich im Fall McNamara eine sehr gute Gelegenheit, die meines Wissens von der Kritik noch nicht benutzt worden ist.

In seiner Eigenschaft als Generalsekretär der Gewerkschaft war John J. McNamara zugleich Geschäftsführer und Redakteur ihres Fachorgans *The Bridgemen's Magazine*, einer Monatsschrift von je 50 bis 60 Seiten Umfang mit vielen Illustrationen. Betrachten wir einmal den letzten von J. J. McNamara redigierten Jahrgang 1910. Das 1. Heft umfaßt 60 Seiten und enthält als Titelbild eine Gruppe von 89 Mitgliedern aus Milwaukee, die an einer Brücke der *Chicago-Northwestern-Eisenbahn* arbeiten.⁴⁾ Ihm folgten ein Neujahrsgedicht vom Hausdichter des Blattes, A. G. Detch in Indianapolis, dem Sitz der Exekutive; ein der bürgerlichen Monatsschrift *The Metropolitan Magazine* entlehnter Artikel von F. J. Warne *Die Überwindung der Armut: das Programm der Arbeitergewerkschaften*; ein wohlwollender, anständiger Aufsatz, der sich auf Angaben des vom staatlichen Handels- und Arbeitsamt herausgegebenen *Bulletin of Labor* stützt. Hierauf Auszüge einiger in der selben Monatsschrift veröffentlichten Artikel der bekannten Gewerkschaftsführer Mitchell, Duncan und Lennon (alle 3 Mitglieder der Exekutive der *American Federation of Labor*) nebst ihren und des Präsidenten Samuel Gompers Bildnissen. Sodann Berichte der Exekutivbeamten der Brückenbauergewerkschaft; als Entresilet 2 Gruppenbilder von Mitgliedern der Gewerkschaft, die bei New York respektive irgendwo in Wisconsin arbeiten. Darauf ein sehr langes Gedicht *Evolution*, zur Erinnerung an die paläozoische Periode, da wir noch als Fische herumschwammen. Nun ein kleiner eingesandter Artikel (zur Antwort auf ein früheres Gedicht *Wie lange noch?*), der besagt, daß neben der Revolte und Wahlzettel, die in jenem Opus als Heilmittel empfohlen waren, noch ein drittes gäbe: Zusammenschluß zu Kooperativgenossenschaften zur Übernahme von Brücken- und Eisenbauten auf eigene Rechnung. Jetzt folgt der eigentlich redaktionelle Teil. Hier wird zunächst zur Geschichte des Kampfs sämtlicher Gewerkschaften der Eisenbranche gegen die arbeiterbedrückenden Maßnahmen

⁴⁾ Merkwürdigerweise ist der Bau selbst weder auf dem gleichen Bild noch sonst im Blatt dargestellt. Auch alle anderen Gruppenbilder in dem Heft zeigen nur die Porträts der Arbeitenden, ohne ihr Werk.

sowohl des Stahltrusts wie speziell der *Erectors' Association* die Protestresolution mitgeteilt, die von den Delegierten der beinahe 50 Gewerkschaften der Eisenbranche auf einem von der *American Federation of Labor* einberufenen Spezialkongreß gefaßt wurde. Dann kommt abermals ein Gedicht. Die nächste Abteilung ist das Feuilleton: Zunächst wieder 3 Gedichte, dann ein kleiner Frauenartikel über Kindererziehung; Bildnisse der im Alter von 1 bis 7 Jahren stehenden 5 Töchterchen eines Chicagoer Mitglieds. Es folgen in der Abteilung *Correspondence* Mitteilungen von Berufs- und Vereinsangelegenheiten aus 13 Orten; wieder ein Gedicht und abermals Illustrationen: 3 Gruppenbilder von Arbeitern an verschiedenen Bauten; Bildnis eines um die Organisation wohlverdienten Mitglieds in Spokane (Washington); Bildnis eines Mitglieds in Milwaukee, der auf einem zweirädrigen, von einem Schimmel gezogenen Reklamewagen durch die Stadt fährt, um den bevorstehenden Gewerkschaftsball bekannt zu machen; Ansicht von 2 durch Mitglieder der Gewerkschaft ausgeführten schwierigen Bauten; Bildnis eines New Yorker Mitglieds mit seinen 3 Töchtern. Hieran schließt sich das *Vermischte*, enthaltend 2 Gedichte, 4 Illustrationen: Gruppenbild einer 20 Mann starken Kolonne, die jeden Morgen den Bahnzug in New York besteigt, um in der *Westhouse Company* zu arbeiten; Ansicht eines von Mitgliedern in Atlanta (Georgia) ausgeführten schwierigen Baus; Leichenzug eines Mitglieds in Philadelphia; Abbildung zur Beschreibung eines unpraktischen Schnappbolzens, durch den ein Mitglied verunglückt war; ferner 3 Beileidsresolutionen zu Ehren verstorbener Mitglieder. Endlich die Abteilung *Iron and Steel Construction News*, das heißt Nachrichten über bevorstehende und begonnene große Neubauten, mit Angabe der Kostenanschläge und dergleichen; abermals ein Gedicht. Die letzten 8 Seiten sind den offiziellen Mitteilungen der Exekutive an die Mitgliedschaften, Kassenberichten usw. gewidmet. Also auf 60 Seiten nur einige, sehr wenige belehrenden Inhalts, dagegen nehmen die 10 Gedichte und 19 Illustrationen, von denen ein namhafter Teil (die Gruppenbilder ohne Bauansicht, das Leichenbegängnis eines einfachen Mitglieds aus den tausenden ähnlicher Vorgänge) überflüssig erscheint, ein anderer sogar (die Bildnisse kleiner Kinder) der Lächerlichkeit anheimfällt, einen breiten Raum ein. Gruppenbilder von Brücken- und Eisenbauarbeitern haben doch nur dann für den Beschauer Wert, wenn ihr Werk zugleich durch Abbildung vorgeführt wird. In den späteren Hefen hat der Redakteur diesem Fehler allerdings einigermaßen abgeholfen, indem die Mehrzahl der Gruppenbilder Ansichten, mitunter nur Teilansichten, der Bauten gewähren. Die Berechtigung und der Vorteil von Illustrationen in dieser Form ist unverkennbar; sie zeigen, welche Kraft und Geschicklichkeit der anstrengende und lebensgefährliche Beruf des Brücken- und Eisenbauarbeiters erfordert, und wie danach auch das Entgelt für das Risiko beschaffen sein sollte.

Wir brauchen nach dem Gesagten die übrigen 11 Hefte des ganzen Jahrgangs nicht im einzelnen durchzugehen: Ihr Inhalt ist dem des 1. Heftes durchaus entsprechend, sozialpolitische wie technische Belehrung sind dünn gesät; die wenigen des Drucks wertigen Artikel dieser Kategorie verschwinden doch fast in der Menge des übrigen Stoffs. John J. McNamara scheint übrigens in neuerer Zeit die Verbesserungsbedürftigkeit des Blattes erkannt zu haben; dies zeigt zunächst die bereits erwähnte Reform der Gruppenbilder, mehr aber sein Bestreben die Gewerkschaft über europäische Industrieverhältnisse ein wenig zu unterrichten. Zu diesem Behuf ersuchte er Anfang 1910 Hans Fehlinger

in München,⁹⁾ dessen Arbeiten er seit Jahren in der amerikanischen Gewerkschaftspresse gesehen, gelegentlich auch Beiträge fürs *Bridgemen's Magazine* zu liefern. Nicht unerwähnt darf ferner bleiben, daß dort auch nach der Wahl unseres Victor L. Berger, des ersten sozialistischen Kongreßmitglieds, dessen Konterfei veröffentlicht wurde: in Amerika ist eben nichts so erfolgreich wie der Erfolg. Der redaktionelle Teil des Blattes enthält in der Regel nur kleine Notizen von 10 bis 30 Zeilen über Vereinsinteressen sowie kurze technische Miscellen. In manchen Heften des Jahrgangs 1910 wird die Gedichtanzahl des 1. Hefts noch erheblich überschritten; in den 11 Heften vom Februar bis zum Dezember sind 10 Frauen- und 31 Kinderbildnisse enthalten, von letzteren 18 (darunter 5 Babys) ohne die Eltern. Die psychologische Wichtigkeit dieser Feststellung besteht nicht nur darin, daß wir jetzt eine deutlichere Vorstellung von der in jenen Kreisen herrschenden primitiven und naiven Anschauung über die Aufgaben eines kostspieligen illustrierten Gewerkschaftsorgans bekommen sondern auch Anhaltspunkte zur Analyse von John J. McNamaras Wesen gewinnen. Er ist offenbar Kinderfreund. Liebe zu den Kleinen (nicht bloß eigenen oder blutsverwandten) schließt insgemein solche Entartung aus, wie sie in dem Hinmorden Unschuldiger zutage tritt, denn der Gedanke an Unschuldige, der sich mit dem an Kinder von selbst verbindet, müßte von Rachedurstigen wie Befreiungsfanatikern jede Anwendung fernhalten Waffen zu gebrauchen, durch die jemand anders als die beabsichtigte Person getroffen werden kann. Aus der politischen Bewegung aller Länder sind indes Attentate bekannt, durch die auch Unschuldige (und manchmal solche ausschließlich) umkamen; und die Attentäter waren in ihren engeren Kreisen zu meist als gemütliche und gemütvollte Menschen gerühmt. Bei ihnen allen läßt sich das Unvermögen die Vorstellung der Unschuld den unberechenbaren Wirkungen des Explosivstoffs entgegenzustellen und das Fazit daraus zu ziehen nur durch einen schweren Intellektsfehler, durch Mängel der Denkfähigkeit erklären, die bei John J. McNamara in Anbetracht seiner Vorliebe für Kinder ungewöhnlich hochgradige sein müssen. Daß bei der Zerstörung der Llewellyn Eisenwerke kein Menschenleben vernichtet wurde, ist nur dem Zufall zu verdanken; und wenn auch James B. McNamara sich als alleinigen Urheber des Dynamitattentats auf das *Times*gebäude, dem 21 Menschen zum Opfer fielen, bezeichnete, darf man heute, wo der Zusammenhang der Aktionen des Brüderpaars offen zutage liegt, annehmen, daß John J. McNamara der Mitverschworene seines Bruders war.

Um aber zur Redaktionsleitung des *Bridgemen's Magazine* zurückzukehren: In jeder Nummer werden Berichte der Reisecagatoren und Mitteilungen vieler lokaler Organisatoren (in Amerika *business agents* genannt) veröffentlicht. Diesen Teil der Gewerkschaftsinteressen findet man im *Magazine* wohl gewahrt, die höheren dagegen bedauerlich vernachlässigt: nicht bloß die rein ideellen, die vermutlich nach Ansicht der Redaktion am besten durch Gedichte vertreten werden, sondern auch für die technische Fortbildung der Mitglieder könnte in ihrem Monatsblatt viel mehr als bisher geschehen. Das Niveau mancher Artikel über das soziale Problem entzieht sich teils durch eine übertriebene Sentimentalität teils infolge einer grotesken Phrasenhaftigkeit jedem Versuch zu sicherer, korrekter Auslegung. Als Muster dieser Art möchte ich

⁹⁾ Die Leser der Sozialistischen Monatshefte kennen ja Fehlinger aus einer Anzahl hier veröffentlichter trefflicher Beiträge.

hier einen Artikel wiedergeben, der unter dem Titel *Gesucht wird ein Mann* im 5. Heft des Jahrgangs 1910 erschienen ist:

»Ein Mann, der Dinge sehen, der Bedürfnisse fühlen, der durch Mängel tief aufgeregt werden kann; der sich nicht zufrieden gibt, wo Chaos herrscht; der im Innersten leidet, wo eine gute Sache leidet; der sagt: es ist zu schlimm, daß die Verhältnisse so im argen liegen und der aufrichtigen Herzens meint, was er sagt; der mit all seiner Kraft glaubt, daß schlechte Dinge und tote Organisationen und lahme Methoden und indifferente Menschen und ermattende Unternehmungen und unergriffene Gelegenheiten: daß all dies nicht fort dauern soll; der nie verzweifelt, immer hofft; der tief ins Innere der Dinge schaut, der Auswege findet oder sucht; der auf Grund seines Glaubens zu sagen wagt *Ich weiß*, der immer zuverlässig ist; der überall, wo er geht, Hoffnungsfreudigkeit ausstrent. Gesucht wird ein Mann, der Dinge sieht und fühlt und dann glaubt. Ein Mann, der Dinge tun kann und sie immer tut, wann und wo er Gelegenheit hat; der, wenn er ein würdiges Ziel gesehen hat, ihm zustrebt, und wenn es 10 000 Meilen entfernt ist; der einen Vorwurf gute Dinge ungetan gelassen zu haben nicht auf sich ruhen lassen kann; der glaubt: alles, was glaubenswert ist, ist auch geschickenswert; der Kräfte dirigiert und sie dort zum Vorschein bringt, wo sie gebraucht werden; der, mit Energie geladen, andere damit lädt; der zu allem, was er zubereitet, Ingwer zusetzt, aber keinen Senf oder Weinessig; der immer in Flammen ist, ohne andere zu versengen; der bescheiden genug ist anderen nicht in ihre Sachen hineinzureden; der göttlich genug ist, um das Universum in seine Rechte einzusetzen oder es wenigstens zu versuchen; der freimütig das Volk wegen seiner Indolenz kritisiert, und der freimütig glaubt, er verdiene auch diese Kritik; der, wenn etwas getan werden soll, sagt *Kommt, laßt es uns schaffen!* und dann an die Arbeit geht, gleichviel ob die von ihm Gerufenen kommen oder nicht; der von dieser Arbeit nur aufsieht, um sich in die Hände zu spucken und von neuem scharf anzufassen; der alles unternimmt, was er sollte, ohne zu fragen, ob er kann. Gesucht wird ein Mann, um Dinge zu tun, sie sofort und mit höchster Kraft zu tun. Ein Mann, so oder so ungefähr wie dieser, in jeder Arbeiterunion und in jeder Kirche: Was alles liebe sich nicht da erreichen? Das Nahen des Reiches Gottes wartet auf die Entdeckung und Sanktifizierung eines solchen Mannes. Einer ist eine Hostie. Nur einer, und er würde seine Organisation zur gesündesten in Gottes Welt machen. Nur einer. Hätte es jemals einen solchen Menschen gegeben, würde er mit Gottes Gnade Sodom ganz allein gerettet haben. Keine Institution ist so tot, daß ein solcher Mann ihr nicht neues Leben einflößen und sie zum Rang einer göttlichen Pfarrei erheben könnte. Nur ein Mann, der mit Intelligenz und mit der Kraft des Vorwärtsstoßens begnadet ist. Wie ist es in eurer Organisation? Vielleicht sind eure Reihen so schütter, daß du, lieber Leser, selbst in jenen Platz hineinschlüpfen könntest.«

Man beachte den revolutionär-gewalttätig angehauchten Anfang des Artikels und den salbungsvoll-religiösen Schluß. In die Atmosphäre von Attentätern, die auf ihrem Leib Heiligenbilder tragen, paßt er durchaus. Ohne Zweifel sah sich John J. McNamara zum »Mann, der Dinge tun kann und sie immer tut«, ausersehen. 5 Monate später erfolgte die von seinem Bruder besorgte Explosion des *Times*-Gebäudes, und John J. McNamara brachte an der Spitze des unmittelbar darauf erschienenen Novemberhefts ein Poem des Hausdichters *The Los Angeles Bomb*, worin der von Burns und einem Teil der kapitalistischen Presse gegen die Leitung der *American Federation of Labor* erhobene Verdacht intellektueller Urheberchaft gebührend scharf abgewiesen und die moralische Verantwortung auf General Otis zurückgeschleudert wird, weil seine Tyrannei gegen die Arbeiter sie zu Anarchisten mache. Für die Tat eines einzelnen könne man nicht eine große Organisation verantwortlich machen. Das wäre so weit ganz richtig, käme zum Schluß nicht wieder eine Zweideutigkeit, in Versen:

»Immer werden die Arbeiter die Saule zum Zweikampf herausfordern, die von der Beute nur leben.
Denkt nicht, daß der Arbeit Israel furchtsam davonrennt vor Ägyptens Wut!
Gott befiehlt den Menschen: Verteidigt das Recht, behauptet den Platz und zeigt frohen Mut!»

In der Mainnummer 1911, die auf John J. McNamaras Verhaftung folgte, brachte das Blatt 2 Gedichte. Ein anonymes *Mach's gut!* schließt mit der Strophe:

»Ein Vivat dem rastlos fleißigen Mann,
Mein Kompliment sei hier ihm dargebracht
(Wenn auch nicht jeder ihn verstehen kann),
Dem warmblütigen Mann, der gut es macht.«

Während das zweite vom Hausdichter wie folgt endigt:

»Burns, miet' ein Zimmer, leg Dynamit hinein, dann laure auf deine Beute!
Die Belohnungssumme ist groß genug, um Höllenkinder zu verführen.
Doch höre, Mammon, dein Schicksal ist besiegelt, und Gott wird die Totenglocke rühren.

Unser John, wir lieben ihn mehr als wir schöne Frauen lieben,
Die Brückenbauer liebten ihn, die Gewerkschaft liebt ihn mit nie ersterbender Liebe,
Hüte dich, Otis, du Schmarotzer, du Glanz der Börse,
Wenn Gott einst seine Hand erhebt und dich von oben niederschlägt.«

Der Hausdichter meint es in seiner Phantasterei offenbar ganz ehrlich, wenn er das Gedicht *Ein fleckenloser Mann* überschreibt und ihm als Motto die von John J. McNamara nach seiner Verhaftung niedergeschriebenen Worte vorsetzt:

»Ich bin keiner Gesetzesverletzung in Wort oder Tat schuldig. Mächtig ist die Wahrheit, und sie wird obsiegen.«

Die gleiche Nummer enthält ein Bildnis John J. McNamaras mit einigen Zeilen vom 2. Mai aus dem Gefängnis, die an Frank M. Ryan, den Vorsitzenden seiner Gewerkschaft, gerichtet sind.

»Aufrichtige und brüderliche Grüße aus Los Angeles an jedes einzelne Mitglied des Verbands durch die Spalten unseres offiziellen Journals. Für die zahlreichen Beweise von Vertrauen und Beistand bin ich von Herzen dankbar. Setzt den Kampf fort. Unsere Sache ist gerecht. Unsere Forderungen sind vernünftig. Der Sieg muß schließlich unsere Anstrengungen krönen.«

Aus dem Untersuchungsgefängnis hat er mehrere ähnliche Zuschriften erlassen, unter anderm auch eine an die sozialistische Partei, ihr für ihre Hilfe herzlich dankend. Mehr wissen wir nicht von ihm, denn vor Gericht gab er auf die Frage, ob er der Tat schuldig sei, nur die Antwort *Ja!*.

IN Deutschland würde der Gerichtsvorsitzende in solchem Fall die Psyche des Geständigen, die Motive seiner Handlungsweise zu ergründen suchen, selbst wenn sie bereits aktenkundig sind: weil das Gemeinwesen, die gesamte Öffentlichkeit daran interessiert ist. Der Täter hätte da Gelegenheit gehabt die Geschichte des Kampfes seiner Gewerkschaft mit dem Stahltrutz und der *Erectors' Association* darzustellen. Das würde ihn allerdings im allgemeinen weder entschuldigt, geschweige denn gerechtfertigt haben; aber nicht ganz vorurteilsvollen Menschen hätte es einen ziemlich deutlichen Einblick in das Werden von Anarchisten eröffnet. Im amerikanischen Gerichtsverfahren hat der vorsitzende Richter die Verhandlungen ohne jede Einmischung im Interesse einer der beiden Parteien zu leiten, nur der Ankläger und der Verteidiger können Zeugen verhören, doch den Angeschuldigten selbst bloß dann, wenn er seine Aussagen zeugeneidlich erhärten will; im andern Fall hat der Staatsanwalt ohne Verhör des Angeklagten dessen Schuld nachzuweisen. Diese Methode birgt allerdings eine große Gefahr: Der Schuldige, der sich für unüberführbar hält, gerät leicht in Versuchung als sein eigener Entlastungszeuge einen Meineid zu schwören; andrerseits enthebt sie den Angeschuldigten mancher Demütigungen, denen er in Deutschland durch den allmächtigen Gerichtsvorsitzenden ausgesetzt sein kann. Eine Verbindung beider Methoden wäre rationell: Ausschluß der Gerichts-

vorsitzenden von der Angeklagten- und Zeugenvernehmung; aber zugleich eidesloses Verhör des Angeklagten durch Staatsanwalt und Verteidiger. Denn zuweilen vermögen weder der Richter noch die Geschworenen und noch weniger die öffentliche Meinung ein richtiges Bild von den Geschehnissen und den ihnen zugrunde liegenden Dingen zu erlangen, weil der Angeklagte sich nicht äußerte. Dazu rät der Verteidiger seinem Klienten stets, wenn angenommen werden kann, daß der Bezichtigte sich im Fragennetz des Gegners verstricken würde. Im Interesse des Gemeinwesens, der öffentlichen Gerechtigkeit, liegt es aber, daß der Angeschuldigte selbst rede, weil seine Haltung und Miene, der Ton seiner Worte dem Richter und den Geschworenen, wenn auch nicht immer, so doch häufig, sein Wesen erkennen hilft und ihnen das Urteil erleichtert.

Durch John J. McNamaras Schweigen vor Gericht sind wir also ohne authentische Kenntnis seiner Lebensmaximen und ohne zuverlässige Erklärung seiner Handlungsweise geblieben. Nach der Bejahung der Schuldfrage unterließ der Staatsanwalt jeden Versuch ihn zu einer Darstellung der Tatmotive zu veranlassen: schon deshalb, weil er sich vorstellen konnte, daß der Angeklagte, wenn nun, da ohnehin für ihn alles verloren war, zum Sprechen angeregt, die kapitalistischen Unterdrücker als die intellektuellen Aufhetzer zum Verbrechen entlarven würde. Der Verteidigung andererseits war in diesem Moment vor allem darum zu tun das Los ihrer Klienten möglichst zu mildern und deshalb jede Szene, durch die der Prozeßgegner oder der Richter gereizt werden könnte, zu vermeiden. Darum sah auch der Verteidiger Darrow von jedweder Erörterung der Motive der Attentäter ab und begnügte sich mit einer Erklärung, die James B. McNamara, der Hauptangeklagte, nach der bejahenden Antwort beider auf die Schuldfrage abgeben sollte. Diese Erklärung lautete: »Ich, James B. McNamara, wünsche, nachdem ich mich des Mordes schuldig bekannt, folgende wahrheitsgemäße Angaben zu machen: Am Abend des 30. September 1910, um 5 Uhr 45 Minuten, legte ich in der Ink Alley, einem Teil des Timesgebäudes, einen Reisekoffer nieder, der 16 Stück 80 prozentigen Dynamits enthielt, um es in der Nacht zu entzünden. Ich bekenne mich des Verbrechen, dessen ich angeklagt bin, schuldig, halte mich aber nicht für einen Verbrecher. Ich bin schon seit vielen Jahren ein Mitglied der organisierten Arbeit, und meine Lebensaufgabe war die Sache meiner Mitarbeiter zu fördern. Ich gehöre zu jener Gruppe, die glaubte, daß die direkte Aktion die einzig wirksame Waffe sei, um unsere Kämpfe erfolgreicher zu gestalten. Es bestand nicht die Absicht jemand zu töten, als ein Quantum Dynamit in der Gasse hinter dem Timesgebäude in Los Angeles gelegt wurde, sondern ... nur denjenigen, die uns so bitter bekämpften, einen Schrecken einzujagen. Wohl niemand bedauert die Opfer der Explosion mehr als ich. Ich lege dieses Geständnis nicht ab, um mein Leben zu retten, sondern ich hoffe, daß dadurch bessere Männer als ich das Problem der Lohnarbeiter studieren und bessere Zustände herbeiführen. Ihr wollt nicht, daß wir streiken; ihr wollt nicht, daß wir selbständige Politik betreiben, wie wir es hier in Los Angeles tun; ihr wollt nicht, daß wir uns organisieren; wir können nicht als Einzelpersonen das Gesetz zur Hilfe anrufen, und wir wissen, daß es für uns in den Gerichten keine Gerechtigkeit gibt. Und dabei erklären die Unternehmer fortwährend, daß sie nicht instande sind unsere Löhne zu erhöhen. Was sollen wir eigentlich tun? Wenn meine Tat diese Frage vor die große Öffentlichkeit bringen und eine Antwort hervorrufen wird, die eine friedliche Lösung in Aussicht stellt, dann werde ich die Gewißheit haben, daß ich, obwohl meiner Tat schwere Strafe des Gesetzes nachfolgt, der Arbeiterschaft einen Dienst erwiesen habe.«

Richtig ist die Bemerkung des *Vorwärts*, daß der Ausruf *Was sollen wir eigentlich tun?* der Aufschrei eines Verzweifelten war, der den Glauben an Gerechtigkeit verloren hatte und keine Möglichkeit zur Besserung der Verhältnisse mehr sah; »die Erkenntnis des Sozialismus, des besten Schutzes vor Verzweiflung, war ihm nicht aufgegangen«. Obwohl nun diese Bemerkung des

Vorwärts zur Sache gehört, bleibt sie dennoch an der Oberfläche haften. Das Pathos des Aufschreis *Was sollen wir eigentlich tun?* ist begreiflich, wenn wir uns einen *Armen im Geist* vorstellen, der kaum das A b c der sozialen Entwicklung kapiert hat, und James B. McNamara, der bei Ausübung seiner Tat zu jener Kategorie gehörte, hat deshalb Anspruch auf unser Mitleid. Das Gefühl wird aber wesentlich herabgestimmt, wenn wir, was meines Wissens bisher nicht geschehen ist, den Inhalt des Bekenntnisses auf seine *Wahrhaftigkeit* geprüft haben: Er behauptete »jener Gruppe, die glaubte, daß die direkte Aktion die einzig wirksame Waffe sei,« anzugehören. Wäre das wahr, so hätte die Behörde längst ihr Vorgehen danach gestaltet. Mit keiner Silbe hat die Polizei ihm die Verbindung mit Anarchisten insinuiert, was sie sich doch sicherlich nicht hätte entgehen lassen, wenn auch nur Spuren eines Beweises dafür zu entdecken gewesen wären. Die wenigen Anarchisten in Amerika, die jemals irgendwo öffentlich für direkte Aktion eintraten, sind der bürgerlichen Presse und der Polizei des ganzen Landes genau bekannt. Und außerhalb der anarchistischen Sekten gab es in der amerikanischen Arbeiterbewegung der letzten 30 Jahre keine Gruppen direkter Aktion. Nur vereinzelt begingen hier und dort, spontan, in erbitterter Stimmung, namentlich bei Streikwirren, eine terroristische Tat (wie auch bürgerliche Alkoholprohibitionisten bisweilen im hoffnungslosen Kampf gegen Schankstellen mit Dynamit voringen). Eine Statistik dieser Fälle hat die Regierung bisher nicht ausgearbeitet. James B. McNamara, das Mitglied der *Typographical Union*, einer der reaktionärsten, sozialismuseindlichsten Gewerkschaften Amerikas,⁹⁾ hatte keine Beziehung zu jenen Kreisen, in denen *direkte Aktion* Kampfruf ist. Dem Ausdruck *Gruppe direkter Aktion* mußte beiläufig die Behörde das Zugeständnis entnehmen, daß viele Personen sich zu dem Zerstörungswerk verschworen hatten, und daß diese auch an den Bautenexplosionen der letzten Jahre beteiligt seien. Bei dem weiter oben von mir konstatierten Mangel an Denkfähigkeit John J. McNamaras ist es nicht so sehr verwunderlich, daß er, der doch vermutlich das Bekenntnis mitverfaßt oder es mindestens gelesen hat, bevor es im Gerichtssaal abgelegt wurde, die Tragweite des Ausdrucks *Gruppe direkter Aktion* nicht sogleich zu erfassen vermochte: also nicht ahnte, daß damit seine Gewerkschaft respektive die Gesamtheit der Führer, Organisatoren und lokalen Agenten (die denn auch wirklich seit dem 14. Februar unter Anklage steht) denunziert ist.

Weiter heißt es in dem Bekenntnis: »Es bestand nicht die Absicht jemand zu töten, als Dynamit . . . gelegt wurde«. Verschwiegen ist beiläufig die unwiderleglich erwiesene Tatsache, daß der Attentäter kurz vor dem Anzünden des Dynamits mehrere Gashähne im Hause abgebrochen hat, so daß einige Leute, die in der Zwischenzeit zufällig das Haus verließen, andere auf den Gasgeruch aufmerksam machten und am Tag nach der Explosion in ihrer Zeugenaussage als Ursache des Unglücks schadhafte Gasröhren angaben. Dadurch wurde natürlich in Arbeiterkreisen der Glaube an die Unschuld der McNamaras erheblich verstärkt. Auch die genannte Verteidigung glaubte an die Gasexplosion und ließ deshalb von Architekten den Grundplan des Hauses mit den Röhrenleitungen nachzeichnen, um in sehr scharfsinniger Weise die Entstehung des Röhrendefekts durch dies und jenes Vorkommnis zu zeigen: bis

⁹⁾ Die deutschen Verbandsmitglieder, die auch ein eigenes Organ haben, sind zwar zu drei Vierteln Sozialisten, haben jedoch infolge ihrer winzigen Minorität keinen Einfluß auf den Gesamtverband.

schließlich unter den Trümmern die gewaltsam abgebrochenen Gashähne gefunden wurden. Um gleichsam zum Schaden der Verteidigung den Spott hinzuzufügen, verlangten die Architekten später für ihre Arbeit 6000 Dollar, eine Forderung, mit der sich zurzeit das Zivilgericht beschäftigt, da das Komitee die Zahlung dieser unsinnig horrenden Summe verweigerte.

Als der Richter das Urteil über James B. McNamara fällte, sagte er unter anderm:

»Ihre Bemerkung, daß Sie nicht töten wollten, ist für die Hinterbliebenen kein Trost, und mir klingt sie wie Hohn.«

Er hätte weiter bemerken können:

»Obwohl Sie ehemals als Setzer im *Times*gebäude beschäftigt waren, war es Ihnen unbekannt, daß um 11 Uhr abends sich noch Menschen im Hause befanden? Haben Sie in Abend- oder Nachtstunden niemals einzelne Fenster mancher großen Geschäftsgebäude, in denen sich hundert und mehr Bureaus befinden, erleuchtet gesehen? Ist Ihnen als Großstädter unbekannt, daß man in manchen Geschäften dann und wann Überstunden arbeiten muß? Und wie oft kommt es vor, daß in einer großen Zeitungsdruckerei mit ihren vielen komplizierten kleinen und diffizilen Kolossalmaschinen Reparaturen notwendig sind, die nach Schluß der Tagesarbeit viele Stunden in Anspruch nehmen? Auch das mußten Sie wissen. Und außerdem weiß jedes Kind, daß ein großes Geschäftsgebäude, in dem brennbare Stoffe, wie Papier, lagern, seine eigene Nachtpatrouille im Haus hat. Sie mußten also ganz genau wissen, daß das Haus nicht menschenleer war. Selbst wenn Sie im Hause fremd gewesen wären, hätten Sie, als Sie es zum Abbruch der Gashähne betraten, bemerken müssen, daß sich Menschen darin befanden.«

McNamara ruft aus: »Ihr wollt nicht, daß wir selbständige Politik betreiben, wie wir es hier in Los Angeles tun.« Das ist kein Vorhalt dem *Kapitalismus* gegenüber; er läßt sich höchstens an die Adresse der Buchdruckergewerkschaft und der Leiter der *American Federation* (an Gompers und Genossen) richten, die ihren Mitgliedern beharrlich empfehlen von selbständiger Arbeiterpolitik Abstand zu nehmen. Der Kapitalismus hindert die Arbeiter in Amerika so wenig wie in Europa an selbständiger Politik.

Weiter sagte James B. McNamara: »Ich lege dieses Bekenntnis nicht ab, um mein Leben zu retten, sondern ich hoffe, daß dadurch bessere Männer als ich das Problem der Lohnarbeiter studieren und bessere Zustände herbeiführen.« Das Bekenntnis der Tat war unter allen Umständen geboten, gleichviel, ob der Angeklagte hierdurch sein Leben retten wollte oder nicht. Es ist aber aus Darrows, des Hauptverteidigers, Erklärungen an die Arbeiterpresse notorisch, daß er, um James B. das Leben zu retten, die McNamaras zum Geständnis veranlaßte, nachdem er sich überzeugt hatte, daß die Anklage sich auf unwiderlegliche Beweise stützte. In diesem Punkt enthält also das Bekenntnis ebenfalls eine krasse Unwahrheit, eine sehr ungeschickte obendrein. Der letzte Teil des eben zitierten Satzes ist unbedingt verwerflich. So darf nur ein Angeklagter sprechen, der sich allein zum Opfer gebracht hat: Auf Kosten des Lebens von 21 anderen hat niemand die Berechtigung den Märtyrer zu spielen. Offenbar ist der Wortlaut des Bekenntnisses das gemeinsame Verlegenheitszeugnis der Angeklagten und des Hauptverteidigers Clarence S. Darrow. Dieser war nämlich um jene Zeit, wie vielleicht nie zuvor in seiner berühmten Praxis, buchstäblich am Ende seines Lateins. Darrow aus Chicago, ein bürgerlicher Liberaler, gilt seit Jahren als einer der bedeutendsten Kriminaladvokaten des Landes und hat sich speziell als Verteidiger in sehr schwierigen Arbeiterprozessen (wie 1906 im Fall Moyer, Haywood und Pettibone) einen großen Namen erworben. Wie alle

hervorragenden Verteidiger in schwierigen und komplizierten Prozessen verlangt und bekommt er enorme Honorare, auch von Arbeitern, da er weiß, daß die Solidarität der organisierten Massen jede beliebige Summe garantiert, wenn etwas im Spiel ist, das die Interessen der gesamten Arbeiterschaft berührt. So übernahm er denn, als zunächst die Brückenbauergewerkschaft und bald darauf die Leitung der *American Federation of Labor* sich für die Unschuld der McNamaras moralisch öffentlich verbürgt hatten, auf Antrag dieser Körperschaften die Organisierung der Verteidigung; er engagierte einen Assistenten in Indianapolis, dem Sitz der Brückenbauergewerkschaft, und 3 in Los Angeles, darunter den Sozialisten Job Harriman, der später in Los Angeles namens unserer Partei fürs Bürgermeisteramt kandidierte; außerdem stellte er Agenten und Detektives an, um Personen ausfindig zu machen, die, nach Angabe der Verhafteten, deren Alibi dartun sollten, ferner Leute, die der Vergangenheit der Belastungszeugen nachzuspüren hatten, usw. Von der *American Federation of Labor* wurden die Sammlungen zum Verteidigungsfonds organisiert, die bis zum 1. Dezember 1911 (einschließlich der von unsrer Partei eingesandten Gelder) die Summe von 230 000 Dollar aufbrachten, wovon 175 000 Dollar an Darrow abgesandt wurden. Bei Einrichtung seines kostspieligen Verteidigungsapparats hatte er seine Zelte in Los Angeles aufgeschlagen, um mit den Angeklagten nahe Fühlung zu halten. In Amerika darf der Verteidiger eines Verhafteten ihn ohne amtlichen Zuhörer im Gewahrsam sprechen, so daß eine vertrauliche Aussprache erfolgen kann. Je mehr nun Darrow in die Einzelheiten der Sache eindrang, desto haltloser erschien ihm seine Position. Sein peinliches Geheimnis aber gab er nicht einmal den Assistenten preis. Er hielt es mit der amerikanischen Tradition, daß ein Anwalt, der bei Übernahme einer Verteidigung die Unschuld des Angeklagten für wahrscheinlich hielt, ihn später, trotz sicherer Überzeugung von seiner Schuld, nicht fallen lassen darf sondern innerhalb des gesetzlich Zulässigen alles mögliche zu seiner Rettung anbieten muß, wenn der Klient sich nicht schuldig bekennen will. Im amerikanischen Kriminalprozeß ist Einhelligkeit der Geschworenen zum Schuldverdikt wie zum Freispruch erforderlich, bei andauernder Unmöglichkeit einer Einigung müssen die Geschworenen entlassen werden. Wenn dann der Staatsanwalt glaubt, daß eine zweite Jury ebenfalls erfolglos beraten würde, und daß ein abermaliger Aufwand an Arbeits- und Kostenlasten durch jenes Risiko nicht gerechtfertigt erscheint, stellt er später das Verfahren ein. Hierauf also spekuliert ein Advokat unter gegebenen Umständen, wenn sein schuldiger Klient nicht bekennen will sondern von ihm die Durchführung der übernommenen Aufgabe verlangt.

Weder das Gericht noch die öffentliche Meinung in Amerika verübelt es dem Verteidiger, daß er wider besseres Wissen einen offenbar Schuldigen bis zum letzten Augenblick mit allen Kräften eines rabulistischen Geistes zu schützen sucht.⁷⁾ Auch Darrow tat es hier bis zum äußersten, indem er, im Vertrauen auf seine Kunst schlimmstenfalls die Jury durch Uneinigkeit zu sprengen, im November in den Prozeß eintrat, der auf mehrmonatige Dauer berechnet war, da von beiden Seiten eine unverhältnißmäßig hohe Anzahl von Zeugen geladen werden sollte. Die Prüfung der Jurykandidaten (auf ihre etwaige Befangenheit *in puncto* Arbeiterwirren hin) währte bereits 3 Wochen, und erst

⁷⁾ Daß diese Tradition mitunter verderblich wirkt, weil der erheuchelte Enthusiasmus des Verteidigers für die Unschuld seines Klienten die öffentliche Meinung dann und wann irre zu führen vermag, bedarf keiner Erörterung.

7 Mann hatten ihren Sitz auf der Geschworenenbank eingenommen: Da ließ der Staatsanwalt Herrn Darrow in sein Bureau bitten und ihn Einblick in die alles überwältigenden Belastungsbeweise nehmen. Darrow überzeugte sich jetzt, daß keine Verteidigung dagegen aufkommen konnte. Der Staatsanwalt schlug vor:

»Wenn die Angeklagten sich baldigst schuldig bekennen, ehe wir in die Verhandlung eintreten, kann der Richter Milde walten lassen, weil uns monatelange Arbeit und dem Land eine ungeheure Kostensumme erspart bleibt; statt der Todesstrafe würde ich gegen James B. McNamara nur lebenslängliches Zuchthaus beantragen und gegen John J. McNamara nicht lebenslängliche sondern 14 Jahre Zuchthausstrafe. Wahrscheinlich wird der Richter meinem Antrag zustimmen, obwohl er mir kein bindendes Versprechen geben konnte.«

Nun ging Darrow zu den Gefangenen, und nach einigem Zögern nahmen sie den Vorschlag an. Der Richter erkannte nach dem Antrag des Staatsanwalts, und tags darauf wurden die Verurteilten ins Zuchthaus abgeführt.

Bekannt ist, daß in das Anerbieten des Staatsanwalts an Darrow die leidige Politik hineinspielt. Am 6. Dezember sollte nämlich die Bürgermeisterwahl in Los Angeles stattfinden, und Job Harriman, einer der Assistenten Darrow's, war aussichtsreicher sozialistischer Kandidat. Der herrschenden Klasse von Los Angeles lag vor allen Dingen an der Erhaltung ihrer Machtstellung in der Kommunalverwaltung, die ihr gesichert blieb, wenn bis zum Wahltag die McNamaras verurteilt waren. Bei einem regulären Gang der Dinge war das erst nach Monaten möglich; um nun das voraussichtlich sehr starke Votum Harrimans zu schädigen (denn weil sie an die Unschuld der Angeklagten glaubte, hatte die gesamte organisierte Arbeiterschaft der Stadt sich um den Mitverteidiger der McNamaras geschart), trat der Staatsanwalt im Interesse der Bourgeoisie mit seinem Vorschlag an Darrow heran.

Viele Sozialisten haben es Darrow verübelt, daß er auf den Handel einging und den Angeklagten zuredete den Vorschlag des Staatsanwalts anzunehmen; daß er dies tat, ohne sich auch nur mit dem Assistenten Harriman, dem sozialistischen Bürgermeisterkandidaten, ins Einvernehmen zu setzen. Er hätte durch sein eigenmächtiges Handeln nicht die Arbeiterpartei von Los Angeles um den voraussichtlichen Kommunalsieg bringen dürfen. Durch einen Sieg wäre die Partei in Kalifornien stark genug geworden, um dem James B. McNamara, falls er zum Tode verurteilt worden wäre, die Umwandlung des Urteils im Gnadenweg zu verschaffen. Darrow hätte unter allen Umständen jenes Anerbieten zurückweisen müssen, weil ihr Preis die Opferung des sozialistischen Wahlkandidaten in sich schloß. Er aber erwidert:

»Seit vielen Wochen sah ich keinen Ausweg für meinen Klienten und wußte mir keinen Rat. Meine Verlegenheit und mein Kummer waren grenzenlos, und ich mußte mich damit allein schleppen. Niemand durfte ich verraten, daß ich alles für verloren hielt. Da kam plötzlich das Anerbieten des Staatsanwalts als Rettung für meinen Klienten James B. McNamara; ihn hatte ich in erster Linie zu berücksichtigen und nicht die Arbeiterpartei. Ich durfte ihn nicht dem sichern Todesurteil aussetzen, wenn sich Gelegenheit bot ihm das Leben zu schenken; und da die Bedingung des Staatsanwalts auf sofortige Unterwerfung lautete, mußten alle anderen Rücksichten außer acht gelassen werden.«

Hierzu kommt aber auch, daß um jene Zeit die Position der Verteidigung bereits dadurch außerordentlich geschwächt worden war, daß einer von Darrow's Detektiven, Franklin, der an einen zum Geschworenen Ausgesehenen mit einem Bestechungsversuch herangetreten war, eine Woche zuvor verhaftet und unter Anklage gestellt wurde.



ON den McNamaras hat man seit ihrer Abführung ins Zuchthaus nichts mehr gehört. Wortlos, lautlos sind sie von der Bühne abgetreten, ohne ein Zeichen ihrer wahren Empfindungen zu hinterlassen und ohne eine Entschuldigung an die Millionen von Arbeitern, die von ihnen über ein Jahr lang getäuscht, ja in aller Form durch Vorspiegelung falscher Tatsachen *systematisch betrogen* worden waren. Die McNamaras sind offenbar Leute, die sich von Stimmungen leiten lassen, über die sie mit sich selbst nie ins reine kommen. Gewalthandlungen solcher Arbeiter mit *revolutionärem Instinkt* in Verbindung bringen, wie es einige *Radikale* nun tun, so der Genosse Haywood (der mit einem Fuß bereits außerhalb der Partei steht), involviert eine seltsame Überschätzung der Verurteilten. Anarchisierende Sozialisten, die heute noch mit Wärme für die *direkte Aktion* der McNamaras eintreten, übersehen merkwürdigerweise, daß das Brüderpaar einmal mit dem hartnäckigen Leugnen der Tat (bis zur zufälligen Chance billigen Loskaufs, als jeder andere Rettungsausgang abgeschnitten war) schmachlichen Verrat an dem, was ihnen angeblich *heilig* schien, begangen hat, sie übersehen ferner, daß das Bekenntnis James B. McNamaras, das *eo ipso* auch für den Bruder galt, Zweifel an der Güte des Vollbrachten bekundete. Ob sich die McNamaras nun für verkannte Weise halten oder das Unrecht ihrer Tat eingesehen haben? Niemand weiß es. Da es einem Zuchthäusler in Amerika gestattet ist alle Monate einen Brief zu schreiben, hätten sie bis heute mehr als einmal Gelegenheit zu offener Aussprache gehabt, die sie der Arbeiterschaft Amerikas zweifellos schuldig sind, nachdem sie sie in so beispielloser Weise kompromittiert und dabei von ihr das großmütige Opfer von nahezu 1 Million Mark angenommen haben. Es fehlt ihnen in erster Linie an *Wahrhaftigkeit*. Unter keinen Umständen durften sie 2 bis 3 Millionen organisierter Arbeiter in so frivoler Weise zum Besten halten, viele Monate hindurch ihre Unschuld behaupten und zum Teil sogar den Ursprung der Tat auf die Gegner abzuwälzen suchen. Weltverbesserer, die als Strafrichter auf eigene Faust Vorsehung spielen, zur Mission eines Rächers der unschuldig leidenden Menschheit sich berufen wännen, müssen unbedingt die Verantwortung für ihr Tun vor der Welt übernehmen: wenn anders ein Kriterium zur Unterscheidung ihrer Handlungsweise von der einer individuellen, verbrecherischen Rache tat vorhanden sein soll, das zum Verständnis ihrer Psyche verhilft und ihnen ein gewisses Mitgefühl bei denen, die der Sache auf den Grund gehen, sichern kann. Die McNamaras wären, wenn sie nach ihrer Verhaftung diesen Standpunkt eingenommen hätten, nicht hilflos geblieben. Die sozialistische Partei hätte, obgleich sie die Methoden dieser *Armen im Geist* verurteilt, sich der Gefangenen angenommen und die moralische Schuld ihrer Verirrung auf zwei Seiten verteilt: den Kapitalismus, der mit seiner Unterdrückung die Arbeiter zur Verzweiflung treibt, und die Taktik der Nurgewerkschafter, die die Arbeiter ausschließlich auf Streik und Boykott eindrillt. So hätte die sozialistische Partei sich der McNamaras angenommen, wenn sie sogleich die Wahrheit bekannt hätten. Und der Verteidigung wäre es sicherlich auch gelungen für die McNamaras auf die Bewilligung mildernder Umstände zu plädieren. Dann wäre der Welt das häßliche Nachspiel, das jetzt dem Prozeß folgt, erspart geblieben. Darrows Detektiv Franklin nämlich, der, wie oben erwähnt, einer Bestechung überführt wurde, versucht jetzt, zu seiner vermeintlichen Entlastung, Darrow als seinen Auftraggeber in die Anklage zu verwickeln. Ob-

wohl Darrow mutmaßlich unschuldig ist, zeigt dieser Vorfall doch, welchen Eventualitäten ein Arbeiterkomitee sich aussetzt, wenn es seinem Verteidiger nach alter amerikanischer Methode gestattet in dieser Art mit Detektiven für die Interessen des Angeklagten zu arbeiten.

HAYWOOD und seine (übrigens keineswegs zahlreichen) Anhänger hausieren zugunsten der McNamaras mit der Variation eines sehr alten Schlagers. Haywood sagt:

»Mein Herz ist bei den Mc.Namaras, solange sie für die Arbeiterklasse kämpfen. In Los Angeles gab es 21 Tote. Lasset die Kapitalistenklasse ihre Toten begraben! Wir haben Dringenderes zu tun; denn soeben sind in der Tennesseeer *Bryceville Mine* 207 Bergleute erschlagen worden.«
Der Fehler dieser Logik ist unschwer aufzudecken. Weil der Kapitalismus arbeitermörderisch ist, darum verlangen wir eben seine Beseitigung. Lassen wir uns aber von den mörderischen Instinkten des Kapitalismus anstecken, und morden wir, die wir bisher etwas weit Besseres zu repräsentieren beanspruchten, ebenfalls rücksichtslos Menschen hin, dann ist *eo ipso* unsere soziale Mission aufgegeben.⁹⁾

Ebenso lächerlich wie Haywoods Tiraden sind die des Sensationsreverends John H. Holmes von der New Yorker Messiaskirche:

»Wenn ich die Wahl hätte, so würde ich eher ein Verbrecher mit blutbefleckten Händen sein, wie einer von den Leitern des Stahltrusts. Mit allem Respekt vor dem Expräsidenten der Vereinigten Staaten möchte ich doch sagen: es ist nicht wahr, daß Mord immer Mord ist. Die Gebrüder McNamara sind nicht Verbrecher im gewöhnlichen Sinn des Wortes. Sie sind vielmehr selbstlose Soldaten, Kämpfer für eine Sache. Was für Umstände sind es, die diese Männer dahin brachten zu denken, daß sie berechtigt waren dieses Verbrechen zu begehen? Die ganze Macht des Stahltrusts, die hinter der *Erectors' Association* stand, wurde gegen die *Structural Ironworkers' Union* aufgeboten, gegen die einzige Gewerkschaft, die noch nicht zermalmt war. Da die menschliche Natur so bleibt, wie sie ist, war Dynamit unvermeidlich. Was bleibt dem Arbeiter anderes übrig als Gewalt, wenn ihm jede Gelegenheit des Protestes genommen wird? Für die Arbeiter sind keine Gesetze vorhanden und die Gesetze, die vorhanden sein mögen, werden von den Gerichten nicht durch-

⁹⁾ Genosse Eckstein kommt in einem Artikel *Demokratische und syndikalistische Illusionen* (in der *Neuen Zeit*, 1911-1912, 1. Band, pag. 673) auch auf die Äußerungen Haywoods zu sprechen, die er, in Unkenntnis der wahren Tatsachen, zu einer Stellungnahme Dietzgens in Parallele setzt. Er schreibt dort: »Der Sozialdemokratie als der Partei des revolutionären Klassenkampfes scheint die syndikalistische Auffassung jedenfalls näher zu liegen als die opportunistische, und so ist es verständlich, daß so viele unserer amerikanischen Genossen für die stark syndikalistisch gefärbten Äußerungen Haywoods [über die McNamaraaffäre] Partei ergriffen, wobei allerdings für sie wie gewiß vor allem für Genossen Haywood das so begriffliche Gefühl stark mitbestimmend war, dem Josef Dietzgen in ähnlicher Situation Ausdruck gab, als er sich zur Zeit, als die Wogen des Kampfes in Chicago am höchsten gingen, im April 1886, der verfolgten Anarchisten werktätig annahm und an seinen Freund Sorge schrieb: »Wenn die einen [die Anarchisten] tolle Wüteriche unter sich haben, sind die anderen [die Sozialisten] dafür mit Angstmeiern gesegnet. Deshalb sind mir die einen so lieb wie die anderen.« Dieser Vergleich trifft ganz und gar nicht zu. Josef Dietzgen hat sich in erster Linie des seiner Redakteure Spieß und Schwab (durch die Verhaftung wegen des Haymarketbombenattentats vom 4. Mai 1886 herausbten Arbeiterblatts angenommen); er sprang in die Bresche, damit das Arbeiterorgan nicht zu erscheinen aufhöre; denn bei dem Schrecken, den Behörden und kapitalistische Presse nach dem Attentat verbreiteten, würde sich so bald niemand gefunden haben das Odium eines Nachfolgers der vermeintlichen Attentäter auf sich zu nehmen. Josef Dietzgen tat es im Bewußtsein seiner philosophischen Stärke. Er nahm sich selbstverständlich auch der verfolgten Anarchisten an, ohne aber ihre Taktik zu adoptieren oder zu empfehlen, während Haywood und seine Anhänger ganz direkt nicht bloß den anarchischen sondern den anarchischen, das heißt den individuellen Terrorismus mittels Dynamits, wie ihn die McNamaras ausübte, verteidigten. Die *Chicagoer Arbeiterzeitung* war zwar bis zum 4. Mai 1886 ein ultraradikales Blatt, das alle parlamentarische Tätigkeit der Partei hesspötelte, viel von *Gewalt, Revolution und Volksbewaffnung* redete; aber es war doch in erster Linie ein Arbeiterorgan, das neben vielem Unvernünftigen auch viel Gescheites enthielt, besonders auf neutralsozialistischem Gebiet. Dieses als Organ der Gesamtarbeiterchaft fungierende Blatt, das einen wichtigen Faktor der öffentlichen Meinung bildete, wollte Josef Dietzgen nicht untergehen lassen, und er reitete es mit mutigem Entschluß.

geführt. Die Presse versteht sie nicht, und die Kirche nimmt sie nur zögernd auf. Vom Standpunkt der absoluten Ethik können Gewalttaten nicht als berechtigt betrachtet werden, denn Amerika ist trotz des Stahltrusts noch nicht Rußland; aber weder das eine noch das andere kann verurteilt werden, bis diejenigen, die richten wollen, jedwede Provokation aus dem Wege räumen und dem Arbeiter eine Gelegenheit zum Protest geben.»

Weshalb sind für die Arbeiter »keine Gesetze vorhanden«? Weil die Gewerkschaften auf den Rat ihrer Führer bisher die Gesetzgebung den kapitalistischen Parteien überließen und ausschließlich kapitalistische Behörden erwählten. Nicht bloß 110 Abgeordnete wie in Deutschland, sondern eine Mehrheit des Bundeskongresses würde eine amerikanische politische Arbeiterpartei im Verein mit den Farmerbünden wählen können, wenn die Gewerkschaften sich erst zur selbständigen Politik bekehren wollten. Der Bundeskongreß der Vereinigten Staaten ist etwas wesentlich anderes als der deutsche Reichstag: Er kann nicht aufgelöst werden und bildet den maßgebenden Teil der Regierung; er darf Enqueten mit Zeugniszwang veranstalten, alle höheren Beamten des Landes bis hinauf zum Präsidenten vor seinen Richterstuhl fordern; und obwohl der Senat (das Oberhaus des Kongresses) heute eine Millionärsversammlung darstellt, ließe sich auch dieses Übel in Kürze beseitigen, da die Senatoren nur auf 6 Jahre gewählt sind, wenn die Gewerkschaften durch ihr Votum in die Legislativen der Einzelstaaten eindringen, die den Senat wählen.

Vorzüglich, speziell im Gegensatz zu den zitierten zwei Rednern, ist eine Erläuterung Robert Hunters zum Fall der Brüder McNamara:

»Sonderbare Fügung des Schicksals: die McNamaras sind nicht Sozialisten sondern Demokraten, Katholiken und *pure and simple Tradeunionisten*. Wir haben diese Männer nichts gelehrt. Was sie über die Bedürfnisse und Rechte der Arbeiterschaft wußten, lernten sie nicht von uns. Ihre Kampfesart entstand nicht durch die Lehren eines Engels oder eines Marx. Sie entstand ganz anderswo. Wer lehrte sie ihre Methode die Lage der Arbeiter zu verbessern versuchen? Sollen wir die katholische Kirche, die demokratische Partei und den Gompers-Mitchell-Unionismus für ihre Taten verantwortlich halten? Ich antworte: Ja und nein. Ja, weil die demokratische Partei sie die Nichtigkeit der politischen Aktionen gelehrt hat. Die Männer, welche sie erwählten, um ihre Interessen zu vertreten, hatten die Gesetze zugunsten ihrer Herren und zu ungunsten der Arbeiterklasse gemacht. Ja, weil die Kirche sie gelehrt hat, daß Sozialismus ein Ungeheuer ist... Ja, weil der Gompers-Mitchell-Unionismus sie gelehrt hat für ihre Unterdrücker zu stimmen und der Arbeiterklassenpolitik fern zu bleiben. Ein jeglicher ihrer Berater bekämpfte bitter und unaufhörlich die einzige Lehre, die imstande gewesen wäre sie und ihre Klasse vom Elend und schließlicher Sklaverei zu befreien. Nein, weil diese Drei sie auch nicht so kämpfen lehrten wie sie es getan. Niemand drängte sie dazu, außer ihre Verzweiflung und ihre erlittenen Niederlagen. Ihre Kirche, ihre Partei und ihre Union lehrte sie, daß alles Übel der Gesellschaft von *individuellem* Verruchtheit, von *individueller* Unterdrückung herkomme, so daß diese selbstverständlich das Individuelle schließlich bekämpften. Der individuelle Arbeitgeber wollte die Union zerstören und den Arbeiter entrechten, so entstand ihre Kampfweise den individuellen Gegner zu vernichten. Sie konnten keine *Klassenaktion* in Politik und Industrie ersehen. Sie gaben sich nur mit dem *Individuum* ab: Vernichte den Arbeitgeber! So gerieten sie auf das Feld der direkten Aktion, der Sabotage und des Terrorismus.«



UNTER den amerikanischen Gewerkschaftsführern ist mindestens einer, der aus dem Erstaunen über die McNamaras und die anderen Attentäter in seinen Reihen nicht herauskommt: Samuel Gompers, der Präsident der *American Federation of Labor*. In seiner Jugend war Gompers Sozialist, und nur der Ärger, den ihm die Sozialisten vor 32 Jahren bereiteten, als sie (mit wirklich ungeschickter Hand) in seine

Tabakarbeiterorganisation hineingriffen und Wirren hervorriefen, hat ihn zum Feind der Partei gemacht. Als ehemaliger Sozialist hängt er auch heute noch an seinen Idealen, was aus der rastlosen, mühseligen, verdienstvollen Organisationsarbeit seines ganzen Lebens leicht zu erkennen ist. Gleichwohl verschließt er sich der Einsicht, daß für die Mitglieder der Gewerkschaften der Weg zur Betätigung im Interesse politischer Reform geebnet werden muß, wenn die Gewerkschafter vor dem Versinken ins Grobmaterielle und Brutale sowohl wie vor der Verzweiflung am Arbeiterschicksal bewahrt werden sollen, da doch Streik und Boykott, die einzigen Waffen der *pure and simple* Gewerkschaften, dem Trustmonopol gegenüber immer mehr versagen. Das habe ich für die europäischen Genossen in verschiedenen Aufsätzen bereits des nähern entwickelt. Vor etwas mehr als Jahresfrist schrieb ich zum Beispiel in der Monatsschrift der deutschen Metallarbeiter:

»Ich erinnere mich (aus meiner 26jährigen amerikanischen Redaktionstätigkeit) keines einzigen größern Straßenbahn- und Eisenbahnausstands, der ohne gelegentliche Dynamitanwendung verlief. Sozialisten haben sehr selten unter den führenden Geistern dieser Ausstände sich befunden, und wenn sie einen gewissen Einfluß auf die Streikenden auszuüben in der Lage waren, warnten sie eindringlichst vor planlosen Gewalttaten, empfahlen ihnen dagegen: Strike at the polls, streikt an der Wahlurne gegen den Kapitalismus und dessen Kandidaten! Die Sozialisten als direkte oder indirekte Verbündete der großen Streiks haben sie niemals in aufrührerische Pfade geleitet und doch von allen Riots und blutigen Konflikten der Arbeiter mit Streikbrechern, mit Polizei und Staatsmiliz, von allen Waggonentgleisungen, zerschnittenen Telegraphenleitungen usw. das Odium davongetragen, während die Streikorganisation selbst, nachdem sie (gleichviel, ob als Sieger oder Besiegte) zur Arbeit zurückgekehrt war, am nächsten Wahltag uns die kalte Schulter zeigte, um wieder, wie je zuvor, Kandidaten der alten Parteien zum Sieg zu verhelfen.«¹⁾

Dynamittaten von gewerkschaftlich Organisierten sind also in Amerika niemals etwas *Unerhörtes* gewesen, sie erregten nur früher keine anhaltende Sensation, weil sie gewöhnlich im lautesten Tumult der Streik- oder Boykottwirren erfolgten und mit ihnen im raschlebigen Amerika rasch vergessen wurden. Obwohl einer oder der andere Täter abgefaßt und bestraft wurde, bestanden die Behörden und die Unternehmer auch niemals auf strenge Untersuchung dieser Affären, weil sie ein sehr schlechtes Gewissen hatten; denn tatsächlich waren die Täter nicht selten *Pinkertons*, das heißt also *agents provocateurs*. Erst die Taktik der McNamaras brachte das Untersuchungsrad ins Rollen.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Sozialpolitik / Johannes Helden

Wohlfahrts- Von den *Schriften der Zentral-*
pflege *stelle für Volkswohlfahrt*
/Berlin, Heymann/ bringt

das 5. Heft der neuen Folge Vorbericht und Verhandlungen der 4. Konferenz der Zentralstelle vom 6. Juni 1910 in Braunschweig über *Aufgabe und Organisation der Fabrikwohlfahrtspflege in der Gegenwart*. In dem Vorbericht gibt Dr. Alten-

rath eine Darstellung der Entwicklung des Gebiets und der durch die veränderten Verhältnisse bedingten Einengung des Arbeitsfeldes. Kommunale und staatliche Einrichtungen sowie Vereins- und genossenschaftliche Arbeiten übernehmen danach Aufgaben der Fabrikwohlfahrtspflege. Für sie ist nach Altenrath am meisten Raum in den Betrieben, die in kleinen Gemeinden liegen oder die gewissermaßen für sich selbst eine Gemeinde bilden. »Je größer der Ort . . .

¹⁾ Siehe meinen Artikel *Die Schwierigkeiten sozialistischer Propaganda in den Vereinigten Staaten* im *Zeitgeist*, 1910, pag. 485 ff.

um so begrenzter auch das Gebiet der Fabrikwohlfahrtspflege. . . « Die Größe des Gemeinwesens und ihre Wohlfahrts- und sozialen Einrichtungen sollen aber nicht die Fabrikwohlfahrtspflege ausschließen sondern ihr andere Aufgaben zuweisen. Altenrath erkennt sehr wohl, daß die Wohlfahrtseinrichtungen durchaus nicht nur den Arbeitern nützen sondern auch den Arbeitgebern; dadurch allein verlieren nach seiner Beurteilung Pensionskassen, Fabrikwohnungen und andere Einrichtungen aber durchaus noch nicht den Charakter als Wohlfahrtseinrichtungen. Daß besonders der bei den Pensionskassen eintretende Verlust der Beiträge oder der Arbeitskraft auf Leistungen die Arbeiter in ihrer Bewegungsfreiheit erheblich beschränkt, sie hindert die Arbeitsbedingungen, sei es durch Weggang oder durch Streik, zu verbessern, gibt der Verfasser zu; ihm erscheint aber die Bekämpfung der Streiklust als eine gute Sache, wenn nur das Streikrecht gewahrt wird. Diese Unterscheidung hat ihre Ursache in der Annahme, daß frivole Streiks gemacht werden, welche Annahme in den Tatsachen der Arbeiterbewegung keine Stützpunkte hat sondern nur in der Beurteilung durch die Arbeitgeber. Wie unzutreffend Altenrath die Wirkung von Wohlfahrtseinrichtungen auf die Arbeiter beurteilt, beweist er mit Anführung der Tatsache, daß alle Arbeiter eines Betriebs in Bonn freiwillig einer von dem Arbeitgeber gegründeten Zuschußkasse beigetreten sind, obgleich die Aufnahme das Verlassen der Gewerkschaft voraussetzte. Weil der Eintritt in die Zuschußkasse freiwillig war, liegt keine Beeinträchtigung des Koalitionsrechts vor. Daß die Arbeiter Maßregelung befürchten, wenn sie nicht beitreten, bedenkt Altenrath nicht. Er kommt zu dem Schluß, daß die von gewerkschaftlicher Seite und von der Brentanoschen Schule gegen die Wohlfahrtseinrichtungen erhobenen Einwände nicht stichhaltig oder übertrieben sind. Der sozialen Bewertung schließt sich eingehende Darlegung der Rechts- und Verwaltungsorganisation der Fabrikwohlfahrtspflege an. In den Referaten von Dr. Erdberg, Dr. Dilloo und Giesberts sowie in der Diskussion sind Notwendigkeit und Ziele der Fabrikwohlfahrtspflege und ihre Organisation weiter erörtert worden. An neuen Anregungen hat die Besprechung wenig gebracht, wie auch Giesberts betonte. Bei der Besprechung der Frage des Beitrittszwangs zu den Pensionskassen und der Erstattung von Beiträgen beim Ausscheiden aus der

Kasse vor Eintritt des Versicherungsfalls erklärten sich die meisten Redner für die Aufrechterhaltung des Beitrittszwangs und gegen die Erstattung von Beiträgen. Nur für Reformen des jetzigen Zustands, nicht aber für seine Beseitigung wurde plädiert. Durch die Zulassung der Pensionskassen als Zuschuß- und Ersatzkassen für die Angestelltenversicherung und durch das weiter unten erwähnte Urteil des Reichsgerichts ist ja die Frage der Pensionskassen in ein anderes Stadium getreten. Fast gar nicht oder doch nicht mit genügendem Nachdruck ist darauf hingewiesen worden, daß die Wohlfahrtseinrichtungen der Sozialpolitik der Gesamtheit Abbruch tun, nur Dr. Cahn hat ihre sekundäre Bedeutung betont. Sie befriedigen (den seltenen Fall vorausgesetzt, daß sie ohne egoistisches Interesse des Arbeitgebers begründet sind) einen Teil des Bedürfnisses nach sozialen Maßnahmen für einen Teil der Arbeiter und nehmen dem Bestreben Einrichtungen für die Gesamtheit zu schaffen die Stoßkraft. Diese Betrachtung spricht auch den wenigen Einrichtungen zur Wohlfahrt der Arbeiter, die nicht dem Interesse des Arbeitgebers die Abhängigkeit des Arbeiters zu steigern dienen, das Urteil. Als Anhang sind dem Vorbericht Auszüge aus den Akten des Prozesses gegen die Pensionskasse von Krupp wegen Rückzahlung von Beiträgen, ein Urteil des Landgerichts Trier, die vom preußischen Ministerium des Innern herausgegebene Mustersatzung für Pensions-, Witwen- und Waisenkassen sowie Mietsverträge über Fabrikwohnungen beigefügt.

× England: Ar- Der englischen Regierung ist beiterver- es gelungen für einen Teil sicherung ihrer großen Versicherungs- vorlage die Zustimmung des Parlaments zu erhalten. Obgleich die Gegnerschaft gegen das Gesetz immer entschiedener auftrat, haben im Parlament nur 21 Abgeordnete die Vorlage abgelehnt, während 324 für sie stimmten. Erledigt ist aber nur der 1. Teil des Regierungsentwurfs, der 2., der die Arbeitslosenversicherung für einige Berufe begründen wollte, ist vorläufig zurückgestellt worden. Das Gesetz sieht in manchen Punkten anders aus als die Vorlage. Das gilt insbesondere für die freiwillige Beteiligung an der Versicherung, die die Vorlage jedem Engländer gestatten wollte, die aber vom Gesetz an ein Einkommen bis zu 3200 Mark gebunden ist. Der Versicherungspflicht sind alle Arbeiter und Arbeiterinnen im engeren Sinn ohne Rück-

sicht auf die Höhe ihres Verdienstes unterworfen; Angestellte nur dann, wenn ihr Gehalt 3200 Mark nicht übersteigt. Ausgeschlossen von der Versicherung sind Beamte, Lehrer und Eisenbahnangestellte, Heimarbeiterinnen, wenn sie mit einem Versicherungspflichtigen verheiratet sind, und gewisse Gelegenheitsarbeiterinnen. Wer unabhängig von seinem Arbeitsverdienst ein Mindesteinkommen von 520 Mark besitzt oder Anspruch auf Unterhalt gegen andere hat, kann von der Versicherungspflicht befreit werden. Die Pflicht zur Versicherung beginnt mit dem 16. und endet mit dem 70. Lebensjahr. Die Beitragsleistung wurde im Sinn der Vorlage angenommen (siehe diese Rundschau, 1911, 2. Band, pag. 788). Danach findet keine Abstufung des Beitrags nach dem Verdienst statt; er beträgt vielmehr gleichmäßig für Männer 9 und für Frauen 8 Pence wöchentlich und wird auf die Versicherten, die Arbeitgeber und den Staat verteilt. Bei Lohnsätzen von weniger als 2½ Shilling ermäßigt sich der Beitragsanteil des Versicherten, und der des Arbeitgebers steigt entsprechend. Ist der Lohn geringer als 1½ Shilling, so ist der Versicherte beitragsfrei, und es steigt der Beitrag des Staats. Für Ausländer zahlt der Staat keinen Beitrag. Auch die Leistungen der Versicherung sind vom Verdienst nicht abhängig. Sie bestehen in Gewährung ärztlicher Hilfe, Arznei usw., Krankengeld, Invaliden- und Altersrente. Die Karenzzeit für den Bezug von Krankengeld, Arznei und ärztlicher Hilfe beträgt 26 Wochen, für Invalidenrente 2 Jahre. Ärztliche Hilfe und Arznei erhält jeder Versicherte; das Krankengeld, das vom 4. Tag ab gezahlt wird, beträgt für Männer 10 und für Frauen 7½ Shilling pro Woche. Es wird auf die Dauer von 26 Wochen gewährt. Nach seinem Wegfall infolge Ablaufs der Unterstützungszeit wird, wenn die 2jährige Karenzzeit erfüllt ist, Invalidenrente gewährt. Sie beträgt für Männer und Frauen 5 Shilling wöchentlich. Die gleiche Höhe hat die Altersrente, für deren Bezug die Vollendung des 70. Jahres Bedingung ist. Ferner ist vorgesehen, daß Versicherten, deren Einkommen gewisse, nach örtlichen Verhältnissen zu bestimmende Grenzen überschreitet, statt der ärztlichen Hilfe ein Gekltbetrag gezahlt wird. Um die Tuberkulose wirksam zu bekämpfen, haben alle Versicherten für sich und ihre Familienangehörigen im Falle tuberkulöser Erkrankung Anspruch

auf Behandlung in einem Sanatorium. Die Vorschrift, daß allen versicherten Frauen und allen Frauen versicherter Männer Mutterschaftsgeld in Höhe von 30 Shilling zu zahlen ist, bedeutet den Anfang einer allgemeinen Mutterschaftsversicherung.

Als Träger der Versicherung werden neben den im Entwurf vorgesehenen freien Hilfskassen auch andere Vereinigungen (Gewerkschaften und Genossenschaften) zugelassen. Ihre Verwaltung muß der Kontrolle der Mitglieder unterstehen. Eine Mindestmitgliederzahl der Vereine verlangt das Gesetz, im Gegensatz zum Entwurf, nicht. Vereine mit weniger als 5000 Mitgliedern müssen sich mit anderen zur gemeinsamen Tragung des Versicherungsrisikos verbinden. Für Versicherte, die keinem Verein angehören, ist die Postkasse Versicherungsträger. Die Zusammensetzung der Verwaltungsausschüsse und ihre Befugnisse haben keine wesentliche Veränderung erfahren. Mit der deutschen Arbeiterversicherung verglichen, zeigt die englische manche Vorteile. Als solcher ist in erster Linie die wirksame Bekämpfung der Tuberkulose durch Behandlung aller Erkrankten, also auch der Familienmitglieder der Versicherten, in Heilstätten zu nennen. In Deutschland haben nicht einmal die Versicherten, geschweige denn ihre Angehörigen, einen Rechtsanspruch auf Behandlung in der Heilstätte. Die Gewährung des Mutterschaftsgeldes auch an die Frauen der Versicherten geht weit über das hinaus, was in Deutschland besteht. Überhaupt beherrscht der Fürsorgegedanke die englische Arbeiterversicherung weit stärker als die deutsche, was besonders durch den Staatsbeitrag für jeden Versicherten zum Ausdruck kommt; in Deutschland wird aus Staatsmitteln nur ein Zuschuß zu den Renten der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung gewährt. Für die deutsche Sozialpolitik ist die englische Versicherungsgesetzgebung auch deshalb bedeutungsvoll, weil nunmehr die englische Industrie auch ihre sozialen Lasten zu tragen hat. Der Hinweis auf die einzig dastehende Belastung der deutschen Industrie durch Aufwendungen für soziale Fürsorge hat jetzt auch nicht einen Schein von Berechtigung mehr.

X
Schweiz - Der 4. Februar hat die Bestätigung des Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes durch allgemeine Volksabstimmung gebracht. Damit ist ein Werk vollendet worden, dessen Beginn mehr als 20 Jahre

zurückliegt. 1890 erteilte das Schweizer Volk dem Bund die Vollmacht Kranken- und Unfallversicherung gesetzlich zu regeln, 10 Jahre später lehnte das Volk aber das Gesetz ab. Jetzt ist ein Umschwung eingetreten. Mit 286 630 gegen 237 939 Stimmen ist die Entscheidung zugunsten der Versicherung gefallen. Von den deutschen Kantonen haben sich alle, mit Ausnahme von Appenzell und Thurgau, für das Gesetz ausgesprochen, während in den französischen Kantonen seine Gegner die Mehrheit hatten.

Die Krankenversicherung bleibt freiwillig; eine Versicherungspflicht, wie sie das deutsche Gesetz kennt, ist nicht vorgesehen worden. Unter bestimmten Voraussetzungen werden den Krankenkassen staatliche Zuschüsse gewährt. Dabei ist die Gesetzesvorschrift von großer Bedeutung, daß nur solche Kassen, die auch weibliche Mitglieder aufnehmen, staatliche Unterstützung erhalten sollen. Bisher wurden nämlich Frauen von vielen Kassen nicht aufgenommen; nun werden diese Kassen sich entscheiden müssen, ob sie auf den Staatsbeitrag verzichten oder Frauen zulassen wollen. Weitere Voraussetzungen für den Bundesbeitrag sind: Einräumung von Freizügigkeit für die Kassenmitglieder und die Gewährung von bestimmten Mindestleistungen an die Erkrankten. Die Bundeszuschüsse an diejenigen Krankenkassen, die diesen Bestimmungen nachkommen, betragen jährlich: $3\frac{1}{2}$ Francs für versicherte Kinder unter 14 Jahren, denen unentgeltliche ärztliche Hilfe, Medikamente, aber kein Krankengeld gewährt wird; ebenfalls $3\frac{1}{2}$ Francs für männliche und 4 Francs für weibliche Mitglieder, denen entweder ärztliche Behandlung und Medikamente oder ein tägliches Krankengeld von mindestens 1 Franc gewährt wird, und 5 Francs für Versicherte, die neben unentgeltlicher Behandlung mindestens 1 Franc tägliches Krankengeld beziehen. Die Unfallversicherung ist obligatorisch. Unterstellt sind ihr die in der Schweiz beschäftigten Angestellten und Arbeiter der Eisenbahn- und Schiffahrtsunternehmungen, der Post, aller Betriebe, die dem Fabrikarbeitsgesetz unterstehen, die Arbeiter im Baugewerbe, im Verkehrswesen und in der Flößerei, im Hoch- und Tiefbau, in Bergwerken, Gruben oder Steinbrüchen und in solchen Unternehmungen, in denen Explosivstoffe gewerbmäßig erzeugt oder verwendet werden. Die Versicherung erstreckt sich auch auf die Nichtbetriebsunfälle. Die Leistungen der Unfallversicherung sind verschieden,

je nachdem dauernde oder vorübergehende Arbeitsunfähigkeit vorliegt. Bei letzterer wird Rente in Höhe von 80% des Verdienstes, bei ersterer nur 70% gewährt, die aber, wie bei der deutschen Unfallversicherung, im Fall besonderer Hilflosigkeit bis zu 100% erhöht werden kann. Die Witwe eines Getöteten erhält 30, jedes Kind bis zum 16. Jahr 15% des Verdienstes als Rente, mit der Beschränkung, daß die Bezüge zusammen nicht mehr als 60% ausmachen dürften.

Träger der Versicherung ist die schweizerische Unfallversicherungsanstalt. Ihr können auch Nichtversicherungspflichtige freiwillig beitreten. Die Beiträge werden durch Prämien aufgebracht. Für die Lasten aus Betriebsunfällen haben die Arbeitgeber allein aufzukommen; die Leistungen für sonstige Unfälle Versicherungspflichtiger werden zu $\frac{1}{4}$ von den Versicherten und zu $\frac{1}{4}$ vom Bund gedeckt. In gleichem Verhältnis werden die Aufwendungen für die freiwillig Versicherten auf diese und den Bund verteilt. Die Verwaltung der Unfallversicherungsanstalt führt ein Verwaltungsrat von 40 Mitgliedern (12 Vertretern der Versicherungspflichtigen, 16 der Arbeitgeber, 4 der freiwillig Versicherten und 8 des Bundes) und der Vorstand, der vom Bundesrat bestellt wird.

Die Regelung der Unfallversicherung scheint mir, verglichen mit dem, was anderswo besteht, eine sehr glückliche zu sein. Die Krankenversicherung wird nach den Erfahrungen in Deutschland der Versicherungspflicht nicht entbehren können. Die obligatorische Krankenversicherung zu fördern ist auch die Absicht des Gesetzes. Es ermächtigt die Kantone nicht nur zu ihrer Einführung sondern stellt ihnen für diesen Fall noch besondere Zuwendungen in Aussicht.

×
Kurze Chronik In der Thronrede, mit der die 13. Legislaturperiode des Reichstags eröffnet worden ist, wird Fortführung der Sozialpolitik als Programm der Regierung erklärt. Nach einer Erwähnung der sozialpolitischen Arbeiten des vorigen Reichstags heißt es: »Der selbe soziale Geist, aus dem dies Werk hervorgegangen ist, muß auch fernerhin walten.« × Die österreichische Regierung hat dem Arbeitsrat einen Gesetzentwurf über Regelung der Heimarbeit in der Kleider-, Wäsche- und Schuhfabrikation zur Begutachtung vorgelegt. Der Entwurf enthält Arbeiterschutzbestimmungen und sieht die Einsetzung von Heimarbeits-

ausschüssen vor. X In Frankreich ist bei der Kammer ein Gesetzentwurf über die Lohnregelung der Heimarbeiterinnen in der Konfektion eingebracht worden. Der Lohn der Heimarbeiterinnen darf danach nicht niedriger sein als der ortsübliche Zeitlohn der ungelernen Arbeiterinnen. Er muß bei Übergabe der Arbeit bekanntgemacht werden. X Dem dänischen Parlament liegt ein neues Dienstbotengesetz vor. Bei der Ausarbeitung des Entwurfs hat sich die Regierung an die von sozialdemokratischer Seite gemachten Vorschläge gehalten. Das Verhältnis der Dienstboten zum Dienstgeber soll zu einem freien Arbeitsverhältnis umgestaltet werden. X In den Niederlanden ist ein Steinhauerschutzgesetz geschaffen worden. Kinder unter 14 Jahren dürfen nicht beschäftigt werden. Für Jugendliche bis zu 17 Jahren darf die Arbeitszeit $8\frac{1}{2}$ Stunden, von 1914 ab $7\frac{1}{2}$ Stunden nicht übersteigen. Die Arbeitszeit der älteren Arbeiter ist vorläufig auf 10 Stunden, von 1914 ab auf 9 Stunden beschränkt. Mindestens alle 3 Stunden muß eine Arbeitspause von $\frac{1}{2}$ Stunde gewährt werden. Außer der Regelung der Arbeitszeit enthält das Gesetz Anordnungen zum Schutz der Gesundheit der Arbeiter. X Der Medizinalabteilung des preußischen Ministeriums des Innern soll vom 1. April ab eine Zentralstelle zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs angegliedert werden. X Für das Verfahren vor den Versicherungsbehörden (Reichsversicherungsamt, Oberversicherungsämtern und Versicherungsämtern) sind neue Verordnungen erlassen worden.

Kommunalpolitik / Hugo Lindemann

Armenpflege und Arbeitszwang Die preußische Regierung hat im Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf über die Ausübung der Armenpflege bei arbeitsscheuen und säumigen Nährpflichtigen eingebracht, der nach dem Vorbild anderer deutscher Bundesstaaten den Arbeitszwang für die säumigen Unterhaltspflichtigen von neuem einführen will. Nach den Motiven herrsche über die Notwendigkeit gegen die frivole Nährpflichtverletzung auf Kosten der Allgemeinheit neue Machtmittel zu schaffen alsseitige Übereinstimmung, und auch der *Deutsche Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit* habe sich in seiner Versammlung am 23. September 1909 in München mit großer Mehrheit für den Gedanken ausgesprochen den Verwaltungsbehörden das

Recht zur Auferlegung des Arbeitszwangs in den genannten Fällen einzuräumen. Es werden dann die Zahlen einer für das Jahr 1896-1897 von dem Verein in 113 deutschen Städten veranstalteten Umfrage mitgeteilt. Danach entfielen auf die 7 873 000 Einwohner dieser Städte nicht weniger als 6632 Unterstützungsfälle infolge Versäumung der Nährpflicht. Betroffen wurden 19 765 Frauen und Kinder. In 14 preußischen Großstädten befanden sich im gleichen Zeitraum 1846 pflichtvergessene Männer. Unter den Ursachen wurde Trunksucht allein oder in Verbindung mit Müßiggang, Konkubinat des Mannes, eheliche Untreue und Sittlichkeitsverbrechen, Liederlichkeit und Arbeitsscheu und dergleichen mehr festgestellt. Nach einer Rundfrage des selben Vereins im März 1909 wurden in 20 preußischen Großstädten allein 2865 säumige Nährpflichtige gezählt. In Berlin sollen nach einem Bericht des Stadtrats Münsterberg im Jahr 1906 in der offenen Armenpflege nahezu 3000 cheverlassene Frauen mit einem Kostenaufwand von 6- bis 700 000 Mark unterstützt worden sein. In Charlottenburg betrug die Zahl der unterstützten Frauen im Jahr 1906 236, im Jahr 1907 309. Daß bei einer solchen Ausdehnung der Nährpflichtverletzung, so fahren die Motive fort, eine erhebliche Belastung der Armenverbände eintreten müsse, liegt auf der Hand. Damit seien nun, immer nach den Motiven, auch durchaus verderbliche Folgen für die allgemeine Sittlichkeit und für die öffentliche Sicherheit verbunden; doch enthalten die Motive keinen Beweis für diese Behauptung. Im Volk müsse die Auffassung von der sittlichen Notwendigkeit und Aufrechterhaltung der Ehe und dem Ernst der durch sie begründeten Familienpflicht gestärkt werden, und deshalb müsse der Staat den geschilderten Mißständen mit aller Entschiedenheit entgegenreten. Die bestehenden Gesetze reichten nicht aus. Weder das preußische Ausführungsgesetz zum Unterstützungswohnsitz, das gestatte eine Unterstützung mittels Anweisung der den Kräften des Hilfsbedürftigen entsprechenden Arbeiten außerhalb oder innerhalb eines Armenhauses zu gewähren, noch die Vorschriften des § 361 des Reichsstrafgesetzbuchs böten die ausreichenden Mittel zur Bekämpfung der Vernachlässigung der Nährpflicht. Diese Behauptungen der Motive sind zum großen Teil eben nur Behauptungen, wie überhaupt die Klagen über das Anwachsen der Armenlasten infolge Versäumung der Nährpflicht außerordentlich über-

trieben sind. Jedenfalls ist ihre Berechtigung durch statistische Aufnahmen nicht genügend nachgewiesen. Ganz die gleichen Klagen wurden in Preußen in der Mitte des vorigen Jahrhunderts vorgebracht und führten damals zu dem Gesetz von 1855, das den Arbeitszwang einführt. Sicherlich werden solche Klagen in einer ganzen Reihe von Fällen ohne sachliche Begründung erhoben, und ohne daß man den Versuch machte die Motive des Teils zu würdigen, der sich der Nährpflicht entzieht. Wenn man sich daran erinnert, wie namentlich in den ländlichen Bezirken die Armenpflege gehandhabt wird, und wie die Ortsarmenbehörden nur das eine Ziel kennen die Kosten der Armenpflege möglichst niedrig zu halten, so wird man solchen von ihnen erhobenen Klagen sehr skeptisch gegenüberstehen, und sie nicht auf die oben erwähnten sittlichen Überlegungen sondern einfach auf das nackte finanzielle Interesse zurückführen. Und wenn die Motive die Untauglichkeit der Vorschriften des § 361 des Reichsstrafgesetzbuchs hervorheben, so ist es nicht mehr als recht und billig darauf hinzuweisen, daß zum Beispiel Samter in seinem Mithbericht über die Frage der Zwangsmaßnahmen gegen Arbeitsscheue und gegen säumige Nährpflichtige im 88. Heft der *Schriften des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit* hervorhebt, daß die Erfolge, die bei der Anwendung des § 361 erreicht wurden, mindestens ebenso günstige waren wie die der Anwendung des Arbeitszwangs in den Staaten, die diese Einrichtung bereits besitzen. Samter warnt in seinen Ausführungen dringend davor das Mittel des Arbeitszwangs mit seinen rechtlichen und sittlichen Gefahren und Schäden neu anzuwenden. Er legt dar, die Zahlen der Umfrage für das Jahr 1907 bewiesen, daß es möglich sei schon heute mit den beschränkten gegebenen Mitteln annähernd die gleichen Erfolge zu erzielen wie mit dem Arbeitszwang. Er weist mit Recht auch noch darauf hin, daß man sich davor hüten solle allein aus der Tatsache, daß zahlreiche Familien wegen Nichterfüllung der Nährpflicht des Familienhauptes unterstützt werden müssen, auf die wirkliche Größe des Übels, das man bekämpfen wolle, zu schließen. Man solle bestrebt sein den Umfang, den die schuldhaftige Außerachtlassung der Nährpflicht angenommen habe, zwar nicht zu unterschätzen, aber auch nicht zu überschätzen. Die Motive stellen 2 Grundsätze auf, von denen aus sie die Einführung des Arbeitszwangs zu rechtfertigen suchen,

sowohl nach der rechtlichen wie nach der sittlichen Seite. Wer sich aus eigenen Kräften nicht erhält, besitzt auch keinen Anspruch auf die freie Verfügung über seine Arbeitskraft sondern hat sich mit der letzteren in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen, die ihn unterstützt: so lautet der eine Grundsatz. Haben sich die Motive die ungeheure Tragweite dieses Grundsatzes klar gemacht? Die Allgemeinheit würde in die allergrößte Verlegenheit kommen, wenn sie bei diesem Grundgesetz genommen würde und alle die Personen, die sich aus eigenen Kräften nicht erhalten, sich in ihren Dienst stellen würden. Der andere Grundsatz der Motive geht dahin, daß die dem Familienhaupt gesetzlich obliegende Pflicht zur Unterhaltung seiner Angehörigen nicht nur eine privatrechtliche Grundlage habe sondern als Korrelat der obligatorischen Armenpflege zugleich eine der Allgemeinheit gegenüberstehende öffentlich-rechtliche Verpflichtung darstelle. Mit diesem Satz will man die Tatsache umgehen, daß der Arbeitszwang eine Strafe ist, und als solche nicht über die im Reichsgesetz getroffene Regelung hinaus eingeführt werden kann. Wenn die Motive die vom Richter erkannte Überweisung an die Landespolizeibehörde und die von dieser vollzogene Einweisung des Verurteilten in ein Arbeitshaus nach § 362 des Reichsstrafgesetzbuchs als Sühne für eine in der Vergangenheit liegende Übertretung bezeichnen, dagegen die im Verwaltungsweg angeordnete Unterbringung in einer Arbeitsanstalt als das Mittel charakterisieren, durch das ein dem Armenverband zustehender Anspruch für die von dem Zeitpunkt der Unterbringung an laufende Zeit im Weg des unmittelbaren Zwanges verwirklicht werden soll, so hat schon Samter in seinem genannten Bericht zutreffend nachgewiesen, daß eine solche Unterscheidung unmöglich ist. Tatsächlich ist der Arbeitszwang kein polizeiliches Zwangsmittel sondern eine Strafe, und damit ungesetzlich und unzulässig, weil das Reichsgesetz das Gebiet ihrer Anwendung erschöpfend geregelt hat. Ebensovienig stichhaltig sind die Ausführungen der Motive, in denen sie den Einwand zu widerlegen suchen, daß der Arbeitszwang mit dem Bundesgesetz über die Einführung der Schuldhaft in Widerspruch stehe. Sie behaupten: Das armenpolizeiliche Zwangsverfahren ist nicht auf die Erstattung bereits verausgabter Unterstützungsbeträge gerichtet, für die nach § 68 des Ausführungsgesetzes zum Unterstützungswohnsitzgesetz allein der Zivil-

prozeßweg gegeben sei, sondern es wolle die Erfüllung einer allgemeinen Pflicht sicherstellen und verhindern, daß die Armenverbände durch mißbräuchliche Inanspruchnahme ihrer öffentlichrechtlichen Unterstützungspflicht drückend belastet werden. Sie konstruieren daher einen öffentlichrechtlichen Anspruch des Armenverbands an den einzelnen dahin, daß er seine Arbeitskräfte nutzbar mache und deren Ertrag zum Unterhalt der eigenen Person und der Personen, zu deren Unterhalt er verpflichtet ist, den Umständen gemäß so verwende, daß der Armenverband, soweit angängig, von Ansprüchen verschont bleibe. Die Landesgesetzgebung könne daher diesen öffentlichrechtlichen Anspruch für vollstreckbar erklären und die Mittel der Zwangsvollstreckung bestimmen, insbesondere auch den unmittelbaren Zwang zur Verwirklichung des Anspruchs zulassen. Es handelt sich also nach den Ausführungen der Motive nicht um bereits verausgabte Unterstützungsbeiträge sondern um Beiträge, die vielleicht in Zukunft fällig werden können. Mit der Anordnung des Arbeitszwangs wird also eine schuldhaft ausgesprochen, nicht wegen einer vorhandenen Schuld sondern erst einer möglichen zukünftigen Schuld. Wäre dann die weitere Argumentation der Motive richtig, so hätte die Armenbehörde bei jedem Streik und jeder Aussperrung es in der Hand die arbeitslos gewordenen Arbeiter in das Arbeitshaus einzusperrern. Denn nach den Ausführungen der Motive haben die Armenverbände einen öffentlichrechtlichen Anspruch darauf, daß die Arbeitskräfte so verwendet werden, daß der Armenverband von Ansprüchen verschont bleibt. Alle die schönen ethischen Überlegungen, mit denen die Motive die Einführung des Arbeitszwangs zu rechtfertigen suchen, verschwinden hier, und es bleibt das rein fiskalische Interesse der Armenverbände übrig. Es enthüllt sich aber an diesem Punkt die Gefährlichkeit der vorgeschlagenen Grundsätze in ihrer ganzen Tragweite.

So viel über die Grundlagen des Entwurfs. In § 1a wird nun bestimmt, daß jeder, der selbst oder in der Person seiner Ehefrau oder seiner noch nicht 16 Jahre alten Kinder aus öffentlichen Armenmitteln nicht nur vorübergehend unterstützt wird, auch gegen seinen Willen auf Antrag des unterstützungspflichtigen Armenverbands durch Beschluß des Kreisausschusses für die Dauer der Unterstützungsbedürftigkeit in einer öffentlichen Arbeitsanstalt untergebracht wer-

den kann. Der Untergebrachte ist verpflichtet für Rechnung des Armenverbands die ihm von diesem angewiesenen Arbeiten nach dem Maß seiner Kräfte zu verrichten. Es ist also nicht die Verletzung der Nährpflicht an sich sondern ganz allgemein die nicht nur vorübergehende Unterstützung aus öffentlichen Armenmitteln die Voraussetzung für die Unterbringung in einer öffentlichen Arbeitsanstalt. Dabei muß sich, wie bereits Santer in seinem Bericht zutreffend ausgeführt hat, die entscheidende Behörde ängstlich davor hüten in eine Prüfung der Schuld des Angeschuldigten einzutreten, will sie sich nicht der Gefahr aussetzen durch die Einweisung einer Person in das Arbeitshaus wegen schuldhafter Verletzung ihrer Nährpflicht eine mindestens objektiv strafbare Handlung zu begehen. Denn wird die Schuldfrage geprüft, so wird eine Strafe verhängt, die das Reichsrecht nicht zuläßt. Nach § 1c soll die Entscheidung des Kreisausschusses auf Grund mündlicher Verhandlung ergehen und muß mit Gründen versehen werden. Welche Gründe kann nun der Kreis Ausschuss für seine Entscheidung anführen? Doch nur den einen, daß eine schuldhaft Verletzung der Nährpflicht vorliegt, und daß zur Abschreckung und zur Besserung des Verpflichteten die Strafe der Zwangsarbeit notwendig sei. Dies ist aber reichsrechtlich unzulässig. Nach den Motiven könnte er hineinschreiben: Es habe sich als notwendig erwiesen die Erfüllung der Nährpflicht sicher zu stellen und zu verhindern, daß der Armenverband mit zukünftigen Unterstützungsbeträgen belastet werde. Wie kann aber der Nährpflichtige seine Nährpflicht erfüllen, wenn er in eine öffentliche Arbeitsanstalt gesperrt wird und dort für Rechnung des Armenverbands arbeitet? Wenn es hoch kommt, werden durch seine Arbeit die Kosten seines Aufenthalts in der Arbeitsanstalt gedeckt, nicht aber die Unterstützungsbeträge des Armenverbands für seine Familie. Er wird also so lange festgehalten werden können, bis seine Ehefrau oder seine Kinder nicht mehr unterstützt werden, weil sie entweder gestorben oder 16 Jahre alt geworden sind oder sich aus eigener Arbeit unterhalten. Denn wenn nach § 1c die Entlassung aus der Arbeitsanstalt zu verfügen ist, sobald die gesetzlichen Voraussetzungen der Unterbringung weggefallen sind, so können damit nur die Voraussetzungen des § 1a gemeint sein. Nach den Motiven soll sich nun allerdings der Arbeitszwang gegen die Arbeitsscheuen und die säumigen

Nährpflichtigen richten. Davon ist aber in dem Gesetzentwurf kein Wort gesagt. Es werden vielmehr die Verwaltungsbehörden durch § 1a die weitestgehenden Rechte gegen den gesamten Kreis der Armenunterstützungsempfänger gewährt. Damit wird der absoluten Willkür Tür und Tor geöffnet.

Ebensowenig gewährt das vorgeschlagene Verfahren die notwendigen Rechtsgarantien. Mit der persönlichen Freiheit der Armenunterstützungsempfänger, die natürlich sich aus den nichtbesitzenden Volksklassen rekrutieren, wird in leichtfertiger Weise umgegangen. Auf Antrag des Armenverbands entscheidet der Kreis Ausschuß auf Grund mündlicher Verhandlung. Dem Unterstützten muß Gelegenheit zur Äußerung gegeben werden, ehe die Entscheidung erfolgt. Der Unterstützte kann gegen die Entscheidung des Kreis Ausschusses Beschwerde an den Bezirks Ausschuß richten, aber eine aufschiebende Wirkung hat die Beschwerde nicht. Hier liegt vor allem der große Mangel des vorgeschlagenen Verfahrens. Die Vollstreckung des Beschlusses erfolgt durch den unterstützungspflichtigen Armenverband. Dieser ist also Kläger und Vollstrecker in einer Person. Er ist berechtigt die einer Arbeitsanstalt überwiesenen Personen in Anstalten außerhalb seines Bezirks unterzubringen oder ihnen Arbeiten auch ohne Aufnahme in eine geschlossene Arbeitsanstalt anzuweisen. Nach den Motiven sollen vorzugsweise Arbeiten kultureller Art in Aussicht genommen werden, also nicht ausschließlich geschlossene Arbeitsanstalten in Frage kommen.

Der Armenverband kann den Untergebrachten auf dessen Antrag für eine angemessene Zeit beurlauben. Wird er erneut nicht nur vorübergehend unterstützungsbedürftig, so kann auf Antrag des Armenverbands von dem Vorsitzenden des Kreis Ausschusses die Wiedereinlieferung verfügt werden. Dagegen steht dem Untergebrachten das Recht zu Beschlußfassung durch das Kollegium zu verlangen oder Beschwerde beim Bezirks Ausschuß einzulegen. Wenn die Unterbringung 1 Jahr gedauert hat, muß der Untergebrachte auch ohne Antrag beurlaubt werden.

X
Müllbeselli-
gung

Über die Erfolge mit dem Dreiteilungssystem in Charlottenburg hat der Magistrat in einem Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung Mitteilungen gemacht,

die auch über den Bezirk dieser Stadt hinaus von Interesse sind. Wie bekannt, hat die Gesellschaft, die die Verarbeitung der Speisereste als einen Hauptpunkt in ihrem Programm hatte, nach schweren Verlusten darauf verzichtet eine umfangreiche Schweinemast zu treiben. Die Speisereste werden nunmehr zu einem versandfähigen Kraftfuttermittel verarbeitet, das in seinem Nährwert ungefähr der Futtergerste und einem mittleren Hafer gleichkommt. Dieses Futtermittel hat einen glatten Absatz gefunden, so daß die Produktion bereits auf Monate hinaus verkauft ist. Der erzielte Preis gewährt der Gesellschaft einen nicht unerheblichen Gewinn. Die volkswirtschaftliche Bedeutung des neuen Verfahrens hat die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft veranlaßt eingehende Versuche mit dem Futtermittel anzustellen.

Die Kosten der Müllbeseitigung nach dem Dreiteilungsverfahren sind recht hoch. Unter Anrechnung aller städtischen Verpflichtungen beliefen sie sich im Jahr 1910 auf 1,94 Mark pro Kopf der Bevölkerung. Sie sind also im Vergleich mit anderen Groß Berliner Gemeinden, in denen die Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer die Müllabfuhr besorgt, durchschnittlich um 40 % höher. Allerdings wird in Charlottenburg das Müll wöchentlich 3mal, in den anderen Gemeinden nur 2mal, abgeholt. Das Charlottenburger System der Gebührenerhebung nach dem Maßstab des Gebäudenutzungswerts bringt außerdem den Vorteil, daß die Zahl der Kästen nicht beschränkt ist, daher die Grundstücksbesitzer kein Interesse daran haben möglichst wenig Müllgefäße aufzustellen. Die Müllabfuhr wird infolgedessen sauberer und damit hygienischer.

Ein Uebelstand, der fortbesteht, ist die ungenügende Durchführung der Dreiteilung des Hausmülls, die der Magistratsbericht als eine Folge des geringen Verständnisses und Interesses der Bevölkerung, der ablehnenden Haltung eines großen Teils der Hausbesitzer und, nicht zum wenigsten, der mangelnden Unterstützung durch die Polizei zuschreibt. Es wird daher die Frage aufgeworfen, ob nicht eine Zweiteilung des Hausmülls bessere Resultate ergeben würde. Dabei würden nur die Speisereste getrennt angesammelt, während der übrige Abfall zusammengeworfen wird. Vielleicht würde damit auch eine Verbilligung der Müllabfuhr erzielt werden. Denn die Ausführungen des Magistrats können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die Müllabfuhr in

Charlottenburg außerordentlich teuer ist. Es soll daher auch die Frage der Verbrennung des Hausmülls erneut geprüft werden, wenschon frühere Versuche erfolglos gewesen sind. So viel ergibt sich aus den Ausführungen, daß das Dreiteilungsverfahren keine volle Befriedigung gewährt, und daß daher die beste und namentlich die billigste Art der Müllabfuhr für Charlottenburg noch nicht gefunden ist.

× ×
Kurze Chronik Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat die Kommunalisierung des Rettungswesens beschlossen. × Die Stadt Dortmund hat die Einrichtung eines Grundstücksfonds beschlossen, der durch die Aufnahme einer Anleihe von 20 Millionen Mark dotiert werden soll. × In den Vertrag, den die Stadt Berlin mit der *Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft* wegen des Baus einer Schnellbahn Gesundbrunnen-Rixdorf abgeschlossen hat, wurde von der Stadtverordnetenversammlung ein Zusatz eingefügt, wonach die an dem Bau beschäftigten Arbeiterkategorien nach den in diesen Berufen bestehenden und vom Magistrat als allgemein gültig anerkannten Tarifverträgen zu entlohnen sind. × Die Stadtverordneten der Stadt Aachen haben die Errichtung einer Müllverbrennungsanstalt beschlossen und hierfür den Betrag von 697 000 Mark bewilligt. × Die Danziger Stadtverordnetenversammlung hat sich mit der Errichtung einer Feuerbestattungsanlage einverstanden erklärt. × Ein städtisches Wohnungsamt hat München eingerichtet, dessen Tätigkeit sich auf Wohnungsaufsicht, Wohnungsnachweis, Wohnungsstatistik und Wohnungsfürsorge erstrecken soll. × Die Stadt Erlangen hat einem Milchhändler städtische Räume gegen eine jährliche Anerkennungsgebühr von 1 Mark unter der Bedingung überlassen, daß die Milch nicht mehr als 20 Pfennig für das Liter kosten darf. Die Preise betragen zurzeit 22 bis 24 Pfennig. × Die Breslauer Stadtverordneten haben auf Antrag des Magistrats einen Betrag von 500 Mark bewilligt, aus dem Vorträge über sexuelle Hygiene für die aus der Schulpflicht zu entlassenden Volksschülerinnen eingerichtet werden sollen. × Der Frankfurter Magistrat hat zu den Sitzungen des Kuratoriums der höheren Schulen, der Anstaltsdeputation und der Gesundheitskommission Frauen mit beratender Stimme zugezogen.

Literatur In der Arbeit *Die Stadt Oldenburg in sozialstatistischer Beleuchtung* / Tübingen, Laupp/ versucht Dr. Hugo Ephraim festzustellen, welchen Anteil die einzelnen modernen Gesellschaftsklassen an der Bevölkerung einer kleinen Mittelstadt wie Oldenburg haben, und wie sich die Klassen ihrer materiellen Lage nach zu einander verhalten. Das Material beschaffte sich der Verfasser zu einem Teil aus den Steuerakten, die Aufschluß über Einkommen, Vermögen, Schuldenlast, Lebensalter und Größe der Familien der einzelnen Zensiten gewähren, dann, für die Wohnungsverhältnisse, durch eine besondere, allerdings nur auf die Haupttatsachen beschränkte Wohnungsaufnahme. Der größte Teil auch der rein mechanischen Schreib- und Zählarbeit mußte von dem Verfasser persönlich geleistet werden. Ein anerkennenswertes Stück Arbeit. Nach einem einleitenden Kapitel, in dem Land und Hauptstadt nach ihren wirtschaftlichen Verhältnissen dargestellt werden, behandelt dann der Verfasser in je einem Kapitel die Einkommens-, die Vermögens- und die Wohnungsverhältnisse der Einwohner. Die lesenswerte Studie gibt uns ein mit sorgfältigem Eindringen in das Detail gezeichnetes Bild einer ruhigen, sich langsam entwickelnden Mittelstadt. Wertvoll ist das Ergebnis des Abschnitts über die Wohnungsverhältnisse, daß auch in einer solchen Stadt die gleichen Gesetze gelten wie in den großen Städten. × Die kleine Schrift *Die Arbeitslosenunterstützung der Stadt Schöneberg* von H. L. e i d i g / Berlin, Guttentag/ behandelt zunächst einige allgemeine Fragen und sucht insbesondere die Einwände, die gegen eine städtische Arbeitslosenunterstützung erhoben werden, zu widerlegen. Daran schließt sich die Darstellung der in Schöneberg eingerichteten Arbeitslosenunterstützung mit ihren 3 Teilen: Unterstützung der Berufsvereine, Unterstützung der Sparer und Unterstützung der übrigbleibenden Arbeitslosen durch Speisemarken. In der Verbindung dieser 3 Einrichtungen ist nach dem Verfasser das Charakteristische des in Schöneberg eingeführten Systems zu finden. Es werden dadurch alle in der Gemeinde vorhandenen Beschäftigungslosen, die der Invalidenversicherungspflicht unterliegen, unterstützt, die Stadtgemeinde hat aber nur den kleinern Teil der Kosten zu tragen, da bei der Unterstützung der Berufsvereinigungen und der Sparer diese zwei Drittel, bei der

Lieferung der Speisemarken die wohlhabenden Kreise der Bevölkerung rund die Hälfte der gesamten Unterstützung tragen. Leidig hält das Vorgehen der Gemeinden auch deshalb für notwendig, weil die Übernahme der Arbeitslosenversicherung durch das Reich nur dadurch beschleunigt werden könne, wenn von den Städten die praktische Vorarbeit geliefert sei. Der letzte Teil der Schrift bringt die Schöneberger Ordnungen und eine Schätzung der Kosten zum Abdruck. X *Das Jahrbuch der Wohnungsreform 1908-1910*, herausgegeben vom Deutschen Verein für Wohnungsreform durch den Generalsekretär Dr. K. von Mangoldt /Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht/ umfaßt die 3 Jahre 1908 bis 1910. Den Bericht über Wohnungswesen und Wohnungsreform hat der Landeswohnungsinspektor Gretzschel-Darmstadt verfaßt. Hier wird über alle Seiten des Problems in eingehender Weise Bericht erstattet. Die Wohnungszustände, die Tätigkeit der öffentlichen Körperschaften wie Reich und Gemeinden, die Wohnungsaufsicht, Bauordnungen und Bebauungspläne, gemeinnützige Bautätigkeit, Kapitalbeschaffung, Bodenfrage und Bodenreform usw. werden mit mehr oder weniger großer Vollständigkeit abgehandelt. Über den Wohnungsmarkt in den Jahren 1908 bis 1910 hat Dr. K. Seutemann eine recht interessante Studie geliefert. Er untersucht darin auch die bereits von Schäfer behandelte Frage, ob der Satz von 3 % leerstehender Wohnungen berechtigt sei, und kommt zu dem Ergebnis, daß man mit diesem Satz im allgemeinen das Richtige treffe. Unter dem Titel *Groß Berlin* behandelt von Mangoldt das Groß Berliner Wohnungs- und Ansiedlungsproblem. Schließlich hat noch Freudenberg eine Studie über den Zug vom Land beige-steuert. Der Anhang bringt ein Adreßbuch der Wohnungsreform. X *Unser Wohnungswesen und die Notwendigkeit der Schaffung eines preußischen Wohnungsgesetzes* /Jena, G. Fischer/ ist der erweiterte Abdruck eines Vortrags, den Professor Dr. Rud. Eberstadt auf Veranlassung des Westfälischen Vereins für Kleinwohnungswesen gehalten hat. Er bringt auf engem Raum eine Darstellung seiner bekannten Ansichten. Im 2. Abschnitt ist auf den preußischen Wohnungsgesetzesentwurf wiederholt Bezug genommen, dessen Wiedereinbringung Eberstadt lebhaft fordert.

Staatssozialismus / Wilhelm Schröder

Frankreich Die Verhandlungen des Parteitags der französischen Sozialdemokratie Ende Februar dieses Jahres zeigten von neuem, daß die Stellung zum Staatssozialismus von der Macht abhängig ist, die die Partei jeweilig in einem Lande ausübt. Am 2. Verhandlungstag in Lyon kam die Frage der Bergwerksverstaatlichung zur Sprache. Albert Thomas betrachtete es als ein Verdienst der Sozialisten, daß der französische Staat seit 2½ Jahren keine neuen Bergwerkskonzessionen mehr vergibt; wenn auch das alte Berggesetz noch weiter bestehe, so habe die Regierung doch die Gewinnbeteiligung des Staates bei Ausbeutung der Gruben als Bedingung gestellt. Die Sozialdemokratie müsse jedoch verlangen, daß Arbeitsbedingungen sowie Gewinnbeteiligung des Staates nicht durch Verfügungen sondern durch Gesetz geregelt würden. Weiter aber habe die Partei die Verstaatlichung der Bergwerke zu fordern, wie denn überhaupt die Reformierung des Staates ihre Aufgabe sei. Diesen Forderungen trat Guesde mit Eifer entgegen. Die Umbildung des Staates sei erst dann Aufgabe des Proletariats, wenn es keine Klassen mehr gebe; auch die deutsche Sozialdemokratie habe niemals die Verstaatlichung als Sozialismus angesehen sondern diese Maßnahme immer nur für Staatskapitalismus gehalten. Die Abweichung von den alten Grundsätzen in Deutschland stellte Guesde als revisionistische Seitensprünge hin; die Revisionisten seien aber stets in der Minderheit gewesen; und die Monopole wären der Weg, auf dem die Partei Bankrott machen würde.

Ein Zufall wollte es, daß am selben 24. Februar, an dem die Parteipresse den vorstehend skizzierten Bericht veröffentlichte, im preußischen Abgeordnetenhaus der Gesetzentwurf betreffend die Bewilligung weiterer Mittel zum Ausbau der neuen staatlichen Doppelschachtanlagen in Westfalen sowie von Mitteln zur Beteiligung des Staates an den Aktiengesellschaften *Rhein- und Seeschiffahrtsgesellschaft* in Köln und *Mannheimer Dampfschleppschiffahrtsgesellschaft* in Mannheim zur Beratung stand. Als sozialdemokratischer Redner sprach der Abgeordnete Hoffmann zu dieser Angelegenheit. Er sagte unter anderem: »Meine Freunde stehen nun auf dem Standpunkt, daß die Schätze in der Erde der gesamten Menschheit gehören,

die Schätze in der Erde in Preußen dem gesamten Volk; aus diesem Grunde verlangen wir, daß der Bergbau überhaupt nur vom Staat betrieben werden sollte, und die Schätze der Erde den Konsumenten, dem Volke zugute kommen. . . . Für die Bewilligung der ersten Summe werden auch wir stimmen wie auch für die Bewilligung der Summe, die zum Ankauf der Aktien der Schiffahrtsgesellschaft notwendig ist. . . . Daß auch Schiffahrtsbetriebe wie der gesamte Bergbau in die Hand des Staates übergehen werden, das ist selbstverständlich, das ist nur noch eine Frage der Zeit. . . .« Hoffmann betonte weiter, daß, je mehr der Staat Betriebe übernimmt, desto mehr selbstverständlich darauf gedrungen werden müsse, daß Sicherungen für die Arbeiter gegen geistige Knechtung getroffen würden. Und er schloß seine Rede dann mit folgenden Worten: »Im übrigen sind wir dafür, daß dem Privatkapital endlich einmal die Ausbeutung des Volkes und der Arbeit aus der Hand genommen wird, und wir werden deshalb jeden Schritt, der diesem Ziel näher führt, unterstützen.«

Unser Parteigenosse Hoffmann hielt also, von Gegnern rings umgeben, im preußischen Dreiklassenparlament eine Rede, die noch zu Beginn der neunziger Jahre auch von der Mehrheit der deutschen Sozialdemokraten mit Unwillen aufgenommen worden wäre. Guesde hat mit seiner Meinung über die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zum Staatssozialismus recht, wenn man 20 Jahre zurückdatiert: man braucht nur die Reden nachzulesen, die auf dem Parteitag zu Berlin /1892/ von Liebknecht und anderen gegen Vollmar gehalten worden sind, wie denn auch die damals in dieser Frage gefaßte Resolution jeden, der sie nicht schon kannte, wunderlich anmutet. Daß die Ansichten der deutschen Sozialdemokratie über die Verstaatlichungsfrage heute völlig andere sind als damals, kommt nicht von ungefähr. Die Wandlung ist vielmehr in dem Machtzuwachs begründet, den die Partei innerhalb zweier Jahrzehnte sich erobert hat. Krampfhaft bemüht die Staatsverwaltung sich die *Umstürzler* von öffentlichen Ämtern fernzuhalten. Aber unsere Partei kann über diese äußerlichen Anstrengungen lächeln. Sie weiß, daß jede Überführung von Produktionsmitteln in die Gewalt des Staates, die dieser vornimmt, einen Schritt zur Sozialisierung der Gesellschaft bedeutet. Die Angst der französischen *Rudikalen*

vor dem Staatssozialismus entspringt dem Gefühl der eigenen Schwäche, die wiederum in der organisatorischen Unfähigkeit unserer Bruderpartei begründet liegt.

X Monopoipläne Mit den Erörterungen über die neue Militärvorlage und dem Streit um die Erbschaftssteuer liefen im Februar und März dieses Jahres die privaten Ankündigungen von Verstaatlichungsplänen parallel. Bald stand das Petroleummonopol, bald das Spiritusmonopol zur Debatte; immer aber folgten diesen Ankündigungen abweisende Meldungen. Daß die Regierung etwelche Monopoipläne erörtert, zeigte eine Rede, die der Staatssekretär Dr. Delbrück am 4. März im Reichstag hielt, als er den Beitritt des preußischen Fiskus zum Kohlen-syndikat rechtfertigte. Privatmonopole sind danach dem Staatssekretär »unter Umständen« gefährlicher als Staatsmonopole; und der Staatssekretär hält es nicht für ausgeschlossen, daß wir allmählich gezwungen werden Privatmonopole in Staatsmonopole zu verwandeln. Allerdings fügte er für die Interessenten des Privatkapitalismus beschwichtigend hinzu, daß »wir« für diese Erkenntnis noch nicht reif seien. Bei dieser Sachlage ist es von einiger Bedeutung, daß die *Kölnische Volkszeitung*, das führende Blatt der Zentrumsparlei, am 23. Februar zur Sanierung der Reichsfinanzen ein Reichskalimonopol in Vorschlag gebracht hat. Wenn man schon, so meint die *Kölnische Volkszeitung*, zu Monopolen übergehen will, so erscheint hierfür das Kalimonopol »vielleicht geeigneter, und zwar aus folgenden Gründen: 1. besteht zurzeit schon ein tatsächliches Kalimonopol des durch Reichsgesetz organisierten Kalisyndikats; 2. handelt es sich dabei um ein Produkt, welches gewissermaßen ein natürliches Monopol Deutschlands gegenüber dem Auslande bildet; 3. würde ein Kalimonopol nicht ausschließlich den Inlandverbrauch sondern in gleich hohem Maße auch den Auslandverbrauch zugunsten des Reiches nutzbar machen; 4. befindet sich der Kaliverbrauch nicht, wie der des Petroleums, auf einem toten Punkt oder gar im Rückgang sondern in stetig und stark steigender Aufwärtsbewegung; 5. würde das Kalimonopol nicht etwa nur 6 bis 7 Millionen Mark Überschuß jährlich, wie das Petroleum, sondern bei konzentriertem Produktionsbetrieb schon jetzt 40 bis 50 Millionen Mark jährlich und in absehbarer Zeit

leicht 150 bis 160 Millionen Mark Überschüsse jährlich liefern. Nach einer von Fachleuten angestellten Berechnung sind zur Übernahme der bereits in Förderung befindlichen 80 Kaliwerke etwa 700 Millionen Mark Kapital erforderlich, zur Fertigstellung, der im Bau begriffenen 100 Schächte etwa weitere 200 Millionen Mark, im ganzen also etwa 900 Millionen Mark. Deren Verzinsung und Tilgung würde jährlich, hoch gerechnet, 50 Millionen Mark beanspruchen, während schon bei dem heutigen Kaliverbrauch unter Annahme konzentrierten Vollbetriebs der für diesen Verbrauch erforderlichen 40 bis 50 Werke, ein Bruttoüberschuß von 90 bis 100 Millionen Mark zu erwarten stände, so daß dem Reich nach Abzug der Zinsen und Tilgung etwa 40 bis 50 Millionen Mark jährlich verblieben, auch wenn keinerlei Preiserhöhung des fertigen Fabrikats angestrebt wird.«

So die *Kölnische Volkszeitung*. Der *Vorwärts* stimmt dem Zentrumsblatt zu: »Warum soll das Reich das Kalimonopol nicht einführen? «Das Geld liegt für das Reich förmlich auf der Straße», schrieb 1910 während der Beratung des Kaligesetzes sogar ein Industrieller, der auch empfahl die Kaliverwertung für die Reichskasse nutzbar zu machen. Wenn es auch gerade keine 150 bis 160 Millionen Mark jährlich wären, über 100 Millionen Mark pro Etatsjahr würde die Reichskasse doch aus dem Kalimonopol vereinnahmen, ohne auch nur im geringsten die Lebenshaltung des Volkes zu verteuern. Vielmehr würde sich dann ohne Schmälderung der Reichseinnahmen die Aufhebung einiger der drückendsten Verbrauchssteuern durchführen lassen.« Mithin kann die Regierung für das Kalimonopol ohne weiteres eine Mehrheit im Reichstag finden, wenn in der Zentrumsparlei nicht inzwischen noch privatkapitalistische Bedenken auftauchen, und wenn die Regierung von ihren konservativen und großkapitalistischen Freunden nicht am Ergreifen der günstigen Gelegenheit gehindert wird.

× **Lebensversicherung** ×
Der Provinziallandtag von Brandenburg beschloß am 5. März, daß der Provinzialverband eine Lebensversicherungsanstalt mit einem Kapital von 1 Million Mark gründen solle. Wie aus der Begründung der Vorlage zu ersehen ist, hofft man diesen öffentlichen Unternehmen wesentlich auf dem Lande Versicherte zuführen zu können. Der ländliche Familiensinn scheint in der Tat

noch sehr ausbaufähig zu sein, wenn man erwägt, daß nach einer amtlichen Statistik auf den Kopf der städtischen Bevölkerung in Preußen eine Lebensversicherungsprämie von durchschnittlich 11,74 Mark, auf den Kopf der ländlichen Bevölkerung aber nur ein Betrag von durchschnittlich 2,42 Mark entfällt. Die öffentlichrechtlichen Lebensversicherungsanstalten sind noch ziemlich neuen Datums. Die erste wurde 1910 von der ostpreußischen Landschaft gegründet, und diesem Vorgehen schlossen sich im Jahr 1911 die Provinzen Posen, Schlesien, Westpreußen und Pommern durch Errichtung von Provinziallebensversicherungsanstalten unter finanzieller Beteiligung der dortigen Landschaften, die Provinz Posen auch unter Mitwirkung der Feuersozietät an. Am 26. Mai 1911 erfolgte die Gründung eines *Verbandes öffentlicher Lebensversicherungen in Deutschland*.

× **Kurze Chronik** ×
Das französische Altersversicherungsgesetz, über das in dieser Rundschau (1910, 1. Band, pag. 388 ff. und 587 ff., und 1911, 3. Band, pag. 1273) berichtet wurde, ist Ende Februar auch vom Senat angenommen worden. Wie erinnerlich sein wird, haben die syndikalistischen Gewerkschaften dieser Maßnahme lebhaften Widerstand entgegengesetzt. Der Geschicklichkeit unseres Parteigenossen Jaurès gelang es nun noch neuerdings etliche Verbesserungen in der Vorlage durchzudrücken, die anscheinend auch die Gewerkschaften versöhnten. Der Beginn des Rentenbezugs ist vom 65. auf das 60. Lebensjahr festgesetzt, und der Staatszuschuß von 60 auf 100 Francs für jede Rente erhöht worden, so daß auch in der Übergangszeit die Renten nicht gar zu gering ausfallen. Durch die Herabsetzung des Bezugsalters kommen 500 000 Personen mehr als ursprünglich geplant in den Genuß der Rente. × Am 1. März hat die italienische Deputiertenkammer den in dieser Rundschau (1911, 2. Band, pag. 920 ff.) erwähnten Gesetzesentwurf über das staatliche Versicherungsmonopol in 3. Lesung angenommen. Die Versicherungsgesellschaften bekämpften das Gesetz mit allen möglichen Mitteln; so boten sie noch Ende Februar jeder juristischen und volkswirtschaftlichen Berühmtheit für eine gegen das Gesetz gerichtete Unterschrift 500 Lire als Honorar an. Einen Nutzen hat die kapitalistische Agitation nur insoweit gehabt als den Privatgesellschaften noch

eine 10jährige Frist gelassen worden ist, in der sie weitere Versicherungen abschließen dürfen. Im übrigen stimmte die Kammer dem Monopolentwurf, der anfangs auf das entschiedenste verurteilt worden war, ohne Widerspruch zu.

× Literatur

In 4. Auflage ist eine Schrift des Jesuitenpriesters Augustin Lehmkühl *Die soziale Frage und die staatliche Gewalt* (Freiburg, Herder) erschienen. Die Schrift dieses Geistlichen untersucht die Frage, ob überhaupt die private oder staatliche Versicherung sich mit dem von der Kirche geforderten Gottvertrauen verträglich. Eine des Christen unwürdige Besorgnis für das zeitliche Fortkommen könne sich gerade darin offenbaren, daß jemand sich durch alle nur möglichen Versicherungen den Händen der göttlichen Vorsehung gleichsam entziehen möchte. Was aber die Zwangsversicherung im besondern anlangt, so meint der Verfasser, daß ein Anrecht auf die dadurch erworbene Unterstützung in Unglücksfällen für denjenigen, der furchtsamen Gemütes sei, oder der nicht den Mut habe die volle Härte eines etwaigen Unglücks zu ertragen, viel wert sein könne. Wer aber leichten Gemütes sei, oder wer großes Gottvertrauen und großen Starkmut besitze, der könne nicht ohne Grund sagen, daß er jene Hoffnung oder jenes Recht ungemein niedrig anschlage. Die Schrift ist vor mehr als 20 Jahren erschienen. Daraus erklärt sich die eingehende Beschäftigung des Verfassers mit Albert Schäffles staatssozialistischen Anschauungen, daraus erklärt sich ferner, daß die Sozialdemokratie eine Würdigung findet, deren Objektivität von der heute auf katholischer Seite gebräuchlichen Polemik angenehm absticht. Wie oft muß unsere Partei den Vorwurf hören, daß sie von den Wohltaten der Bismarckschen Sozialreform unter der Drangsal des Sozialistengesetzes nichts wissen wollte. P. Lehmkühl nennt die Forderungen der Sozialdemokratie nicht alle unberechtigt; nach ihm verwarfte sie sich dagegen die damalige Gesetzesvorlage als eigentliche Wohltat anzuerkennen, das würde sie erst sein, wenn der Staatsäckel sich viel weiter öffne, um den Kreis der Versicherten zu vergrößern und die vorgeschlagene Rente zu erhöhen. Ein neuerdings vom Autor geschriebenes Nachwort beschäftigt sich zum großen Teil mit der Reichsversicherungsordnung. Wer sich über die Stellung der katho-

lischen Kirche zu sozialpolitischen und staatssozialistischen Fragen unterrichten will, findet in der Schrift viel Material. × Das neue Reichswertzuwachssteuergesetz und die Stellung der Sozialdemokratie zu ihm behandelt Paul Göhre in einer im Verlag der Buchhandlung Vorwärts zu Berlin veröffentlichten Broschüre. Es ist bekannt, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nicht nur dem Gedanken einer Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses durch das Reich sympathisch gegenüberstand sondern auch die ursprüngliche Regierungsvorlage als eine fast in jeder Beziehung wohlgeeignete Beratungsgrundlage für die endgültige Herstellung eines Reichswertzuwachssteuergesetzes betrachtete. Der Verfasser schildert nun in der Schrift, wie im Reichstag die Regierungsvorlage derart verschlechtert wurde, daß die Sozialdemokratie glaubte gegen das ganze Gesetz stimmen zu müssen. Die wesentlichsten Bestimmungen sind wörtlich wiedergegeben, an sie knüpft sich eine Kritik der Fehler des Gesetzes, die auch derjenige für sehr lesenswert halten wird, der auf dem Standpunkt steht, daß die Fraktion trotzdem für das Gesetz hätte stimmen sollen.

WISSENSCHAFT

Geschichte / Paul Kampffmeyer

Familie Die historischen Entwicklungsstadien der Ehe und Familie, wie sie Morgan uns in seiner *Urgesellschaft* gelehrt hat, erfordern bereits in manchem wesentlichen Punkt eine Korrektur. Wie wenig wir aber tatsächlich noch über die Entstehung der Ehe und der Familie wissen, schärft uns Dr. F. Müller-Lyer in seiner neuesten soziologischen Arbeit *Die Familie* (4. Band seiner *Entwickelungsstufen der Menschheit* (München, Lehmann)) mit Nachdruck ein. Selbst die Frage, ob das Mutterrecht dem Vaterrecht vorrangig liegt noch im Dunkeln. Dr. Müller-Lyer verweist auf die charakteristische Tatsache, daß die tieferstehenden, niederorganisierten Indianerstämme im allgemeinen unter der Herrschaft des Vaterrechts leben, die höher organisierten aber unter der des Mutterrechts. Die Organisationsform ist in diesem Falle die Trägerin einer spätern, entwickeltern sozialen Kultur. Den Eintritt der mütterrechtlichen Phase erklärt Dr. Müller-Lyer aus wirtschaftlichen Gründen: Die Frau wird die erste Ackerbauerin und zuerst selbst. Als planmäßige, er-

folgreiche Wirtschafterin erhält sie das ökonomische Übergewicht, sie wird die eigentliche Stütze der Wirtschaft. »Da die Frau«, so führt Müller-Lyer aus, »zuerst seßhaft geworden, der Mann dagegen noch schweifend und mobil geblieben ist, muß er, wenn er heiraten will, zur Frau übersiedeln, nicht diese zu ihm. Und da die Frau ökonomisch wertvoller ist als der Mann, gibt die Sippe lieber den Mann heraus als die Frau.« Das Emporsteigen der Menschheit zum Mutterrecht ist also durch die Aneignung bestimmter wirtschaftlicher Fertigkeiten durch die Frau bedingt. Aus der Handhabung dieser Fertigkeiten erklärt sich dann die hohe soziale Stellung der Frau. Diese Hypothese hat viele Gründe für sich. Sie zeigt zugleich das tiefe Wurzeln Müller-Lyers in den Ideengängen der ökonomischen Geschichtsauffassung von Marx und Engels. So führt er beispielsweise den Sturz der alten Sippenverfassung auf wirtschaftliche Ursachen zurück: auf die Gliederung der Bevölkerung in Arme und Reiche. Den zersetzenden Einfluß der kapitalistischen Wirtschafts- und Eigentumsform auf die Familie stellt er in dem vorliegenden Werk packend im Kapitel *Die spätfamiliale Phase* dar. Die alte Eheform, eine ausgeprägte Herrschaftsform, zerfällt, und die Ehe muß auf einer neuen Grundlage aufgebaut werden: auf der ökonomischen Selbständigkeit beider Ehegatten. Hand in Hand mit der fortschreitenden Sozialisierung erstet das Individuum. Die Familienfunktionen werden sozialisiert. Der Familienhaushalt stützt sich in wachsendem Maß auf die gesellschaftliche Produktion der Gebrauchsgüter der Familie, die Familien-erziehung wandelt sich in eine öffentlich-gesellschaftliche. »Die Erziehung und Versorgung der Kinder wird immer mehr eine öffentliche Angelegenheit.« Die Richtungslinie der Menschheitsentwicklung zieht Dr. Müller-Lyer fest und bestimmt: »Die Kulturbewegung schreitet vom Herdenmäßigen, Tierischen zum Individuellen, zum Persönlichen fort.« In jeder Zeile des Müller-Lyerschen Werkes verspürt der moderne Sozialist Geist von seinem Geist. Ganze Kapitel des Werkes lesen sich wie eine fein durchdachte wissenschaftliche Begründung des Sozialismus.

X

1870-1871

Die patriotische Fabulierkunst webt heute noch emsig an dem dichten Netz von Märchen fort, das dem jungen Deut-

X

schen in der Schule über den Kopf geworfen wird, damit er nicht die historischen Zusammenhänge des deutsch-französischen Krieges in ihrer innern Wahrheit und krassen Realität erkennt. Und daher sind die *ungeschminkten Feldzugs-erinnerungen* C. Rückerts zu begrüßen, die er unter dem Titel *Mit dem Tor-nister im Neuen Frankfurter Verlag* veröffentlicht hat. In diesen Aufzeichnungen beobachten wir recht anschaulich das gar schnelle Abflauen der patriotischen Begeisterung bei den jungen Kriegern. Der tatenlustige Rückert bedauert, daß die kriegerischen Entscheidungen wohl ohne ihn und seine Kameraden fallen könnten, denn er ist mit ganzer Seele bei diesem Feldzug. »Als ich in diesem Sinn«, so schreibt Rückert, »eine patriotische Bemerkung über unsere verlorene Zeit den Kameraden gegenüber machte, wurde ich indessen nicht verstanden. Der Müller bedauerte den Verlust des Geldes, das er bereits in Wein umgesetzt hatte, ein anderer war voll Neid auf den filzigen Müller, der keinem anderen von seinem Reichtum etwas gönnte, und ein dritter meinte: totgeschossen kann man überdies noch früh genug werden. Der letztere hatte wohl recht, aber es verdroß mich doch, daß schon jetzt nach den paar Marschtagen, die kriegerische Begeisterung bei diesen Kameraden abgenommen hatte.« Aber philosophisch gerichtet, weiß sich Rückert die Gesinnung seiner Kameraden wohl aus deren Lebensverhältnissen zu erklären. Sie mochten sich fragen, »welche materiellen Erwartungen sie wohl von diesem Kriege hegen durften. Wenig, worauf sie Wert legen konnten. Die meisten besaßen ja nicht viel mehr als ihre Arbeitskraft; wenn es gut ging, auch ein Stückchen Land oder ein Häuschen mit Schulden. Wer konnte, wer wollte ihnen das nehmen, wenn nicht etwa ein Gläubiger?« Sie wurden aus gewohnten Verhältnissen und vielfach von Weib und Kind gerissen, und als Heimkehrende hatten sie härtere Erwerbsverhältnisse als vorher zu erwarten. Die armen Leute in den Weberdistrikten empfangen die nach Frankreich ziehenden deutschen Truppen teilnahmslos. Und dem nachdenklichen Rückert geht der Begriff des *Vaterlandes* der Armen jetzt auf. »War denn den Wohlhabenden von gestern«, so fragt er, »die Heimat mehr wert, weil sie ihnen das zum Leben Notwendige reichlicher und leichter bot als diesen Armen von heute, die bei langer Arbeit hinter dem Webstuhl kärglich das ver-

dienen mußten, was dem mageren Boden nicht mehr entstieg? Es hatte wirklich den Anschein.«

Nichts von der Poesie der Freiheitskriege lebt in diesen Soldaten des deutsch-französischen Krieges. Keine erhebende religiöse und ethische Stimmung bricht in dem Feldgottesdienst durch: »Die Ethik kam hier, wie überall beim Militär, zu kurz. Kaserne und Kommiß vertragen sich nicht mit ihr... In Reih und Glied, beim Drill war die eiserne Disziplin, der Herdengehorsam ein zuverlässiger Faktor zur Sicherung des Erfolgs als die spontane Begeisterung und die Schwärmerei von der Macht des Krieges. Solche Gedanken durchströmten mich während des Feldgottesdienstes.« Nicht patriotisches Hochgefühl, nicht heldenhafter, begeisterter Todesmut treiben diese Massen in die Schlacht hinein, nein, »der Gedanke, die Absicht, die Möglichkeit aus diesem langsamen Verkommen, aus dieser quälenden Ungewißheit herauszukommen, so schnell wie möglich, lieber heute wie morgen, lebend oder tot, aber heraus, und deshalb vorwärts, vorwärts, dem immer stärker tönenden Kanonendonner entgegen.«

In grauenvoller Realistik präsentiert sich uns in den Aufzeichnungen Rückerts das mörderische Schlachten von Vionville-Gravelotte. Zum Krüppel geschossen, ein totsicher Mann liegt Rückert auf dem blutgetränkten Schlachtfeld, und die furchtbaren Greuel der letzten Schlachtstage predigen ihm: »Es gibt keine Vorsehung im Sinn eurer Priester. Der Starke allein hat recht, der Schwache geht zu grunde, das ist das Gesetz der Natur, dem alle unterworfen sind.«

Die Aufzeichnungen Rückerts enthalten namentlich viel Material zur Kennzeichnung unserer rückständigen Kriegschirurgie und der völlig ungenügenden Behandlung und Verpflegung der schwer verwundeten, unglücklichen Vaterlandsverteidiger im deutsch-französischen Kriege. Diese Aufzeichnungen sind wirklich wertvolle, weil ungeschminkte Feldzugerinnerungen.

× Friedrich II. Zu seinem 200. Geburtstag ist Friedrich II. von tausend patriotischen Festrednern als *volkstümlicher* König gepriesen worden, aber der Alte hätte gar unsanft den Krückstock um die Ohren desjenigen geschwungen, der seinen Namen nur irgendwie mit dem Volk, mit dem Pöbel verknüpft hätte. Sein Grundsatz war: »Der Pöbel ist nicht wert, daß er aufgeklärt

wird.« Der Begriff des *Volkes* ist eben den Menschen erst in und mit der großen französischen Revolution aufgegangen. *Volkstümlich* wollte Friedrich II. gar nicht sein. Das Volk war für ihn immer nur Objekt: Es hatte sich zu *populieren*, um die Staatseinnahmen zu vermehren. Und wenig volkstümlich war Friedrich II. während seines ganzen Lebens. Als er die Augen schloß, atmete, wie uns viele seiner Zeitgenossen schreiben, das Volk erleichtert auf. Von den Menschen dachte Friedrich II. im allgemeinen so, wie er einmal an Voltaire schrieb: »Der Mensch ist ein boshafte Geschöpf und hat überall und jederzeit Einschränkungsmittel nötig, wenn die in ihm liegende Bosheit nicht alle Grenzen der Rechtschaffenheit und selbst des Anstands überschreiten soll.«

Der historische Gedenktag hat auch Paul Kundendorf zu einer Publikation veranlaßt (*Fridericiana, Lebens- und Weisheitsprüche Friedrichs des Großen* /Berlin, Dümmler/). Aus den dort geschickt zusammengestellten Gemeinplätzen schaut aber dann und wann ein echter Satz des großen Machiavellisten Friedrich heraus: Da spricht Friedrich II. von dem umfassenden Genie, das Dinge ausführt, die ohne Beispiel sind, »es überläßt die kleinen Gewissensbisse den alten Weibern und geht gerade auf sein Ziel los, ohne sich um die Mittel zu kümmern, die dahin führen; da erklärt er, daß die Gesellschaft wohl ohne positive Religion bestehen könne, »wohl gemerkt, daß Oberhäupter vorhanden sind, die durch Leibesstrafen den großen Haufen zum Gehorsam gegen diese Gesetze nötigen«. Und der aufgeklärte, absolute Monarch schreibt die zynische Bemerkung nieder: »Die Staaten erhalten sich durch die Fortpflanzung der Menschen; und solange man sie noch mit Vergnügen vermehren wird, so lange werden sich Minister und Regenten finden, die das Volk beherrschen; etwas mehr Torheit, etwas mehr Weisheit, das läuft ziemlich auf eins hinaus, der Unterschied ist so gering, daß es das Volk kaum bemerkt.«

Wenn wir gegen Friedrich II. gerecht sein wollen, müssen wir ihn mit dem Maßstab seiner Zeit, des absoluten Regimes, messen. Und dann ragt er allerdings einige gewaltige Kopflängen über seine königlichen und kurfürstlichen Brüder empor. Ein Blick in *Vehses Geschichte der Höfe* zeigt uns das schon. Man prüfe ferner seine Aussprüche über Geschichte, Wissenschaft, Kunst und Re-

ligion nach, und man wird konstatieren können, daß es noch heute vielfach Regenten gibt, die in Weltanschauungsfragen mindestens ein Säkulum hinter dem alten Fritz zurück sind.

× **Görres** × Die Schriften eines der ersten deutschen Publizisten, Josef von Görres, der gerade vor dem großen Völkerfrühling 1848 seine Augen schloß, sind heute schon fast vergessen. Und doch sind seine Ideen, die ihrem Inhalt nach nicht neu, wohl aber der Form nach höchst eigenartig sind, in der heutigen ultramontanen Kampfesliteratur noch lebendig. Ein ungewöhnliches Feuer glüht in allen seinen politischen Schriften, ein Feuer, das in dem jungen Jakobiner ebenso ungestüm verzehrend lodert wie in dem greisen Kämpfer »für die Freiheit der Kirche«. Die Schriften, die der Tag geboren, hat der Tag auch meist verschlungen. Wissenschaftlich knüpft sich nichts Bleibendes und Überragendes an die Arbeiten des merkwürdigen Mannes. Und da fragt man sich wohl: Weshalb ruft man das wieder ins Leben zurück, was keinen Ewigkeitswert hatte? Gewiß, wir können der zahlreichen ästhetischen und philosophischen Aufsätze von Görres ruhig eiltreten, aber in seinen politischen Schriften liegt doch so viel kultur- und zeitgeschichtlich Wertvolles, daß wir sie nicht in der politischen Geschichte Deutschlands missen wollen. Der Jakobinismus der Rheinlande hat sich in dem *Roten Blatt* und im *Rübezahl* des revolutionären Görres ein merkwürdiges Denkmal gesetzt. Die deutsche Romantik spiegelt sich klar in den Görresschen Aufsätzen der Zeitschrift *Aurora* wider. Das Zeitalter des kraftvollen Patriotismus mit seinem lauten Schwertertschlag klingt uns ehern aus dem *Rheinischen Merkur* und aus *Deutschland und die Revolution* entgegen. Eben wegen ihres zeitpolitischen Wertes begrüßen wir die *Ausgewählten Werke und Briefe* Josef von Görres', die Dr. Wilhelm Schellberg herausgegeben /Kempten, Kösel/ und mit einer zwar lebendigen, aber einseitig orientierenden Einleitung versehen hat.

× **Kurze Chronik** × Am 9. Februar verstarb in Paris der Kanzelredner Hyacinthe Loyson, der in der Geschichte des französischen Katholizismus eine hervorragende Rolle gespielt hat. Er wurde 1869 exkommuniziert, weil er in einem offenen Brief gegen »die sakrilegische Fälschung des

Evangeliums« protestierte. Nach Verkündigung des Dogmas von der päpstlichen Unfehlbarkeit durch das vatikanische Konzil schloß er sich den Altkatholiken an und wohnte 1871 dem Altkatholikenkongreß in München bei. 1877 bemühte er sich erfolglos die gallikanische Kirche neu zu beleben. Er rückte im Lauf der Zeit völlig zu den Freidenkern hinüber und beteiligte sich 1910 am Freidenkerkongreß in Berlin. × Über die erste Entdeckung Amerikas durch die Altnorweger verbreitete sich der Nordpolforscher Fridtjof Nansen in einem Vortrag eingehend. In den altnordischen Berichten wird die Küste von Nordamerika *Vinland*, das gute genannt. Die norwegischen Seefahrer kamen von Grönland her, das Erik der Rote von Island aus um 985 besiedelt hatte. Um 999 wurde dann Leif Erikson der erste Entdecker Amerikas. Die Berichte über die Entdeckungsfahrten nach Vinland sind mit vielen sagenhaften Zügen ausgeschmückt, aber der eigentliche Kern der Berichte, der gelegentliche Seeverkehr zwischen Grönland und Nordamerika, ist wahr.

× **Literatur** × Das Werk Théodore Duret's *Die beiden Napoléons und die Napoléonlegende*, das der Verlag Paul Cassirer in Berlin in der Übersetzung des Dr. Emil Waldmann herausgebracht hat, bereichert zwar unsere Einsicht in das Wesen des großen Onkels und des kleinen Neffen ein wenig, aber das Werden der Napoléonlegende und deren unheilvollen Einfluß auf das Denken und Empfinden des französischen Volkes hat Duret doch zu knapp behandelt. »Die Napoléonlegende«, so hebt Duret mit Recht hervor, »hat schließlich eine besondere Art geistiger Disposition erzeugt, für die man die Bezeichnung *Chauvinismus* geprägt hat.« Hier hätte ein tief forschender Volkspsychologe eingesetzt und einen prächtigen Beitrag zur Geschichte des 19. Jahrhunderts geschaffen. Auch so flößt der Gegenstand starkes Interesse ein.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Bang † Mit ernstem Mitleid ist der Tod Herman Bangs, des dänischen Dichters, zu beklagen, der ein Meister des objektiven, beinahe wissenschaftlichen Erzählungsstils gewesen ist. Wenn selbst der Naturalist Zola ein Romantiker war, indem er die

Dinge der Natur doch als Symbole und Beweismittel geheimer Kräfte ansah, so gehörte Bang zu den schärferen Naturalisten. Diese Künstler, für die Flaubert als höchster Lehrer gelten muß, zu denen in Deutschland der geniale Heinrich Mann gehört, lassen den Naturdingen vor allem jedem Schlag des Menschenherzens, ihre unverminderte, vorsichtig aufgespürte Wahrhaftigkeit. Sie drücken das Gesehene jedoch mit einer kühnen und bunten Rede aus, mit sehr sinnlichen Worten, die sich eher beföhlen als überlegen lassen. So sind vielleicht der Meister Flaubert und sein nordischer Schüler Herman Bang ehrlichere Naturalisten als die Erfinder des Namens, die ihre eigene Angst vor der Wirklichkeit durch hartnäckiges Betonen des Wortes *Natur* zu verhüllen suchten. Der Naturalist Bang mit dem romantisch anmutenden Wortschatz liebte im Menschenherzen die Zagnis, die Flucht vor der lauten Zufriedenheit, das Ergebensein in leis beschattende Dumpfheit und Armut. Seine Buchtitel sind Bekenntnisse dieses Hanges. *Am Wege*, Menschen mit einem *Uferdasein*, die zerdrückt sind; *Hoffnungslose Geschlechter*, *Das weiße Haus*, *Das graue Haus*: Müdigkeit, Schatten, Qual, Gespenster auch, überall, in Mauern und in Menschen. Das ist ein pessimistischer Klang, der natürlich so vollkommen nur von einem Dichter herhallen konnte, der sich selber gern solemch halb edlen, halb eithen Mißmut anvertraute, der nicht das Wesen der Kreaturen suchte sondern ihr Leiden. Bangs Lieblinge sind Rentner oder alte Damen und Herren, die nicht mehr ins Leben hineinsprengen, die eher am Leben vorbeistreichen. Und sind die Charaktere Bangs heftiger, so betrachtet er sie schon als Ausnahmen, würdig der *Exzentrischen Novellen*.

Herman Bang wird wohl noch in dieser Zeitschrift seine besondere Würdigung finden. Jetzt, an seinem Grab, nur diese kargen Zeiten.

×
Erzählungen Die Novellen Jakob Wassermanns waren immer von dunklen Problemen ausgefüllt, keine kleinen Anekdoten, die irgend einer unterhaltenden oder traurigen Wirkung entgegenliefen. Wassermann, der an Menschen das Ekstatische, das Rätselvolle, wohl auch das Grausige liebt, der in letzter Zeit nicht mit Glück von der zarteren und anmutigern Manier Arthur Schnitzlers abgelenkt und verführt worden war, hat jetzt ein Buch geschrieben, das er wohl sehr

tief durchdacht, sehr sorgsam zergliedert hat, das aber seinem Gemüt, das heißt, seiner frei beseelenden Eingebung ziemlich fremd geblieben ist: *Der goldene Spiegel* und als Wegweiser für das Berichtete *Erzählungen in einem Rahmen* /Berlin, S. Fischer/. Die Erzählungen im Rahmen waren einst schlüpfriges, kitzelndes Fabulierwerk, am anmutigsten von Boccaccio begonnen, aber auch geschätzt an Masaccio und den kleineren romanischen Meistern. Wassermann, moderner, komplizierter, mehr belastet durch soziale Moral, durch pädagogischen Willen und die literarische Tradition, will zwar viele Geschichten erzählen, doch alle einer gewissen Symbolik unterwerfen. Aber die Symbolik ist nicht eben leicht zu finden. Ist der goldene Spiegel nur ein *speculum vitae*, aus dessen blinkender Scheibe regellos und ungeordnet allerhand buntes Schicksalsgewimmel hervorleuchtet? Oder ist der Spiegel weniger gewissenhaft, mehr ein verzerrendes Glas, das die Gesichter und die Seelen verkrümmt? Man tut wohl gut nicht zu sehr die Zulässigkeit und die logische Verlässlichkeit des goldenen Spiegels zu erforschen und allein die poetische Güte der so gesammelten Novellen zu prüfen, von denen manche vortrefflich dargestellt und sehr geschickt, weiter noch sehr hellseherisch gedichtet ist. Zum Beispiel *Franziskas Erzählung*. Franziska war eines von den genialen Freudenmädchen, das sich Prinzen und schweres Millionengezucht unterwirft und nun in die Macht eines brutalen Lumpen gerät. Oder die *Gefangenen auf der Pfaffenburg*: der Tod des Revolutionsdichters, der groß, echt und genial war, der aber fortgeknallt wird, während der schreiende Pöbel und dessen Anführer, der voller Lügen ist, einem gesegneten Leben erhalten bleiben.

Auch Stefan Zweig wollte Rahmen-erzählungen schreiben; *Novellen aus Kinderland* getauft, mit dem gemeinsamen Titel *Erstes Erlebnis* /Leipzig, Inselverlag/. Aber die Geschichten, die Ellen Key, der Beschützerin von so viel internationaler Gefühlsschwärmerei, zugeeignet sind, scheinen kaum wahrhaftige Erlebnisse des Dichters. *Zwei Sommernovellen* und *Die Gouvernante* sind gar nicht zur Gestaltung vorgedrungen. Üppiger, reicher scheinen die *Geschichten in der Dämmerung* und *Brennendes Geheimnis*. Aber es liegt in den Titeln und auch im Ton dieser Geschichten nicht vollkommen das Element, das Zweig wecken wollte, die Kraft von den

geheimnisvollen Regungen des Kinderherzens zu sprechen, besonders von den Liebesregungen bei jungen Männern, die zum erstenmal der Tumult des Blutes beunruhigt. Aus alter Zeit der Romantik ist das Ereignis geborgt, daß einmondscheinschönes Mädchen in den dunklen Wald zu einem Jungen läuft, dem ihres Leibes erste Schönheit anvertraut und dann fortschlüpft. Nur die Folgerung aus dieser Romantik ist Zweigs Eigentum, und seine Aufmerksamkeit berichtet nun, wie der Knabe ein anderes Mädchen für die Freundin seiner Waldnächte hält, wie er in Krankheit abenteuert für seine Liebe, wie er nach dem ersten großen Seelenunglück geläutert und bescheiden wird. Das ist fein und psychologisch aufgespürt. Auch das Problem der andern Novelle greift tiefer. Das Kind rettet die Mutter vor der Eheirration, und die Nervenartheit, die Liebesfähigkeit des Kindes und gleichzeitig dessen lodrende Energie im Hassen, das sind Regungen, die Zweig klug beobachtend und erfahren zeigt.

Der Roman *Der Fremde* von René Schickele enthielt schon einige sehr realistische, schön geschriebene Kapitel der Einführung. Es war bedauerlich, daß sich der Rest ganz in lose Stimmung und metaphysisches Gespieler verlor. Der Realist ist Schickele nun in seiner folgenden kleinen Erzählung *Meine Freundin Lo* /Berlin, P. Cassirer/ treu geblieben. Vielleicht ist der Gegenstand des Erzählten von nicht zu beträchtlicher Schwere. Lo, die kleine Pariser Komödiantin, gehört dem französischen Poeten. Doch sie hat die Blutkrankheit, daß sie niemals mehr als drei Monate bei einem Geliebten bleiben kann. So gerät sie denn in die Liebe zu dem deutschen Poeten. Ein Idyll auf dem Lande bei Paris beginnt ganz heimlich, frisch, sorgfältig, humorvoll geschildert. Sommerstille Picknicks bei Mondleuchten, ähnliches, helles Geschehen. Es wird herbstlich, es wird dunkel in Lo, ihre Dreimonatsliebe löst sich aus, um sich an einem braven verheirateten, karrierewütigen Landsmann und Deputierten neu zu entzünden. Das ist so hin erzählt: mit einer nicht häufigen Grazie, die Schickele früher nicht kannte. Das gibt ein Recht Schickele einzuladen, er möge doch an einem wichtigerem Menschenproblem seine jetzt gefestigte Erzählungskunst erproben.

Klug ist Lydia Danöfen, und sie hat auch die Kunst gelernt für lächerliche Lebensdinge einen ironischen, nicht zu massiven sondern eben leicht tadeln-

den Stil zu schreiben. So plaudert sie einen Roman *Der Charlatan* /München, Langen/, an dem alles, außer dem viel versprechenden Untertitel ganz gut ist. Es handelt sich nämlich nicht um die weitumfassende Form des Romans sondern um eine hübsche Seelenstudie. Eine Hausfrau, die einen Salon hält, von einem Gast zum andern geht, jedem ein artiges Wort hinreicht, würde so plaudern wie Lydia Danöfen.

In einer kleinen Studie wollte Ricarda Huch, sonst am Süden Europas ihre Dichtung ühend, ein immerhin merkwürdiges Problem lösen. Wie ist der letzte Sommer eines russischen Reaktionsärs, eines Gouverneurs, der die zarische Blutpolitik stützt? Wie geht er aus dem Leben? Wie ist seine Seele gebaut? In welcher Familie lebt er? Welches Herz rührt sich im Terroristen, dessen Attentat das Leben des Tyrannen abbricht? So schrieb Ricarda Huch eine Novelle in Briefen *Der letzte Sommer* /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/. Ein junger Revolutionär erreicht es im Hause des Gouverneurs als Vertrauensmann, als Lebensschützer, angestellt zu werden. Und er bringt ihm leise den Tod, der in einer Schreibmaschine verborgen liegt. Der Hebel J schafft den Kontakt mit der Bombe: J ist der Anfangsbuchstabe vom Namen des Gouverneurs (Jogor). Dieser Mann geht geradeaus in seinen Tod. Mit dem mordenden J und den verräterischen Gedankenstrichen endet die Novelle in Briefen. Sie zeigt erst den Gouverneur, einen seine Familie vergötternden Mann, einen Liebhaber romantischer Musik, ein ganz zartes Gemüt, das durch des Schicksals niederträchtige Hinterlist der Unterdrückung von Freiheit und Recht dienen muß. Der Terrorist ist als sehr energischer Mensch, beinahe als Übermensch ausgestattet, im ganzen von der Dichterin zu verschwenderisch bedacht. Und die Gouverneurskinder und die liebe Mutter und das Kirchenlicht von Tante und der gutmütige Vetter: das alles ist vielleicht etwas konstruiert; aber es ist ein spannender Versuch, den die Künstlerin Ricarda Huch angestellt hat. Von den großen Vorbildern Dostojewskijs und Hamsuns ist Albert Helms beeinflusst. Er beschreibt in seinem Roman *Chaos* /Hamburg, Janßen/ das Schicksal eines Hungerproletariers, der in allerhand Halluzinationen, in verückte, sehr sinnliche Liebe und Dirnenkneipen gerät und sich vielleicht aus diesem Chaos zu einem geordneten Leben rettet.

X

X

Neuausgaben Dilthey hat viel über die Schöpfungstat des Dichters nachgedacht, und in den Augenblicken seiner mutigsten Erkenntnis gemeint, daß der Wahnsinnige letzten Grundes vom Schlage des Poeten sei; besser noch, daß der Poet zur lächelnden, die Schwerkraft der Gedanken aufhebenden Gemeinschaft der Wahnsinnigen entführt werde. Aber dieser Glaube muß in dem psychologischen Ästhetiker doch nur als ein launischer Ton geherrscht haben. Denn er ging daran das Genie Lessings zu beobachten, aus seinem Erlebnis aufzubauen, aus der Jugend und aus dem Mannesalter den geheimen Strom in den Werken des Genies zu bestimmen. Und der Philosoph mußte verwundert sehen und sagen, wie gerade in dem Lessingschen Genie der Rationalismus zu einer kunstbildenden Macht wurde. Die Erscheinung ist selten, da die Spielwerke des Künstlers kaum dem vernünftigen Rechenmeister gelingen. Die Erscheinung ist darum unendlich belehrend am Beispiel Lessings. Sie wurde früher, zu hausbacken allerdings, von Adolf Stahr geprüft; sie wurde von neuem, am sorgfältigsten, am feinsten in dem Lebenswerk Erich Schmidts, der 2 bändigen Lessingbiographie, untersucht. Der Dichter Lessing ist zugleich Forscher in den Wissenschaften aller Fakultäten, er ist groß in allen und doch nur ein Dichter, der zu den atemlosen Dingen des Wissens von den heiß besetzten Lebensdingen kommt. Diese Einheit der logischen und phantastischen Kräfte erzeugt das Lessingsche Genie. Daher kann der ungeminderte Geist Lessings nur von dem Mann erfaßt werden, der zu ahnen vermag, wie einer aus dogmatischen Religionsstudien ein dichtender Prophet der Toleranz, aus trockenen Archivistudien der Dichter von leidenschaftlicher Freiheitsliebe und Ehrenhaftigkeit werden konnte. Kurz, um aus den knappen Formeln die Folgerung zu ziehen: Eine würdige Lessingausgabe für reife, ernste Menschen muß eine Gesamtausgabe sein. Der Leipziger Literaturhistoriker Georg Witkowski hat die kritisch durchgesehene und erläuterte Ausgabe von Lessings Werken für das *Bibliographische Institut* in Leipzig besorgt. Alle Ausgaben dieses Verlags wurden hier schon charakterisiert: daß sie nicht der übertriebenen Liebe zum Luxusbuch dienen, daß sie ein rechtschaffenes Werkzeug für fleißiges Studium sein wollen. Witkowski hütet sich in der biographischen Einleitung die historische Objektivität zu ver-

lassen. Indem er nur für die Tatsachen alles ihm geläufige Material der Forschung verwendet, erfüllt er seine Aufgabe am sichersten. 7 Bände mit philologisch unbedingt zuverlässigem Text gedruckt enthalten das Ganze. Jedes Drama, jede Reihe von besonderen Aufsätzen ist noch mit einer besonderen Einführung und Erläuterung ausgestattet. Der 1. und 2. Band enthalten die Gedichte, die Jugenddramen, die Meisterdramen; der 3., 4. und 5. Band alles Kritische, besonders den *Laokoon* und die *Hamburgische Dramaturgie* und endlich die vielen Streitschriften, die Lessing gegen das Heer der Dunkelmänner aussenden mußte. Alles in allem: Die Lessingausgabe des *Bibliographischen Instituts* genügt den besten Zwecken die solch eine Edition verfolgen soll. Es ist hoch erfreulich, daß man in Deutschland um einen relativ geringen Preis seine Klassiker in solcher Form erhalten kann. Und man hat solchen Verlagsunternehmungen wie dem genannten Institut für ihre Arbeit Dank zu sagen.

Eine andere neue Edition des selben Verlags bilden die Werke Gutzkows in 4 Bänden. Herausgeber ist Dr. Peter Müller, der die Werke auch mit Einleitungen und (vielfach sehr nützlichen) Anmerkungen versehen hat. Gutzkow wird weniger als absolute Erscheinung uns berühren denn als Ausdruck einer Zeitepoche, die für uns Heutige gerade zu den interessantesten gehört. Freilich, die beiden Romane *Die Ritter vom Geiste* und *Der Zauberer von Rom* sind in diese Ausgabe nicht mit aufgenommen; sie hätten deren Umfang auch zu sehr anschwellen lassen. Aber alles, was sonst von Gutzkow wesentlich ist, haben wir da beisammen; auch *Wally, die Zweiflerin* (deren Eindruck auf die damalige Generation uns sonderbar anmutet und doch psychologisch erklärlich ist). Die ganze Ausgabe erfreut wieder durch die Sorgfalt der Herstellung und die wirklich anständige äußere Form.

In dem oben besprochenen Lessingwerk sind die Briefe Lessings nur gelegentlich zur Erklärung herbeigezogen. Wir besitzen aber seit jüngster Zeit eine gute Auswahl Lessingscher Briefe aus dem *Inselverlag*. Da glaube ich einen Plan vortragen zu dürfen: Wir haben in Deutschland etwa 10 große Verlagshäuser, die sich bemühen dem Klassikerbuch die ihm gebührende Kultur zu geben. Der Obhut dieser Firmen war die bisher zu leistende Arbeit anvertraut. Wenn die Erfahrung nicht

täuscht, wird auch für die nächsten Jahre die Zahl der beteiligten Firmen ziemlich unverändert bleiben. Nun bringt zum Beispiel ein Verlag Lessings Werke heraus, der zweite Briefe an Lessing, der dritte Briefe von Lessing, der vierte Schriften für Lessing, der fünfte Schriften gegen ihn usw. Jedes dieser Bücher erscheint nun in besonderm Format, vor allen Dingen in besondrer Höhe; und alle die Bücher, die zum gleichen literarischen Gegenstand gehören, stehen im Schrank sehr ungleich über- oder untereinander-geschichtet wie Stufen einer Treppe. Wer die Freude des Bücherfreundes kennt, dessen beglückte Augen über seine Schätze fortwandern, der wird auch die Unbehaglichkeit über solches Chaos mitempfunden haben. Für praktische, internationale Zwecke ist ja schon die einheitliche Gestaltung von Büchern des gleichen Gebiets angeregt worden, derart, daß zum Beispiel alle Publikationen der ganzen Erde über Orthopädie, Zeitschriften und auch ganze Bücher, im gleichen Format erscheinen. Das bedeutet durchaus nicht eintönige Uniformierung. Das hat seine sehr praktischen Zwecke, die hier nicht erörtert werden sollen, das muß aber auch seine Schönheitsbedeutung haben. Und zwischen den guten Verlags-häusern, die ja nur in Betracht kommen, zu denen ja auch nur die berufenen Herausgeber und Bearbeiter gehören, ließe sich diese gesellschaftliche Vereinbarung zu ästhetischem Zweck ohne allzu große Schwierigkeit erzielen. All die Verleger, die am *Tempelverlag* beteiligt sind, haben ja schon den Beweis für die Tauglichkeit dieses genossenschaftlichen Grundsatzes erbracht, daß die Vereinigung nicht nur einen wirtschaftlichen Nutzen bringen darf sondern auch eine Augenfreude.

Da so viel unbedeutende Literatur jetzt in wunderschöner Buchausstattung dargeboten wird, verdienten die *Fontane'schen Romane* gewiß ein mehr verführerisches Gewand als bei ihrem ersten Erscheinen. So verwirklichte der Verlag Fontane in Berlin den guten Gedanken alle Berliner Romane des Dichters zu einem angenehmen Familienbesitz zu machen. 3 hübsch gedruckte, sehr handliche Bücher wurden in einem Kasten vereinigt. Und so stehen die 8 Werke darinnen, die eher ein Bild von dem Berliner Bürger-, Adels- und sogar Halbweltleben gewähren als die Bücher von Spielhagen und Frenzel: die *Stine*, *L'Adultera*, *Frau Jenny Treibel* usw. Wenn diese Sammlung von den Bücherfreunden zu den Klassikern gesellt würde, dann geschähe

an einem großen, nicht zu vergessenden Toten nur Gerechtigkeit. Ganz geringe Notizen geben bei Beginn jedes Romans über die Geschichte des Buches Auskunft. So wurde zum Beispiel *L'Adultera* 1881 vollendet: Das Werk ist seitdem in etwa 15 000 Exemplaren erschienen. Wie klein ist diese Ziffer im Vergleich zu Büchern, die gegenwärtig von Reklame und schlechtem Geschmack befördert werden. Kürzlich konnte ich feststellen, daß über eine Million Bücher der Nataly von Eschstruth unter das deutsche Volk gekommen sind. Da ist noch heute an Fontane eine schwere Sünde zu sühnen. Vielleicht gehen jetzt einige Tausend von Menschen in sich jetzt wenigstens die Fontaneschen Meisterwerke zu erwerben.

Die Lederbändchen der Fischerschen *Pantheonausgaben* sind kleine Schmuckbüchlein, die gelegentlich aufgeblättert werden. Goldschnitt und gelühtes Vorsatzpapier sind zwar altes Erbe, doch ist das mit Takt angebracht. Leo Greiner durfte Lenaus Gedichte für diese zierliche Ausgabe erläutern und gruppieren. Greiner tat es als Poet, der sein Herz ausplaudert, der ein Deutsch von pathetischem Klang schreibt, mit Bildern aus der Hofmannsthalschen Schule, die wiederum aus allerhand Erinnerungen an Goethe und Jean Paul befehrt ist. Das hat für das Leben und das Seelenrätsel Lenaus sogar rühmenswürdigen Reiz. Ein Philologe hätte es nicht gewagt in dichterischer Freiheit die streng chronologische Anordnung der Gedichte umzustürzen. Greiner beabsichtigt mit seiner Gruppierung jedoch eine tönende Biographie des Dichters erstehen zu lassen. Nach Gefühlsmomenten ordnet er, nach Motiven des mitdichtenden Dolmetschers. Das ist kühn, aber es hat seine Berechtigung für dieses Büchlein, das nur der zarten Unterhaltung dienen soll. Weitere neue *Pantheonbände* bringen Heines *Attu Troll* und *Deutschland* (mit einem vorzüglichen Porträt Heines), Rückerts Gedichte und Chamisso's *Peter Schlemihl*; an dem letzten Büchlein sind die Einleitung Thomas Manns und die Beigabe von 9 Abbildungen nach einer ältern französischen Ausgabe ganz besonders hervor-zuhelen.

Nachdem wir Deutschen nur sehr süßliche und überschwengliche Illustrationen unserer Klassiker gekannt, und bei dem Erwachen des modernen Geschmacks diese illustrierten Prachtausgaben gründlich verachten gelernt haben, ist eine neue wirklich künstlerische Richtung der Buchillustration zu bemerken. Die Ver-

suche Slevogts das Fabulierbuch vom *Lederstrumpf* mit Bildchen zu begleiten, waren sehr gelungen. Pascins originelle Heineillustrationen waren sogar geniale Arbeit. In Frankreich ist noch das traditionelle illustrierte Klassikerbuch die Regel, aber das Niveau der Produktion war von Anfang an höher als bei uns. Man nehme zum Beispiel die bei Henri Laurens in Paris erscheinenden *Pages célèbres illustrées*. Für den *Rabelais*, den Teodor de Wyzewa herausgibt und kommentiert, hat Louis Morin die Bilder entworfen. Manches ist da sehr komisch und kräftig, vor allem das Konterfei des Knaben Pantagruel, dessen Geburt seiner Mutter Badehei das Leben kostete, der ein direkter Nachkomme der Riesen Polyphem, Anthäus und Goliath war, der einen Wasserkopf hatte und Bärenbeine und Zehen wie Baumzweige und eine Nase wie einen Gebirgshöcker, und der von einer Kuh gesäugt wurde.

× **Kurze Chronik** Die Handschriften V. von Scheffels wurden dem Weimarer Goethearchiv zur Aufbewahrung übergeben. × Eigentum der Pariser Nationalbibliothek wurden 60 Manuskriptbände der Zola'schen Werke. × Im *Kamerad Fleming*, einem Roman von *Alfons Paquet*, /Frankfurt, Rütten & Loening/ wird mit guter Kenntnis ein erlebtes Bild des internationalen Proletarierlebens in Paris gegeben und auch die Explosion der politischen Leidenschaften wird lebendig und eindrucksvoll geschildert. × Seit jeher hat Felix Salten für die historische, romantisch aufgetane Novelle eine sehr begabte Feder gehabt. Ein Produkt dieses Talents sind die Geschichten, die nach der besten *Das Schicksal der Agathe* genannt sind /Leipzig, Inselverlag/. × Die Französin *Rachilde* ist eine Spezialistin für exotische Erotik, keine Künstlerin von der Genialität E. A. Poes, aber von so mannigfachen Talenten, daß zum Beispiel *Octave Mirbeau* sie sehr hochschätzte. *Paul Zifferer* verdeutscht unter dem Titel *Die Gespensterfalle* /Minden, Bruns/ die merkwürdigsten dieser seltsamen Geschichten. *Max Bruns* leitet das Buch sehr gründlich ein. × Für *Hans Aarund*, den norwegischen Kindererzähler von viel Herzlichkeit, wird von *Merseburger* in Leipzig, dem Verleger nordischer Unterhaltungskunst, seit langem in Deutschland geworben. So wurde auch das letzte Aarundsche Buch, *Sölve Solfeng, das Sonntagskind, das Natur und Mystik Norwegens* preis, uns von ihm

geboten. × Als eine polnische Rhapsodie ist *Fritz Segers Peter Leszek* /Berlin, Reiß/ gedacht; also ein Melodram, in dem Zigeunerschertz, Fidel, Schlachzizen, Jungfräulein auf Burgen, Araberhengste und Dolch und Bauernhörigkeit und viel heiße Liebe eine erregende Rolle spielen. × Einen neuen Novellenband bringt *Adam Müller-Guttenbrunn* heraus (*Arme Komödianten* /Leipzig, Staackmann/). Er ist zerstreut geschrieben, liest sich dabei gut und macht auch der Bürgerbravour seines Autors alle Ehre. × Der Wiener *Rudolf Lothar* schrieb den Roman *Der Herr von Berlin* /Berlin, Concordia/. Das ist der Operettenverleger, der die Musikgenies findet und schindet, der ein Cäsar für Volksopernhäuser und ähnliches Gute und Gewaltige wird.

× **Literatur** Aus seiner Beobachtung des modernen Theaters versucht *Julius Bab* *Neue Wege zum Drama* zu finden /Berlin, Oesterheld/. Er ist weniger zaghaft als die Gelehrten, die erst auf den Tod einer Kunstepoche warten, ehe sie sich zur Bilanz entschließen. Wer mit all seinen Nerven im Theaterleben der Gegenwart wirkt, hat gewiß das Recht die übermäßige Zurückhaltung des Historikers abzustreifen. Schon die ersten kritischen Arbeiten Babs verrieten, daß er sich mit der zarten Analyse nicht begnügen, daß er sofort zur kompakten Synthese gelangen will. Aber diese Methodik hat Gefahren. Die Kritiken, die in diesem neuen Buch vereinigt sind, sind im einzelnen sehr gut, sehr fein, sie dringen in das Wesen des Dramatikers. Aber warum denn alle Spuren des Talents gleich als Wegweiser zu neuer Dramatik aufhauen? Bab hat sich da in eine zu strenge, zu einseitige Theorie des Dramatischen festgerannt, indem er den ästhetischen Wert des Sprachformens ins Unendliche emporhebt. Im Grunde ist seine Formalästhetik doch eine Überhebung des Satzes, daß aus der Seele des wirklichen Dichters auch die bildlich ergreifende Sprache entströmt. Als Schönheitswart für das moderne Theater sind Babs Kritiken hochwillkommen.

KULTUR

Kolonisation / Gerhard Hildebrand

Britisch Zentralafrika Die seit 1907 *Njassalandprotektorat* genannte Kolonie hat in den letzten Jahren an dem allgemeinen Aufschwung des tropischen

Afrika teilgenommen. 1906-1907 betrug die Ausfuhr 50247 Pfund Sterling, 2 Jahre später 122 644 und 1910-1911 bereits 168 911 Pfund Sterling. An der Spitze steht Baumwolle mit 58 687, dann folgt Tabak mit 42 627 Pfund Sterling, dann kommen in weiterm Abstand Kautschuk, Kaffee und Mais. Unverkennbar ist auch hier die Einwirkung des Bahnbaus. Der Shire, Ausfluß des Njassasees nach dem Sambesi, ist so stark versandet, daß er für den Transport nur mit großen Schwierigkeiten zu benutzen ist. Deshalb hat man zunächst in der Mitte ein Stück des Weges (Port Herald bis Blantyre, 113 englische Meilen) mit einer Eisenbahn versehen, die nun auf der Nordseite bis zum Njassasee, auf der Südseite bis zum Sambesi fortgeführt werden soll. Da aber auch die Hafenverhältnisse an der Mündung des Sambesi (Chinde) nicht befriedigen, ist ein Vertrag mit der *Companhia Mocambique* geschlossen worden, der eine weitere Ausdehnung der Bahn durch den mittlern Teil von Portugiesisch Ostafrika bis Beira vorsieht. Bei der Abhängigkeit der portugiesischen von der britischen Regierung ist an der Genehmigung und Ausführung dieses Projekts nicht zu zweifeln, das ja übrigens auch im Interesse der portugiesischen Kolonie liegt. Die Umständlichkeit des Shireweges ist auch für das deutsche Njassagebiet schon seit langem sehr fühlbar, und die Transporte dorthin gehen schon jetzt zum Teil billiger und einfacher über die Zentralbahn. Die Strecke vom Südende des Njassa bis Beira ist aber noch bedeutend länger als die vom Nordende zur Zentralbahn. Eine deutsche Njassabahn wird deshalb auch nach der Vollendung des britisch-portugiesischen Bahnbaus noch große Vorteile bieten, auch für den Verkehr mit Nordost-rhodesien. Die *British Central Africa Company* besitzt übrigens auch die Konzession für den Bau einer Bahn vom Nordende des Njassa zum Südende des Tanganjika, mit deren Ausnutzung es allerdings noch gute Weile hat. Immerhin ergibt sich für Deutschland daraus die Aufgabe der weitem Entwicklung des Verkehrs in Britisch Zentralafrika aufmerksam zuzuschauen und sich den natürlichen Anteil daran rechtzeitig zu sichern.

× Rhodesien ×
 Zum zweitenmal hat die *British South Africa (Chartered) Company* aus ihrem Gesamtgeschäft, der Verwaltung Rhodesiens, einen Einnahmeüberschuß erzielt: 170 610 Pfund Sterling am Schluß des

Verwaltungsjahres 1910-1911 gegen 22 924 im Jahr vorher. Der Sprung ist groß, wenn auch von einer *Dividende* nach langen Jahren der ständigen Zubuße natürlich bei weitem nicht die Rede sein kann. Daß sich die tatsächliche Schuldenlast um eine Kleinigkeit verringert hat, ist alles. Aber die Verwaltung ist jetzt wenigstens so weit, daß sie bei etwaiger Ablösung durch die britische Kolonialverwaltung oder den südafrikanischen Bund mit fest einschätzbaren positiven Werten aufzuwarten imstande wäre. Man kann schon eine gewisse Trennung zwischen dem politischen und dem geschäftlichen Teil des Jahreshaushalts anbahnen, die ja schließlich unausbleiblich sein wird. Der Zensus vom 17. Mai 1911 gibt die Negerbevölkerung Südrhodesiens auf 745 000 Köpfe an, während sie Ende 1909 vom Chief Native Commissiones auf noch nicht 700 000 berechnet wurde. Sie hatte im Berichtsjahr eine direkte Steuerlast von 4,3 Millionen Mark (gleich 28 % der Verwaltungseinnahmen Südrhodesiens) aufzubringen. Der Bericht klagt wieder über starken Mangel an Arbeitskräften, namentlich für landwirtschaftliche Arbeit. Infolgedessen ist die Einwanderung von weißen Farmern hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Nach dem Zensus vom 29. September 1907 betrug die Zahl der Weißen in Südrhodesien etwa 14 000, am 17. Mai 1911 war sie auf 23 606 gestiegen. Der Siedelungsdirektor behauptet, daß in diesem Teil der Kolonie noch 48 Millionen Acker Landes für weiße Siedelung verfügbar, und 1582 Farmen vermessen und fertig zur Vergebung seien. Im Kalenderjahr 1911 kamen 759 neue Farmsiedler, gegen 487 im Vorjahr. Die von den Siedlern mitgebrachte Kapitalsumme beträgt 5½ Millionen Mark. Auch in Rhodesien sind wie im Njassalandprotektorat Tabak und Baumwolle die wichtigsten Kulturen, in Südrhodesien kommt dazu namentlich die Viehzucht. Die Einnahmen der Rhodesia- und Maschonaland-eisenbahn erreichten 1911 fast 20 Millionen Mark, gegen 14 Millionen im Vorjahr. Nordrhodesien erfordert immer noch sehr bedeutende Zuschüsse, obwohl die direkte Steuerleistung der Eingeborenen bereits auf 59 % der Verwaltungseinnahmen gestiegen ist.

× Kautschuk ×
 Die Ausfuhr von Naturkautschuk aus dem Gebiet des Amazonenstroms via Pará hatte im Jahr des *rubber boom* 1909 ihren Höhepunkt mit 39 671 008 Kilo (rund 2 Millionen Kilo mehr als im Jahr

vorher) erreicht. Seitdem ist ein Rückgang auf 37 737 655 Kilo im Jahr 1910 und auf 36 041 686 im letzten Jahr eingetreten. Der Rückgang ist zunächst auf die seit dem Boom gesunkenen Preise zurückzuführen, da jede Preissenkung die Gewinnungszone im oberen Amazonasgebiet mehr oder minder stark einschränkt. Brasilien ist aber nicht in der Lage in den nächsten Jahren mit einem abermaligen erheblichen und dauernden Steigen der Kautschukpreise rechnen zu können, weil die Konkurrenz des Plantagenkautschuks von Jahr zu Jahr wächst und die Preise niedrig halten wird, solange nicht starke Lohnsteigerungen in den Hauptanbaugebieten die Situation wesentlich verändern. Wie bedeutend die Versorgung des Weltmarkts mit Kulturkautschuk in den letzten Jahren gewachsen ist, mögen die Exportziffern aus dem Hauptanbaugebiet zeigen. Die Vereinigten Malayastaaten exportierten 1909 erst 2 761 388 Kilo, im folgenden Jahr 5 539 512 und im Jahr 1911 bereits 8 933 657 Kilo. In entsprechenden Abständen folgen Ceylon, Britisch Nordborneo, Holländisch Ostindien, Ostafrika usw. mit ähnlichen Steigerungen ihres Kulturkautschukexports. Deutsch Ostafrika beispielsweise um noch eins der kleineren Ausfuhrgebiete mit letzten Vergleichszahlen anzuführen, lieferte im 1. Halbjahr 1911 255 806 Kilo gegen 165 684 in der entsprechenden Periode des Vorjahrs. Auch bei Deutsch Ostafrika ist die Ausfuhr des Naturkautschuks zugunsten des Plantagenprodukts zurückgegangen: Im ersten Halbjahr 1910 wurden noch 184 894 Kilo wilden Kautschuks exportiert, ein Jahr später nur noch 85 986 Kilo während des entsprechenden Zeitraums. In Deutsch Ostafrika ist die Ursache freilich nicht nur der gesunkene Preis. Hier macht sich zum Teil auch schon eine Abnahme der natürlichen Kautschukbestände bemerklich. Dazu kommt, daß die Neger durch Lohnarbeit oder eigene Kulturen anderer Art (Kautschukplantagen betreiben sie wegen ihrer Langfristigkeit noch nicht selbständig) vielfach bessere Verdienste erzielen können als durch die Sammeltätigkeit. Im Amazonengebiet kann aber bisher weder von wesentlicher Abnahme der unübersehbaren Naturbestände noch von anderen Verdienstmöglichkeiten die Rede sein. Der Raubbau spielt dort zwar auch eine gewisse Rolle, aber doch nur insoweit, als er bequemen gelegene Sammelgebiete für eine Anzahl von Jahren lahmlegt, bis sie sich aus eigener Regenerationskraft wieder erholt haben. Im

Verhältnis zu der ungeheuren Ausdehnung der Kautschukwälder hat das noch nicht allzuviel zu besagen. Hier gibt also fast allein die große Umständlichkeit, Schwierigkeit und zum Teil Gefährlichkeit des Einsammelns in den entlegenen, ungesunden und undurchdringlichen Urwäldern den Ausschlag für die Abnahme der Konkurrenzfähigkeit. Wird nicht ein gewisser Mindestpreis erzielt, dann drängen die Händler und Sammler europäischer Herkunft nicht mehr entsprechend weit ins Innere ein, und auch die Lieferungen der eingeborenen Indianer lassen nach. Es ist begreiflich, daß die brasilianische Regierung unter diesen Umständen (da der Kautschuk neben dem Kaffee Hauptausfuhrprodukt ist) der Entwicklung der Dinge mit Sorgen entgegenseht. Die Behörden des Staates Pará haben ernstlich den Gedanken erwogen eine *Valorisation* auf ähnlicher Grundlage durchzuführen wie es die des Staates Sao Paulo mit dem Kaffee getan haben. Die Ansichten dafür sind aber nicht so günstig, einmal, weil die brasilianische Kautschukproduktion nicht mehr in so hohem Grad den Weltmarkt beherrscht wie die brasilianische Kaffeeproduktion, dann, weil sich die Kautschukkultur schneller ausdehnt als die Kaffeekultur, und endlich, weil eben die Produktionskosten des wilden Kautschuks voraussichtlich dauernd höher sein werden als die des Kulturkautschuks. Man hat sich deshalb in Brasilien entschlossen Prämien für die Anlage von Kautschukplantagen zu bewilligen, um durch den allmählichen Übergang von der Sammeltätigkeit zur planmäßigen Kautschukkultur die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu behaupten. Außerdem will man aber auch durch Ermutigungsprämien im gesamten Höchstbetrag von 1 Million Milreis die Anlage von Kautschukfabriken begünstigen, in der Erwartung, daß die Verarbeitung des Kautschuks im Inland die Verwertung der eignen Kautschukbestände leichter ermöglicht als der Verkauf des Rohprodukts auf dem Weltmarkt. Durch Bahnbauten sollen im Hinterland von Pará Plantagen-distrikte, im oberen Amazonengebiet weitere Naturbestände erschlossen werden. Endlich hat die Bundesregierung mit den Staaten Pará, Amazonas und Matto Grosso ein Übereinkommen abgeschlossen, wonach einmal eine jährliche Reduktion der Ausfuhrzölle um 10 bis höchstens 50 % vom gegenwärtigen Ausfuhrzoll auf den wilden Seringakautschuk eingeführt, sodann für 25 Jahre eine Befreiung vom Ausfuhrzoll für allen in den drei Staaten

produzierten Kulturkauschuk gleicher Sorte gewährt wird. Diese Maßnahmen bedeuten in ihrer Gesamtheit sowohl für den Bund wie für die beteiligten Einzelstaaten eine starke finanzielle Belastung. Obendrein ist nicht daran zu denken, daß sie eine ähnliche sprunghafte Steigerung der Kautschukproduktion ermöglichen, wie wir sie bei den Vereinigten Malayenstaaten und im übrigen Hinterindien finden, denn in Brasilien fehlt, was dort im Überfluß vorhanden ist: die Masse billiger Arbeiter. Daß sich Brasilien trotzdem zu derartigen Maßnahmen entschließt, ist ein neuer Beweis dafür, daß internationale Verschiebungen der Produktion auch scheinbar hervorragend begünstigten Produktionsgebieten mit Jahrzehnte hindurch gesicherter Weltmarktposition unter Umständen bedeutende Opfer aufzwingen können, wenn sie nicht ins Hintertreffen gedrängt werden wollen.

× **Baumwolle** ×
Wie immer nach guten Baumwollernten macht sich auch diesmal in den Vereinigten Staaten das Bestreben geltend eine Einschränkung des Anbaus herbeizuführen. Zunächst blieb nach der letzten Rekordernte die Nachernte auf den Feldern liegen, die zwar eine minderwertige Faser, aber den besten Samen liefert. Man schätzt den Ausfall auf 400 000 Ballen. Die *South Carolina Farmers Union* und ähnliche Körperschaften fordern von ihren Mitgliedern die schriftliche Verpflichtung den Anbau diesmal um 25 % einzuschränken. Nach Angaben des deutschen Konsuls in New Orleans wurde im November unter Beteiligung von südstaatlichen Regierungen der Plan verhandelt einen Fonds von 50 Millionen Dollar aufzubringen, aus dem den Pflanzern Vorschüsse gezahlt werden sollten, mit der Verpflichtung nicht eher zu verkaufen, bis der Preis der Baumwolle auf 12 Cent das Pfund steigt. Weitere Nachrichten darüber stehen noch aus. Doch lehren diese Vorgänge aufs neue, daß das nordamerikanische Baumwollmonopol für den Konsumenten unter Umständen eine recht kostspielige Sache werden kann.

× **Kurze Chronik** ×
Die *Anatolische Eisenbahngesellschaft* hat von der türkischen Regierung die Konzession zum Bau und Betrieb einer Zweiglinie von Ada Bazar bis 60 Kilometer jenseits Boli erhalten und zu diesem Zweck bereits die Ausgabe von 60 Millionen Francs Schuldverschreibungen beschlossen. Es handelt sich um die Anfangsstrecke einer

Bahn durch den Norden Kleinasiens, deren Endziel vorläufig noch nicht bekannt gegeben wird. × Das Veterinärwesen von Deutsch Südwestafrrika wird neu geordnet und einer einheitlichen fachmännischen Leitung unterstellt. Für die sehr wichtige Stellung ist Professor Dr. Walter Gmelin von der Stuttgarter tierärztlichen Hochschule verpflichtet worden. × Hans Meyer berichtet von seiner Mai bis November 1911 ausgeführten Forschungsreise im äußersten Nordwesten von Deutsch Ostafrika, daß es mit der Handelsfreiheit in den Nachbargebieten des Kongostaates immer noch nichts ist. Er hält eine neue internationale Kongokonferenz für dringend geboten.

× **Literatur** ×
In einem fesselnd geschriebenen Buch *Das Weib am Kongo / Minden*, Bruns / plaudert Ch. Castellani über Beobachtungen und Erlebnisse im französischen Kongogebiet. Er fördert dabei eine ganze Menge Bemerkenswertes über die Negerin, Sitten und Unsitten, Gebräuche und Abscheulichkeiten des Negerlebens in den Geschlechtsbeziehungen zutage. Zahlreiche Abbildungen veranschaulichen die geschilderten Typen. × »Unter Mitwirkung hervorragender Afrikaner« hat Emil Zimmermann ein Buch *Unsere Kolonien* herausgegeben (Berlin Ullstein), das bei 430 Seiten Text einschließlich zahlreicher Abbildungen gebunden 3 Mark kostet und eine populäre Kolonialkunde bieten will. Das Buch ist leicht lesbar und bringt alles für den Hausgebrauch Wissenswerte. Einen »Missionar Rohrbach«, der auf Seite 155 zitiert wird, hat es meines Wissens 1904 in Deutsch Südwestafrrika nicht gegeben, dagegen einen kaiserlichen Kommissar für das Ansiedelungswesen, den bekannten Kolonialpolitiker Dr. Paul Rohrbach. Derartige kleine Fragezeichen, die sich mehrfach anbringen ließen, ändern an dem günstigen Gesamteindruck des Buches nichts. Über das Sultanat Ruanda im äußersten Nordwesten Deutsch Ostafrikas, das angeblich 2 Millionen Menschen umfassen soll, und über das jetzt Dr. Hans Meyer neue Kunde bringt, steht in dem Buch von Zimmermann merkwürdigerweise kein Wort. Mit derartigen Mängeln muß man bei einer zusammenfassenden Darstellung so weit gestreckter und so wenig erschlossener Gebiete immer noch rechnen. Der Kulturarbeit der Missionen wird eine vielfach durchaus verdiente Anerkennung gezollt.